

Bezugspreis.

Wöchentlich 70 Pfennig, monatlich 2.- Reichsmark voraus zahlbar.

Der „Vorwärts“ mit der Illustrierten Sonntagsbeilage „Welt und Zeit“ sowie den Beilagen „Unterhaltung und Wissen“.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreise:

Die einpaltige Nonpareille 80 Pfennig, Reklamzettel 5.- Reichsmark.

Kuochen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Druckerei-Büro...

Redaktion und Verlag: Berlin SW. 68, Lindenstraße 3

Freitag, den 15. Oktober 1926

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3

Bedeutungsvolle Rede Vanderveldes.

Ueber Frieden, Kriegsschuld und Entwaffnung.

Brüssel, 14. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Anlässlich eines Festessens des Vereins ausländischer Journalisten in Brüssel hielt Vandervelde eine wichtige Rede über die internationalen Beziehungen.

bin ich folgerichtig geblieben und habe nichts von meinen Ueberzeugungen und Hoffnungen geopfert.

Die einen wollen einen Siegfrieden, einen Erobererfrieden, gestützt auf Waffen und unabänderlichen Status quo.

notwendige Konzession im Friedensinteresse und als glückliche Selbstüberwindung. Man hüte sich vor allem vor einer einseitigen nationalen Auffassung.

Über was die anderen Länder beklagt: Daß man heute noch nach allen amtlichen und nichtamtlichen Veröffentlichungen die absolute ausschließliche Kriegsschuld Deutschlands als unerschütterbares Dogma betrachten, worüber man nicht einmal diskutieren darf?

Entwaffnung und interalliierte Militärkontrolle sind ein anderes, brennendes Problem, wobei die

Presse ebenfalls schwer gesündigt hat, indem sie glauben machen wollte, daß alle Deutschen unterschiedslos nur an Revanche denken.

Gewiß, amtliche Berichte lassen keinen Zweifel, daß Deutschlands Entwaffnung noch unvollendet ist und daß von deutscher militärischer Seite alles getan wird, um einer Einwärtsnahme zu entgegen.

Ueber Thoiry sagte Vandervelde, die meisten dort berührten Punkte interessierten auch Belgien. Die französische Regierung wolle diese Fragen im Einvernehmen mit den anderen Alliierten prüfen und diese Prüfung habe tatsächlich schon begonnen.

Vandervelde schloß: Ich werde den Kampf für meine Ideen auf internationalem Gebiete fortsetzen: für eine Beiriedung der Geister, für das Selbstbestimmungsrecht der Völker, für eine nicht aufgezwungene und einseitige, sondern freiwillige und gegenseitige Entwaffnung, für die Schaffung der wirtschaftlichen Grundlage der Vereinigten Staaten Europas, auf der der Frieden aufgebaut werden wird.

Die Koalitionsbesprechungen in Preußen.

Zum 3. November vertagt.

Die interfraktionelle Besprechung der preußischen Regierungsparteien hatte das erwartete Ergebnis. Der preußische Ministerpräsident Braun wird am 3. November, dem Wunsch der sechsten Regierungsparteien entsprechend, mit den Fraktionsführern der Deutschen Volkspartei über die Umbildung der preußischen Regierung verhandeln.

Einberufung des Reichstages.

Zum 3. November.

Der Reichstag ist endgültig für Mittwoch, den 3. November, einberufen worden. Auf der Tagesordnung dieser ersten Plenarsitzung nach der Sommerpause stehen zunächst nur kleine Vorlagen.

Die deutsch-polnischen Dauerverhandlungen Polen gegen politische Forderungen Deutschlands.

Warschau, 14. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Außenminister Jalewski erklärte den Pressevertretern zu den deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen, daß Polen diesen Erörterungen mit gutem Willen begegne.

Der Stand der Verhandlungen.

Die Handelsvertragsverhandlungen zwischen Deutschland und Polen haben am Montag dieser Woche begonnen, und zwar in der Kommission für Einreise und Niederlassung.

sich um zwei voneinander unabhängige Verträge handeln. Um dieser Schwierigkeit aus dem Wege zu gehen, haben sich beide Delegationen damit einverstanden erklärt, daß gemeinsame Besprechungen der deutschen und polnischen Vorsitzenden beider Kommissionen stattfinden.

Die neue Prager Regierung.

Inhaltlose Programmklärung.

Prag, 14. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Am Donnerstag stellte sich die neue tschechisch-deutsche Koalitionsregierung dem Parlament vor. Die vom Ministerpräsidenten Soehla abgegebene Regierungserklärung ist äußerst dürftig und vagesommen.

Der Labourkongress fordert Abrüstung.

England soll genaue Vorschläge machen.

London, 14. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Die Konferenz der Arbeiterpartei in Margate beschloß am vierten Tag zunächst mit der Außenpolitik, wobei sie sich in allen entscheidenden Fragen wie in den vorangegangenen Tagen hinter die Politik der Exekutive stellte.

Die Republik und ihre Beamten.

Verfäumdete Gelegenheiten.

Von Willy Steinkopf.

In einer seiner letzten Reden hat der Reichstanzler Dr. Marx den deutschen Beamten in aller Offenheit erklärt, welche Stellung zur Republik er von ihnen verlangt.

In der bürgerlichen republikanischen Presse ist in der letzten Zeit unendlich viel darüber geschrieben worden. Hervorragende Parlamentarier haben die peinlichsten und unangenehmsten Fälle erörtert. Doch sie haben es vermieden, an den Kern des Problems heranzugehen und auszusprechen, wie das Uebel anzupacken und zu beseitigen ist.

Das wäre unmöglich, wenn die hohe Bureaucratie im Sinne der Bejahung der Republik arbeiten und auf die Förderung der Interessen der Republik bedacht wäre.

Gegen diese Dinge nützen keine Worte und Ermahnungen. Sie sind schon zu oft ungehört verhallt. Ja, als der Reichsminister des Innern Dr. Kälz im Frühjahr d. J. in seiner Etatsrede von den Beamten die Bejahung der Republik forderte, schrieb das Organ der höheren Postbeamten Zeiter und Nordio.

So muß man sich entschließen, andere Wege zu gehen, wenn man überhaupt den ernststen Willen hat, eine Aenderung herbeizuführen. Zunächst muß die Personalpolitik des Reichs von Grund auf geändert werden.

Es wird leider noch nicht genügend erkannt, was der höhere Vorgesetzte, der höhere Beamte überhaupt und auch der mittlere Beamte als Vorgesetzter einer Reichsbehörde draußen im Lande zu bedeuten hat.

Der Einfluß auf die nachgeordneten Beamten ist natürlich noch viel größer. Der Vorgesetzte ist tonangebend. Wer sich nicht fügt, muß leiden. Begnügt sind die Beispiele, in denen der Vorgesetzte den unbedeutenden und politisch anders denkenden Untergebenen durch Radelstiche müde und gefügig gemacht oder ihn beseitigt hat.

Diesem unheimlich weit verbreiteten Uebel ist man bisher noch nie zu Leibe gegangen. Und doch gibt es dagegen eine sehr einfache und wirksame Methode. Diese ist eben die republikanische Personalpolitik. Nach dem Tode Rathenaus wurde auf sozialdemokratischen Antrag vom Reichstag die Entschliessung gefasst, die Personalreferate in allen Zweigen der Reichsverwaltung nur solchen Beamten zu übertragen, die sachkundig und unbedingt zuverlässige Republikaner sind. Die Bestellung von Beamten zu Personalreferaten bei den nachgeordneten Behörden bedarf der Bestätigung durch den zuständigen Minister.

Diese Entschliessung ist aus unbekanntem Gründen nie in die Tat umgesetzt worden. So frant die Republik daran, daß gewollt oder ungewollt die Personalreferate bei den Zentral- und Bezirksbehörden fast ausnahmslos in den Händen reaktionärer antirepublikanischer Beamten liegen. Da es weiter unbestrittene Tatsache ist, daß die meisten Ministerialreferenten und die meisten Chefs der Bezirksbehörden ebenso gefunnt sind, liegt fast das gesamte Personalwesen der republikanischen Reichsbehörden in antirepublikanischen Händen. Wie ein Reh ist diese antirepublikanische Personalpolitik über der gesamten Reichsverwaltung ausgespannt. Mit ihm wird jeder unerwünschte republikanische Beamte abgefangen und unschädlich gemacht. Dies Reh muß zerrissen werden; es raubt den republikanischen Beamten und dem Volk Licht, Luft und Freiheit. Man wachse die antirepublikanischen Personalreferenten aus. Man sorge endlich dafür, daß, wenn irgendwo die Stelle eines Chefs einer Bezirks- oder Ortsverwaltung einer Reichsbehörde zu besetzen ist, ein geeigneter republikanischer Beamter herangezogen wird. Wenn man systematisch darauf hinwirkt, daß, wo immer es sei, die freiwerdende Stelle des Vorstehers des Finanzamts, des Wasserbauamts, des Postamts, des Bahnhofs mit einem zuverlässigen und geeigneten republikanischen Beamten besetzt wird, dürfte die Wirkung nicht lange auf sich warten lassen. Dasselbe gilt natürlich in verstärktem Maße von der Besetzung der Stellen der Bezirksamtschefs.

Leider geschieht dies heute nicht. Einmal, weil die antirepublikanischen Personalreferenten usw. die Republikaner geflissentlich von diesen Stellen fernhalten. Ein Zufall ist es, wenn es einmal anders kommt. Zum andern aber verschämt man sich hinter die Verfassung, die keinen Staatsbürger von der Zulassung zu einem Amt ausschließt, wenn er geeignet und sachkundig ist.

Man überlege dabei, daß für solche Stellen nur der Beamte geeignet ist, der sachkundig und republikanisch zuverlässig erscheint. Dem Antirepublikaner mangelt diese doppelte Eignung. Er kann sich also auf diese Verfassungsbestimmung nicht berufen. Um so merkwürdiger ist es deshalb, daß trotzdem fast nur Antirepublikaner für leitende Stellen und Personalreferate geeignet befunden werden. Man steht, wie das Reh wirkt. Dasselbe gilt für die Auswahl des Nachwuchses.

Hier also schaffe man Remedur, indem man jene Entschliessung des Reichstags durchführt und für eine republikanische Personalpolitik sorgt. Kein Geschrei der Monarchisten darf davon ablenken.

Um vollen Erfolg für den republikanischen Gedanken zu erringen, ist noch etwas anderes notwendig. Man beginne endlich, die Ausfälle monarchistischer Beamten gegen die Republik disziplinarisch zu ahnden. Es ist ein großer Mangel der republikanischen Gesetzgebung, daß Verfassungsverletzungen straffrei sind, wenn sie nicht zugleich ein im Strafgesetzbuch oder im Gesetz zum Schutz der Republik vorgesehenes Verbrechen darstellen. Bei den Beamten aber liegt es so, daß eine Verletzung der beschworenen Verfassung auch ein Verbrechen gegen das Reichsbeamtengesetz darstellt. Daß man dies Gesetz mit größter Schärfe bei den geringfügigsten dienstlichen und außerdienstlichen Vergehen anwendet, wenn es sich um Republikaner handelt, dagegen durch nichts zu bewegen ist, es bei Verfassungsverletzungen auch gegen monar-

chistische Beamte zu gebrauchen, ist eine weitere Folge der antirepublikanischen Personalpolitik.

Die Schäden liegen also klar zu Tage. Es handelt sich um eine Kamarilla höherer monarchistischer Beamten. An ihr frant die Republik und wird solange daran franten, bis diese Kamarilla beseitigt ist. Der Reichsanwalt hat das Uebel erkannt. Mag er nun auch zugreifen, und es beseitigen. Dann wird er vor den Beamten der deutschen Republik nicht mehr zu klagen brauchen, daß die höheren Beamten der Republik der Weimarer Verfassung die notwendige Achtung und Ehrerbietung versagen.

Frech und feig.

Ein würdiger Kommunist.

Der kommunistische Landtagsabgeordnete Schulz-Dittersbach, der die Ehefrau des Genossen Osterroth, eine Mutter von zwölf Kindern, im Landtag in nicht wiederzugebenden Worten schamlos beschimpfte, hat die Stirn, durch ein Berliner Nachrichtenbureau eine Erklärung verbreiten zu lassen, er sei „sich nicht bewußt, den Namen der Frau erwähnt“ zu haben.

Nachdem die beiden ältesten Söhne Osterroths dem Schimpfbild außerhalb des Landtages eine Rächigung zuteil werden ließen, hat er augenscheinlich die Erinnerung an seine eigene Schamlosigkeit verloren. Aber die Bewußtseinssträubung kann ihm nicht zur Freisprechung verhelfen. Der Mann ist 27 Jahre alt. Er stammt aus dem Kreise Waldenburg in Schlesien. Er war noch ein Holenmacher, als Genosse Osterroth in dem gleichen Wahlkreis schon für den Bergarbeiterverband tätig war und lange Gefängnisstrafen für seinen Kampf im Interesse der Arbeiter einsteckte. Der Schulz aus Dittersbach wagt es, nicht nur Osterroth als „Zuhälter“ zu beschimpfen, sondern auch dessen Frau in den Schmutz zu ziehen, eine Frau, die die Sorge für zwölf Kinder trug, als Schulz noch nicht einmal die Schule besuchen durfte!

Zu der Rüpelhaftigkeit gesellt sich die Freigebigkeit. Er strekelt öffentlich ab, was er angerichtet. Ihm fehlt das „Bewußtsein“. Er sollte schleunigt von seinen Wählern zur Ordnung gerufen werden. Und mit ihm die anderen, die den Ton der Raschemme als „proletarischen Klassenkampf“ ausgeben!

Zeugniszwangsverfahren.

Ein Uebergriff der sächsischen Justiz.

Öbbau, 14. Oktober. (M.B.) Gegen den Redakteur Hugo Efferoth der sozialdemokratischen Volkszeitung für die Oberlausitz ist vom Amtsgericht Öbbau das Zeugniszwangsverfahren eingeleitet worden. Efferoth sollte Auskunft über die Verfasserschaft eines die Maßnahmen der Baugener Staatsanwaltschaft kritisierenden Zeitungsartikels geben, die er unter Berufung auf das Pressegeheimnis verweigerte.

Diese unerhörte Maßnahme ist ein Ausfluß des neuen sächsischen Justizgesetzes unter dem Justizminister Büniger. Das Zeugniszwangsverfahren gegen Redakteure wird in Preußen nicht gehandhabt. Noch in jedem Falle, in dem es angewandt werden sollte, hat das preussische Justizministerium eingegriffen.

Die sächsische Justiz bestreift sich, in den Bahnen des vorrevolutionären Systems zu wandeln. Erst vor kurzem wurde ein bekannter demokratischer Rechtsanwalt und Notar in Leipzig angeklagt und verurteilt, weil er gegenüber einem unhaltbaren Gerichtsurteil den Ausdruck „juristische Haarspaltereien“ gebracht hatte. In der Revisionsinstanz behauptete der Verteidiger, der sächsische Justizminister Büniger habe ein Abkommen mit dem sächsischen Richterverein geschlossen, in dem er sich verpflichtet habe, gegen jede Kritik an Gerichtsurteilen klagbar vorzugehen.

Kritik an der Justiz verboten — das ist die Auffassung der sächsischen Justiz. Aus dieser Auffassung entspringt die Absicht, einen Redakteur, der der beruflichen Ehrenpflicht nachkommt, das Pressegeheimnis nicht zu verletzen, dem Zeugniszwangsverfahren zu unterwerfen. Gegen diesen Versuch wird sich die Berufsorganisation der Presse zur Wehr setzen müssen.

Die Geschäftslage des Landtags.

Seute dritte Beratung der Hohenzollern-Vorlage.

Der Aelterntag des Preussischen Landtages besprach am Donnerstag vor der Plenarsitzung die Geschäftslage. Am Freitag wird, wie in Aussicht genommen war, die Hohenzollern-Vorlage zur dritten Beratung gestellt. Außerdem stehen die Abstimmungen über die Mißtrauensanträge und die Entscheidung über Einsprüche von Abgeordneten wegen ihrer Ausschließung von den Landtagsitzungen zur Erledigung.

Präsident Bartels erklärte, daß Maßnahmen getroffen seien, um die Wiederholung von Szenen, wie sie sich am Mittwoch ereignet haben, zu verhindern. Es werde eine Wache im Hause sein und eine strenge Kontrolle Zuhörern gegenüber geübt werden. Der Landtag will sich dann bis zum 3. November vertagen.

Noch einmal die Silberberg-Rede.

Billigung durch den Vorstand des Reichsverbandes der Industrie.

Am Donnerstag trat der Vorstand des Reichsverbandes der Deutschen Industrie unter Vorsitz des Geheimrats Duisberg zu einer aus allen Bezirksvereinigungen des Reiches außergewöhnlich stark besuchten Sitzung zusammen. Auf der Tagesordnung stand neben der Berichterstattung des Geheimrats Kasi über die deutsch-englischen Besprechungen die Aussprache über die Dresdener Mitgliederversammlung. Man kann die Berliner Tagung am Donnerstag als eine Fortsetzung der Düsseldorf-Tagung des sogenannten Langnamensvereins (Verein zur Wahrung der wirtschaftlichen Interessen in Rheinland und Westfalen) betrachten. Nach einem vom Reichsverband der Deutschen Industrie am Donnerstagabend veröffentlichten Kommuniqué erklärt sich der Vorstand des Reichsverbandes nach eingehender Aussprache einstimmig mit folgender, vom Präsidium vorgelegter Entschliessung einverstanden:

„In der Präsidial- und Vorstandssitzung des Reichsverbandes der Deutschen Industrie wurde in Verbindung mit einer Besprechung der Ergebnisse der diesjährigen Mitgliederversammlung auch die Rede des Herrn Dr. Silberberg: „Das industrielle Unternehmertum in der Nachkriegszeit“ eingehend erörtert. Als Ergebnis dieser Aussprache wird folgendes einstimmig festgelegt:

„Die Mitglieder des Reichsverbandes der Deutschen Industrie sind bei ihren Reden und Vorträgen in keiner Weise gebunden. Sie haben das Recht, ihre Meinung frei zu äußern und sind keinem Mehrheitsbeschluss unterworfen. Präsidium und Vorstand sind der Auffassung, daß sowohl das Bekenntnis der Unternehmerschaft zum Staat als auch die Aufforderung zur Zusammenarbeit zwischen Unternehmer- und Arbeiterschaft nur eine neue Betonung der auch bisher von den Spitzenorganisationen der Industrie verfolgten Ziele darstellen. Präsidium und Vorstand des Reichsverbandes der Deutschen Industrie begrüßen alle Bestrebungen, die geeignet sind, die Zusammenarbeit zwischen den Unternehmern und Arbeitern zu fördern. In den parteipolitischen und parteiattributen Auslegungen und Auswertungen der Rede des Herrn Dr. Silberberg nehmen Präsidium und Vorstand keine Stellung, da es nicht Aufgabe des Reichsverbandes der Deutschen Industrie ist, Parteipolitik zu treiben.“

Danach hat sich der Kreis um Silberberg und Duisberg gegen Keusch und Gefolgshaft, die seit Wochen in der „Deutschen Bergwerkszeitung“ gegen Silberbergs Rede kämpften, durchgesetzt.

Blauer Frack und goldene Knöpfe

Von Hans Bauer.

Es gehen grundlegende Veränderungen vor sich im Auswärtigen Amt. Bisher mochte es dessen hohen Herren geschienen haben, daß mit dem Aufrücken in gehobene Stellungen ihre Persönlichkeit eindrucksvoll sei. Jetzt ist es offenbar geworden, daß das Problem doch tiefer liegt. Wohl bleibt es wahr, daß der Wert des Menschen eine Beförderungsforderung ist, aber die Beförderung wieder, die ist eine Kleiderfrage. Was nützt es, von sich zu wissen, daß man einen Diplomaten darstellt, wenn die auswärtigen Diplomaten, wie es verschiedentlich vorgekommen sein soll, einen für einen Kellner ansehen!

In der früheren, in der kaiserlichen Zeit, mochte es einfach gewesen sein, sich einen solchen Eindruck zu verschaffen. Der deutsche Diplomat ließ sich in ein Gespräch mit dem fremden Diplomaten ein. Dieser merkte dann an dessen politischer Unintelligenz schnell, daß er mindestens einen ehemaligen Bonner Borulsen, aber unmöglich bloß einen gewetzten Kellner vor sich haben könnte. Heute dürfte das in der Regel schon anders geworden sein und wir wollen gern zugeben, daß das Korps des Herrn Stresemann durch ein Gespräch sich in positivem Sinne zur Geltung zu bringen weiß, aber bleibt es da nicht noch immer fürchterlich, bis zum Augenblick eines in Gang kommenden Gesprächs eventuell für einen Bedienten gehalten zu werden! Herr Stresemann möchte seine Mannen in Zukunft keinesfalls mehr der Schmach dieser Vermutung aussetzen und er weiß auch, wie's gemacht werden muß: Der schwarze Frack muß fallen und dem blauen mit goldenen Knöpfen, dem „Schiffersrad“ eines uralten Zeremoniells aus der Kaiserzeit soll Platz gemacht werden. Das Ganze wird ein Zweifelspiel überdauern. Natürlich wird diese Kleidung außerdem mißachtet sein. Denn, nicht wahr, eine Verwechslung mit Volk schloße diese Uniformierung, wenn auch nicht prinzipiell, so doch praktisch aus: daß die Portiers ja, im Gegensatz zu Kellnern, keinen Zutritt in diplomatische Salons haben, aber stünde nicht zu befürchten, daß bei gleicher Kostümierung die höheren Organe des Auswärtigen Amtes mit dessen niederen Organen in einen Topf gemorren würden! Aus diesem einleuchtenden Grunde werden jene Straußenfedern auf dem Zweifelspiel tragen, diese hingegen des Schmuckes entzogen. Ganz ist die Gefahr der Standesverwechslung auch dann noch nicht gebannt, da diese Regelung noch immer grob und unbillig erscheint und praktischerweise mit jeder Gehaltsklasse der Umfang der Feder sich vergrößern und beim Herrn Minister persönlich sich füngemäß zur Pfauenfeder steigern müßte. Aber das wären, im Vergleich zur elementaren Wichtigkeit dieser Kleiderneuregelung an sich, immerhin Kleinigkeiten, in die man sich vorerst wohl nicht verlieren möchte.

Als die Konferenz von Locarno tagte, hörten wir etwas von Anbruch des ungeremoniellen Zeitalters, darin zu verschiedenen Sitzungen waren die Diplomaten ganz unformlich, schlechtweg im Straußenanzug erschienen —, und das war auch ein Weg, dem größten Schaden der Vermischung mit der Kellnerschar zu entgehen. Seht! Ist unsere Staatskunst über die Zerungen die Kronenwürde untergrabender Ansichten längst hinausgediehen.

Es ist schön, wenn die Welt bescheinigt, daß man was kann, aber der Schneider muß auch dokumentieren, daß man was ist. So wird es also sehr farbenfroh an Empfangsabenden des Auswärtigen Amtes zugehen, die von dessen Kostümisten wohl werden unterschieden werden müssen, zu denen die hohen Herren sich ja allerdings nun auch nicht gerade als Kabarettumouristen verkleiden dürften. Wenn auch nicht das Blut des Blutes, so wird doch wenigstens das des Anzuges vorherrschen und von einer bestimmten Rangstufe an wird man sich sogar mit Federn und nicht einmal mit fremden Schmücken dürfen. Die Einführung des spanischen Hozeremoniells aus dem 15. Jahrhundert hingegen dürfte wegen großer Koalitionsgefahr vorerst noch nicht bevorzugen.

Vortrag der Katharine Tingley. Derselbe Boden, auf dem die Lehre des Apoptikers von Nancy gedeiht, ist auch für die Theosophie fruchtbar. Kurier der Eozöismus die Schäden des Leibes, und, wenn man will, des Lebens, durch die Macht des Unterbewußtseins — so nimmt die Theosophie dazu die Macht der Seele. Bedenkt man, daß beide Theorien dem realen Faktor der Wirklichkeit ihren irdischen entgegen, beide im festen Glauben an seine Uebermacht und beide, in ihren Grenzen natürlich, mit Erfolg. Denn unter von Kriegen und sozialen Nöten zerrüttetes Jahrhundert sucht ein Ziel, und ist doch zu kraftlos, es sich selber in der Befähigung dieser nächstliegenden Leiden aufzustellen. So finden Okkultismus und alle Geheimwissenschaften lebhaften Zulauf, und auch die gewiß ersterer zu nehmende Lehre der Theosophie rekrutiert ihre Anhänger aus der Schar dieser lebensschwachen Menschen. Immerhin darf man nicht unterschätzen, daß Theosophie etwas Positives ist: die Lehre von der Nächstenliebe, nicht, um bibelgläubig Opfer zu bringen und den Himmel zu erwerben, sondern um das Leben auf dem einfachsten und geradesten Wege zu erfüllen. Die Amerikanerin Katharine Tingley, die im Beechoven-Saal über Theosophie, die natürliche Religion der Menschen, sprach, hat jedenfalls auch schon hinreichend bewiesen, daß ihre Lehre vom Guten mehr ist als eine Theorie. Aber die Fülle von Mystizismus, das Dogma von der Wiedergeburt des Menschen, die zahlreichen Dunkelheiten, die außerdem die Theosophie birgt, wird diese Lehre fernhalten, auch wenn sie nicht Anhänger eines primitiven Materialismus sind.

Ein neues Apoptropfen-Evangelium? Wie die „Westminster Gazette“ meldet, hat der Propst von Eton, Dr. R. R. James, soeben in der Bibliothek der Kathedrale von Hereford eine Handschrift gefunden, die die Geschichte von der Geburt Christi mit viel reicheren Einzelzügen erzählt als die Evangelien. Der Gelehrte hält seine Entdeckung für ein Fragment des Apoptropfen-Evangeliums des heiligen Petrus, von dem bisher nur ein ganz kleiner Teil bekannt war. Dieses Evangelium soll im 4. Jahrhundert von angelsächsischen Pilgern von Rom nach England gebracht worden sein. Ursprünglich soll es griechisch geschrieben und im 13. Jahrhundert dann von einem Unbekannten ins Lateinische übertragen worden sein. Diese Uebersetzung hat James jetzt gefunden. Im Titel wird der Bericht dem Jakob, einem Sohn Josephs des Zimmermanns, zugeschrieben. Der Erzähler ist danach Augenzeuge der berichtigten Vorgänge gewesen; er spielt jedoch selbst in dem

Bericht keine Rolle. Das Jakob-Evangelium gehört gleichfalls zu den Apoptropfen. Das Hereford-Manuskript folgt nicht nur dem Bericht des Matthäus, sondern auch einer bis jetzt unbekannt gebliebenen Quelle und führt eine neue Person ein: Simeon, einen der Söhne, die Joseph in der ersten Ehe gehabt haben soll. In seinem anderen Evangelium wird dieses Sohnes Erwähnung getan. Wie der bisher bekannte Teil des Petrus-Evangeliums, hat auch das Manuskript von Hereford eine ausgesprochen antijüdische Tendenz. Es wird geringfügig von den jüdischen Propheten gesprochen, die orientalischen Weisagern gleichgesetzt werden. James teilt noch mit, daß er nach diesem Fund noch zwei andere Varianten der Geburtsgeschichte Christi entdeckt habe. Die eine befindet sich im British-Museum, die andere ist ein irisches Manuskript, das merkwürdigerweise die nichtorthodoxen Stellen des Manuskriptes von Hereford nicht enthält.

Lebensversicherung einer Armee. Der ungarische Honvedminister hat sich kürzlich an fünf der größten ungarischen Versicherungsgesellschaften mit dem Ersuchen gewandt, ihm die Bedingungen mitzuteilen, unter denen sie bereit wären, die gesamte ungarische Armee gegen Krankheit, Unfall und Tod zu versichern. Ob sich die Lebensversicherung auf das Risiko des Kriegsfaßes bezieht, ist nicht bekannt. Seltsam ist es aber jedenfalls, daß die fünf befragten Gesellschaften einstimmig die Antwort erteilt haben, daß sie die Versicherung gegen Krankheit ablehnen müßten. Dagegen erklärten sie sich bereit, unter bestimmten Bedingungen Lebensversicherungsverträge und solche für Unfall abzuschließen.

„Die Frauenwelt“ bringt aus dem neuen Heft 21 ein schönes Titelbild „Strandwäse“ von A. D. Hoffmann, Berlin. Aus den Beiträgen heben wir hervor: „Der Chinese“ von E. B. Schröder, „Zufriedene Menschen“ von R. Thelle und die Beilage „Kinderland“. Auf die Fortsetzung des Romans „Die vier Tage der Hanne Werth“ von Eva Klaur haben die Leserinnen der „Frauenwelt“ schon mit Spannung gewartet und die lebenseitige Nebenbelle bringt wieder eine ganze Anzahl von Neuheiten und praktischen Anweisungen. „Die Frauenwelt“ ist das Blatt der schaffenden Frau, erscheint dierzehntägig und kostet pro Nummer 30 Pf. Mit Schnittmusterbogen 10 Pf. mehr. Zu beziehen durch alle Volksbuchhandlungen und Postanstalten oder direkt vom Verlag J. H. B. Diez Nachf., Berlin SW. 68.

Wichtige Fäbrungen finden statt am 17. 10 bis 11^{1/2} Uhr vorm. im Alten Museum (Römische Katakomben). Dr. v. Maxfeld; im Kaiser-Friedrich-Museum (Islamische Keramik), Dr. Kühnel und im Museum für Völkerkunde (Geborenenskulturen in Ostafrika), Dr. Baumann. Zuhörerzahl bis 50 Pf. sind vor Beginn am Eingang der genannten Museen in beschränkter Anzahl erhältlich.

Ein Verzeichnis der preussischen Naturgeschichte. Das erste Verzeichnis der preussischen Naturgeschichte ist neben dem der Staatlichen Stelle für Naturdenkmalspflege in Brauns (Berlin-Schöneberg, Brunnenstraße, 67) fertiggestellt worden. Es verzeichnet nicht weniger als 150 Naturdenkmale, deren rechtliche Sicherung, Umfang und naturwissenschaftliche Bedeutung eingehend geschildert werden. Dem von Dr. Quied zusammengestellten Verzeichnis sind zahlreiche Notizen und Abbildungen beigegeben.

Der literarisch-kritische Bericht über die Theaterproben in Bonn, der seit einiger Zeit in München lebe, ist dort, 69 Jahre alt, gestorben. Er hatte sich besonders auf dem Gebiet der Theatergeschichte betätigt.

Eupen-Malmedy.

Erdrückende Mehrheit für Deutschland bei den Gemeindevahlen. — Große sozialistische Erfolge.

Die ehemals preussischen Kreise Eupen und Malmedy sollten nach dem Friedensvertrag an Belgien fallen, wenn sich die Bevölkerung nach den Grundsätzen des Selbstbestimmungsrechts der Völker dafür erklären würde. Eupen und Malmedy sind Belgien aber als Gouvernement angegliedert worden, ohne daß eine solche Abstimmung stattgefunden hat. Die seinerzeit unter Druck der Besatzung mit Mehrheit erfolgte Option für Belgien kann als eine die wirkliche Volksstimmung wiedergebende Willensmeinung nicht angesehen werden. Damals mußte jeder, der nicht für Belgien optierte, gewärtig sein, des Landes verwiesen zu werden.

In der Deffentlichkeit hat das Problem Eupen-Malmedy dann jahrelang keine Rolle gespielt, bis vor wenigen Monaten die Erörterungen über die Rückgabe dieses Gebietes, über die im geheimen schon lange verhandelt wurde, infolge einer Indiskretion von französischer Seite plötzlich wieder zur allgemeinen Diskussion gestellt wurde. Diese von Poincaré zerfallenen Verhandlungen haben auch bei den Gemeindevahlen in Eupen-Malmedy eine nicht unbedeutende Rolle gespielt. Die deutsche Bevölkerung sah in diesen Wahlen die erste Möglichkeit, unbeeinträchtigt abzustimmen und auch die belgische Agitation verstärkte die Parole: „Hier Deutsch — hier Belgisch“, indem sie in den schwärzesten Farben alle die vermeintlichen Nachteile schilderte, die bei der Rückkehr zu Deutschland der Bevölkerung von Eupen-Malmedy erwachsen würden. Insbesondere in den beiden Kantonen Eupen und Malmedy wurde der Wahlkampf sehr lebhaft geführt, während in dem Kanton St. Vith die deutschen Einheitslisten zumeist ohne Gegenkandidaten gewählt wurden.

Das Wahlergebnis ist außerordentlich interessant und auch politisch bedeutsam. Es ist ein ausgesprochenes Bekenntnis der Bevölkerung zum Deutschtum. Von rund 270 zu wählenden Gemeindevereinigungen sind mindestens 235 deutsch und nur 35 belgisch. Ganz genau läßt sich die Stellung der auf probelgischen Listen gewählten Kandidaten wegen der Eigenart des belgischen Wahlsystems nicht übersehen. Man kennt hier keine gebundenen Listen, und da auf probelgischen Wahlvorschlägen aus taktischen Gründen auch mancher verzeichnet stand, der Ansehen bei der deutschen Bevölkerung genießt, so ist es nicht ausgeschlossen, daß auch Gemeindevertreter, die auf probelgischen Listen gewählt wurden, im deutschen Sinne stimmen.

Vor allem bemerkenswert sind die Ergebnisse in den drei Städten des Gouvernements. In Malmedy ist folgendes Ergebnis zu verzeichnen:

Sozialisten	1283 Stimmen (6 Mandate)
Deutsche Bürgerliste	983 „ (4 „)
Belgische Liste	888 „ (1 „)

Die 388 Stimmen für die belgische Liste dürften im wesentlichen von den 200 zurzeit in Malmedy anässigen altbelgischen Beamten und ihren Angehörigen stammen.

In Eupen, wo der an der Spitze der belgischen Liste stehende probelgische Bürgermeister durchfiel, verteilten sich die abgegebenen Stimmen wie folgt:

Sozialisten	1122 Stimmen (2 Mandate)
Christl. Dem. (Arbeiterl.)	1705 „ (5 „)
Christl. Volkspartei	2028 „ (8 „)
Belgische Liste	886 „ (0 „)

In St. Vith wurde die deutsche Einheitsliste mit 9 Kandidaten gewählt. Nur in Herbsthal, wo infolge des Eisenbahn-Grenzübergangs zahlreiche altbelgische Beamte wohnen, ist eine probelgische Mehrheit (5:4) vorhanden.

Besonders wacker haben sich unsere Genossen geschlagen, trotzdem sie unendliche Schwierigkeiten zu überwinden hatten. Vor dem Krieg gab es in dem fast ausschließlich ländlichen Eupen-Malmedy keine sozialdemokratische Organisation. Um so bemerkenswerter ist, daß es gelang, in der zweitgrößten Stadt, in Malmedy, in der es bisher nur 4 sozialistische Mandate gab, die Mehrheit zu erringen. Der ganze Kampf wurde von unseren Genossen in Uebereinstimmung mit der Zentrale der belgischen Partei auf dem Boden des Selbstbestimmungsrechts der Völker geführt. Sie erklärten sich aus politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Gründen für die Rückkehr zu Deutschland, bekämpften aber auch gleichzeitig die nationalistischen Heißsporne auf deutscher Seite. Der Stand der Sozialisten im Wahlkampf wurde durch die nach zwei Seiten zu führende Abwehr sehr schwierig. Von belgischer Seite versuchte man die wallonischen Kreise mit dem Hinweis auf die Unterdrückung der nationalen Minderheiten im alten Preußen kopfscheu zu machen, während man den Arbeitern die deutsche Sozialgesetzgebung gegenüber der belgischen als mindertwertiger erscheinen lassen wollte. Auf der anderen Seite galt es den Kampf gegen die deutsche Kleinbürgersekte zu führen, die sich mit der Republik nicht abzufinden vermag.

Die deutschen Vertreter in Genf.

Verfrühte Kombinationen?

WIB. teilt mit: Gegenüber den zahlreichen Meldungen der letzten Zeit über diplomatische Personalien in Verbindung mit dem Bölkerbund wird von zuständiger Stelle erneut darauf hingewiesen, daß es sich hierbei nur um Kombinationen handeln kann, da irgendwelche Bestimmungen diesbezüglich noch nicht getroffen sind und auch in der nächsten Zeit nicht zu erwarten sein dürften.

Diese Erklärung bezieht sich offenbar auf eine Meldung des „Reichsdienstes der deutschen Presse“, wonach der 1. Vizepräsident in London Dufour-Féronce zum Untergeneralsekretär des Bölkerbundes in Genf ernannt werden soll. An seiner Stelle käme der bisherige Reichspressechef Kiep nach London, dessen Stelle der bisherige stellvertretende Pressechef Geheimrat Zechlin erhalten würde.

Auseinandersetzungen in Bordeaux.

Herriot verteidigt sich — lehnt aber eine Wiederwahl ab.

Paris, 14. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Der Parteitag der Radikalen Partei, dessen Entscheidungen man in allen politischen Lagern Frankreichs mit berechtigter Spannung entgegenfieht, ist am Donnerstag vormittag in Bordeaux eröffnet

Erwerbslosenfragen im Landtag.

Debatte ohne Zwischenfälle.

In der Donnerstagssitzung des Preussischen Landtages eroberte Abg. Pief (Komm.) zu Beginn Einspruch gegen das Verbot der kommunistischen Kundendemonstration.

Auf der Tagesordnung standen die Anträge zum Arbeitsbeschaffungsprogramm. Der Hauptausschuß schlägt vor, für die Bahnkanalisierung 1,26 Millionen zu bewilligen, den Fischereifischhaken in Reutuhren fertig zu bauen, weitere 35 Millionen für die produktive Erwerbslosenfürsorge bereitzustellen, neue Arbeitsämter zu bauen und die Beschaffung zweier Hypotheken zwecks Belegung des Baumarktes durch Staatsgarantien zu erleichtern. Ferner soll von der Vermittlung Erwerbsloser, die Ehrenämter in der Gemeinde bekleiden, in auswärtige Arbeitsstellen grundsätzlich Abstand genommen werden und beim Reiche der Bau der Eisenbahnlinien Essen-Buer-Halttern dringend befürwortet werden.

Abg. Rüffer (Dnat.): Wir kämpfen umsonst gegen die Arbeitslosigkeit. Schuld an ihr ist der Versailler Friedensvertrag und Deutschlands Krüftung.

Abg. Schulz-Breslau (Komm.): Die Sozialdemokraten wollen den Arbeitslosen gar nicht helfen.

Abg. Wende (Soz.): Wir begrüßen mit Genugtuung, daß die Staatsregierung endlich daran gegangen ist, die produktive Erwerbslosenfürsorge nachdrücklich in die Hand zu nehmen. Die Arbeitslosen haben keinen anderen Wunsch, als den nach Arbeit, und der Staat muß alles tun, um ihnen Arbeit zu verschaffen.

Abg. Hartleib (Soz.):

Gewiß hat der Versailler Vertrag zum großen Teil die europäische Wirtschaftskrise verschuldet. Aber dieser Vertrag wurde uns von den siegreichen Ententestaaten aufgezwungen, und daß wir ihn schuldigen müßten,

haben die Gesinnungsfreunde des Herrn Rüffer verschuldet.

(Sehr gut links.) Im übrigen hängt die Arbeitslosigkeit mit dem kapitalistischen Wirtschaftssystem aufs engste zusammen. Auf dem jüngsten Parteitag der Deutschen Volkspartei in Köln hat Herr Stresemann erklärt, wenn die Rationalisierung nicht dazu beitrage, der großen Masse der Bevölkerung günstigere Lebens- und Existenzbedingungen zu verschaffen, dann habe sie ihren Zweck verfehlt. Diese soziale Erkenntnis fehlt leider den weitesten Kapitalistenkreisen. Deshalb müssen die Arbeiter sich fester in ihren proletarischen Organisationen zusammenschließen, um durch

gewerkschaftliche Selbsthilfe

vormwärts zu kommen. Tausende von Technikern arbeiten unausgeseht an der Erhebung menschlicher Arbeitstrakt durch mechanische Mittel und an der Steigerung der Gütererzeugung. Diese dauernde Erhöhung der Produktivität geht weit über die Konsumkraft der Masse hinaus. (Zuruf bei den Kommunisten: Ruft doch die Arbeiter zum Kampf.) Ueber die Art des gewerkschaftlichen Kampfes brauchen wir keine Belehrung von den Kommunisten. Wie lange ist es denn her, daß Ihnen Rastau die Zerstückelung der deutschen Gewerkschaften zum Ziel gesetzt hatte! (Sehr gut bei den Sozialdemokraten. Zuruf des Abg. Rilken: Die Gewerkschaften wären längst kaputt, wenn wir Kommunisten sie nicht gerettet hätten! Große Heiterkeit.) Nur wenn es gelingt, den Massen erhöhte Kaufkraft zu geben, kann für die gesteigerte Produktion Absatz geschafft werden. Nur wenn die Arbeitszeit verkürzt wird, kann verhindert werden, daß die ständige Verbesserung des technischen Apparates und der Betriebsorganisation dauernd neue Arbeitermassen auf die Straße wirft.

Seiner verleiht die Unternahmerchaft mit wenigen Ausnahmen, trotz Rationalisierung und Steigerung der Arbeitsleistung, die Preise hoch zu halten oder gar noch zu erhöhen. Diesen kapitalistischen Tendenzen gegenüber müssen die proletarischen Organisationen durch die Wucht der Masse aus eigener Kraft durchgehen, was für die Existenz der Arbeiterklasse notwendig ist. Die von den Rechtsparteien geforderte Arbeitspflicht wäre ein grober Eingriff in das Selbstbestimmungsrecht und die Freiheit der Arbeiter. Die deutsche Arbeiterklasse kennt in ihrer Gesamtheit nur ein Bestreben: sich durch eigene Arbeit den Lebensunterhalt zu erwerben. Das Jurcht-

worden. Außer mehreren hundert Delegierten der Provinzialverbände ist die Parlamentsfraktion ziemlich vollständig vertreten, darunter auch die drei dem Kabinett angehörenden Mitglieder der Partei: Herriot, Sarraut und Perrier. Schon die Begrüßungsansprache des Vorsitzenden Archimbaud gibt einen leichten Vorgeschmack von der Leidenschaftlichkeit, die die Debatte annehmen zu wollen scheint. Er übt

ungewöhnlich scharfe Kritik

an der Haltung der Parlamentsfraktion, deren Mangel an Disziplin die einheitliche Aktion der Partei gefährde und bei jeder Parlamentsabstimmung in drei Teile auseinanderfalle, von denen die einen für, die anderen gegen stimmen und die dritten sich der Stimme enthalten. Die Partei könne

dieses Schauspiel nicht länger dulden

und habe die Pflicht, durch Aufstellung einer einheitlichen Doktrin und die Einführung einer strafferen Disziplin diesem Zustand ein Ende zu machen.

Die Nachmittagsitzung wurde zum größten Teil durch die

Rede Herriots

bestritten, der seinen bereits angekündigten Beschluß, den Vorsitz der Partei niederzulegen und eine Wiederwahl unter keinen Umständen annehmen zu wollen, offiziell zur Kenntnis gab, obwohl eine am Vormittag abgehaltene Generalkonferenz der Generalsekretäre der Provinzialverbände ihm in einer Resolution nicht nur das volle Vertrauen der Partei ausgesprochen, sondern ihn auch nachdrücklich ersucht hatte, Vorsitzender zu bleiben. Herriots weitere Ausführungen galten ausschließlich der Verteidigung und Rechtfertigung seines Eintritts in das von Poincaré konstruierte Ministerium der Nationalen Einheit. Ohne neue Argumente ins Treffen zu führen, beschränkte er sich im wesentlichen auf die Wiederholung dessen, was er bereits am letzten Sonntag in Lyon gesagt hatte. Die von sozialistischer Seite an seiner Haltung geübte Kritik suchte er zu entkräften durch den Einwand, daß er nicht verstehe, daß einem bürgerlichen Demokraten das zum Vorwurf gemacht werde, was in der Monarchie Belgiens einem Sozialisten erlaubt sei.

Strafmilderungen für die Frankensfälscher.

Durch die Verurteilungsinstant.

Budapest, 14. Oktober. (WIB.) Die Kurie verkündete heute das nunmehr rechtskräftige Urteil in dem Frankensfälschungsprozess. Danach ist die Strafe des Prinzen Windischgrätz, da er der Urkundenfälschung nicht schuldig befunden wurde, von 4 Jahren Zuchthaus in 4 Jahre Kerker abgemindert. Die übrigen verhängten Geld- und Nebenstrafen bleiben bestehen. Die Strafe

barste an der Arbeitslosigkeit ist für den deutschen Arbeiter das dauernde vergebliche Suchen nach Arbeit. Deshalb streben wir Sozialdemokraten nach gesellschaftlichen Zuständen, in denen die Gesamtheit die Verpflichtung hat, alle mit Arbeitstagelegenheit zu versorgen. Aber von diesem Gesellschaftsideal sind wir noch weit entfernt. Jetzt kommt es darauf an, in der Gegenwart den Arbeitslosen Hilfe zu bringen.

Diese positive Gegenwartsarbeit ist auch der einzige Weg, auf dem wir dem Sozialismus näher kommen.

(Zuruf b. d. Komm.: Große Koalition!) Wenn die Arbeiter sich nicht gesplitteln lassen, sondern alle gemeinsam daran arbeiten, den Einfluß der Arbeiterklasse im Staate zu stärken, dann können wir die bürgerlichen Parteien viel weiter zurückdrängen als heute möglich ist. (Sehr gut b. d. Soz.) Aber diejenigen, die Illusionen nachjagen und im praktischen Wirken nur Dummheiten machen, verläßlichen sich am Proletariat und verunsichern sich doppelt an den Opfern des Kapitalismus, den Erwerbslosen. (Lachen b. d. Komm.) Die bisherige Entwicklung, Ihr Parteiwirrwarr und unsere Parteistärke ist der beste Beweis für die Richtigkeit praktischer sozialdemokratischer Politik und Arbeit. (Beifall b. d. Soz.)

Abg. Schubert (Komm.) wendet sich gegen die geplante Arbeitslosenversicherung. — Die Abstimmung ergibt die Annahme der Hauptausschussanträge. In der nun folgenden Fortsetzung der

Debatte über den Magdeburger Justizskandal

spricht zunächst

Abg. Müller-Franken (Wirtsch.-P.): Vor der Beendigung der Disziplinarverfahren gegen Hoffmann und Kölling können wir kein Urteil über die beiden abgeben. Herings Vorgehen ist nicht zu billigen.

Abg. Körner (Wölk.) behauptet, daß Haas nicht unschuldig sei. Haas sei in Rottmersleben und in Berlin mit Schröder gefangen worden. Hilde Göhe ist zu Unrecht verhaftet worden. (Gelächter links.)

Staatssekretär Frehe erucht den Abg. Körner, ihm sein Material über Haas zur Verfügung zu stellen. Bis jetzt hätten aber alle ähnlichen Anzeigen ein negatives Resultat gehabt. Die Göhe ist nicht verhaftet worden, sondern folgte freiwillig den Beamten von Köln nach Magdeburg.

Abg. Bohner (Dem.) setzt sich mit aller Entschiedenheit für den Oberpräsidenten Herfing ein. Es sei soweit gekommen, daß in die schwarzweiße Fahne, die Fahne des politischen Nordes, sich in Magdeburg der gemeine Raubmord hüllen könne. (Zuruf des Abg. Beuermann (D. Sp.): Trotzdem treten wir für sie ein!)

Alle Anträge, den Magdeburger Fall betreffend, werden darauf zusammen mit einem vom Abg. Menzel (Komm.) begründeten Antrag über den Hungerstreik politischer Gefangener in Cottbus dem Rechtsausschuß überwiesen.

Es folgte die Beratung des kommunistischen Antrages auf Einstellung der Ausbesserungsarbeiten in der Siegesallee.

Abg. Hartels-Fresfeld bezeichnet die Siegesallee als Verbrechergalerie und schildert an der Hand von Raubendrechers Hohenzollern-Begende die Regierungstätigkeit sämtlicher dort aufgestellten Hohenzollern. Als er dabei die Königin Luise eine stöberliche Person nennt, verlassen die beiden Rechtsparteien lärmend den Sitzungssaal.

Abg. Meier-Berlin (Soz.): In einer Zeit, wo jeder Pfennig für Wohnungsneubauten fehlt, braucht man nicht die neue Invalidenstraße zu reparieren, die den monströsen Ungeist der Hohenzollern in Stein darstellt. Den hungernden Künstlern kann man dankbarere Aufträge zuweisen. (Sehr wahr bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Winkler (Dnat.): Es ist nicht Sache des Preussischen Landtages, die Geschichte des preussischen Staates in den Schmutz ziehen zu lassen. Wir beantragen Schluß der Debatte und Ablehnung des Antrages.

Von den bürgerlichen Parteien wird der Antrag Winkler gegen Sozialdemokraten und Kommunisten angenommen.

Nächste Sitzung Freitag vormittag 10 Uhr: Dritte Lesung des Hohenzollernvergleichs. Von den Kommunisten wird gegen die Tagesordnung der Freitagssitzung kein Einspruch erhoben. — Schluß 5 1/2 Uhr.

Radoszys wurde von 4 Jahren Zuchthaus auf 3 1/2 Jahre Zuchthaus herabgesetzt.

Die Strafe des Leiters des Kartographischen Instituts Alexander Kurz wurde von 1 Jahr Kerker auf 6 Monate Kerker, die Strafe Herzog von 1 1/2 Jahren auf 1 Jahr Kerker, die Strafe Kaba von 1 Jahr Kerker auf 10 Monate Kerker und endlich die Strafe des Kammerdieners des Prinzen Windischgrätz Kovacs von 1 Jahr Kerker auf 6 Monate Kerker herabgesetzt. Die Strafe des kleineren Angestellten des Kartographischen Instituts wurde durch die seit Januar verbüßte Haft als vollständig abgedüht erklärt.

Rücktritt der Regierung.

Budapest, 14. Oktober. (WIB.) Unter Vorsitz des Ministerpräsidenten Grafen Bethlen hielt die Regierung heute nachmittag einen außerordentlichen Ministerrat ab, der beschloß, daß die Regierung, nachdem der juristische Teil der Frankensfälscheraffäre von der königlichen Kurie rechtskräftig erledigt wurde, es als ihre verfassungsmäßige Pflicht erachtet, die Vertrauensfrage im Hinblick auf die politische Verantwortung aufzuwerfen und zu diesem Zwecke dem Reichsoberster die Demission der Gesamregierung einzureichen.

Herthy hat sich die Entscheidung vorbehalten und die Bethlen-Regierung mit der Weiterführung der Geschäfte beauftragt.

Der große Kampf in England.

Verstärkung im Bergarbeiterstreik geduldet.

London, 14. Oktober. (WIB.) Die Abstimmungen in den einzelnen Bergwerkbetriebsstätten ergaben eine Billigung des Vorschlages der Londoner Konferenz der Bergarbeiterdelegierten, die Sicherheitsleute aus den Schächten zurückzuziehen, mit 400 150 gegen 284 336 Stimmen. Diesem Ergebnis wird in politischen Kreisen keine allzu große Bedeutung beigegeben, da man die Durchführung dieser Androhung für unmöglich hält. Es wird jedoch erklärt, daß die Regierung „angemessene Schritte“ tun werde, falls irgendein Eingriff in den Betrieb der Kohlenbergwerke in irgendeinem Teile des Landes erfolgen sollte.

Die nationale Sorge um Breitscheid jr. läßt die „Deutsche Tageszeitung“ trotz halbamtlicher Widerlegung der Falschmeldungen weiterforschen. Darum nehme sie zur Kenntnis, daß Breitscheid jr. gleich vielen anderen jungen Leuten beim Arbeitsamt zeitweilig angestellt ist und den Dienst in verschiedenen Abteilungen mitmocht, um ihn kennen zu lernen.

Klage gegen das „Hamburger Echo“. Das Reichsernährungsministerium hat gegen das „Hamburger Echo“ Klage erhoben wegen eines im „Echo“ veröffentlichten Artikels über angebliche Privat Spekulationen des damaligen Staatssekretärs Hagedorn.

Der Achtstundenkampf.

Debatte im Internationalen Arbeitsamt.

Genf, 14. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Im Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes, der am Donnerstag seine dreitägige Herbsttagung begann, kam es bei der Beratung des Tätigkeitsberichts zu einer großen Debatte über das Washingtoner Arbeitszeitabkommen. Genosse Schürch-Schweiz ergriff die Regierungsvorrede um nähere Aufklärung über die Stellungnahme ihrer Regierungen zur Arbeitszeitfrage.

Ministerialrat Dr. Feig-Deutschland teilte mit, daß die Reichsregierung ihren auf der Arbeitskonferenz angekündigten Entwurf eines Arbeitsschutzgesetzes inzwischen durch die zuständigen Regierungsstellen und die Organisationen der deutschen Unternehmer und Arbeiter habe durchberaten lassen und ihn demnächst dem Reichstag vorlegen werde. Der deutsche Regierungsvorredner wies dabei darauf hin, daß die Arbeitszeitverlängerung, die in letzter Zeit in einzelnen Ländern, sei es allgemein oder für einzelne Industriezweige eingetreten sind, den Stand der Reichsregierung vor dem Parlament erschweren werden. Genosse Hermann Müller-Lichtenberg bestätigte dies und fügte hinzu, die deutsche Arbeiterschaft sei mit dem Stand des Arbeitszeitabkommens gar nicht zufrieden. Zwischen den deutschen Spitzenverbänden der Arbeiter fanden zurzeit Beratungen statt über die Forderung eines Rotgesetzes, durch das die Frage der Arbeitszeit für sich vor dem allgemeinen Arbeitsschutzgesetz behandelt werden solle. Müller sprach dann sein Bedauern über

die Arbeitszeitverlängerungen in England und Italien aus. Genosse Souhauz-Frankreich wandte sich scharf gegen die Arbeitszeitverlängerung in Italien. Er ging von der Tatsache aus, daß seinerzeit gegen die Arbeitszeitverlängerung Deutschlands sowohl im Verwaltungsrat wie auf der Arbeitskonferenz formelle Verhandlungen erfolgten, wobei nicht die Arbeitervertreter die schärfsten Worte geführt hätten. Jetzt gelte es, konsequent zu sein und nicht das gutzuheißen oder stillschweigend an dem vorübergehen, was man damals verurteilt habe. Die Arbeiterschaft habe ihr in Washington gegebenes Wort gehalten und müsse immer dringender verlangen, daß die Regierungen es auch tun. Souhauz erinnerte schließlich daran, wie damals der italienische Regierungsvorredner im Verwaltungsrat wiederholt in gleichem Sinne gesprochen hat. Auch auf der Londoner Ministerkonferenz habe die italienische Regierung andere Regierungen verdächtigen zu

soßen geglaubt, um tags darauf selbst hinzugehen und das zu tun, was bis dahin keine andere Regierung getan habe, nämlich das Washingtoner Abkommen, das bereits mit Vorbehalt ratifiziert war, zu durchbrechen. Das sei ein Wortbruch, gegen den die Arbeiterschaft aufs schärfste protestieren müsse. Wenn der Verwaltungsrat nicht den Mut fände zur Stellungnahme, so müsse es sich die Arbeitergruppe überlegen, ob sie dem Internationalen Arbeitsamt nicht den Rücken kehren sollte. Das sage er, schloß Genosse Souhauz seine eindrucksvolle Rede, nicht als Drohung, sondern zur Kennzeichnung der Stimmung der Arbeiterschaft.

In gleichem Sinne, wenn auch gemäßigter im Tone, sprach der englische Genosse Boulton, indem er u. a. die Tatsache erwähnte, daß eine englische Arbeiterkonferenz eine Entschliebung auf Austritt aus dem Internationalen Arbeitsamt zwar abgelehnt habe, aber die Tatsache ihrer Einbringung sei doch bezeichnend. Der britische Regierungsvorredner wiederholte die schon früher abgegebene Erklärung, daß seine Regierung

wegen des Kohlenstreiks die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens nicht

haben vornehmen können. Die inzwischen eingetretene Verlängerung der Arbeitszeit der Bergarbeiter werde eine allgemeine Arbeitszeitverlängerung nicht nach sich ziehen.

Der italienische Regierungsvorredner sowie der Unternehmervertreter nahmen ihre Regierung in Schutz. Die italienische Arbeitszeitverlängerung sei eine vorübergehende Krisenmaßnahme. Der polnische Regierungsvorredner beantragte, eine Kommission von neun Mitgliedern einzusetzen, die den jetzigen Stand der Ratifizierung des Arbeitszeitabkommens genau prüfen und Vorschläge machen solle für eine schnellere Ratifizierung.

Am Nachmittag wurde die Debatte noch über eine Stunde fortgeführt. Genosse Souhauz widerlegte in einer längeren Erklärung die Aussprüche der beiden Vertreter Italiens. Außerdem wandte er sich scharf gegen die Arbeitszeitverlängerung im englischen Kohlenbergbau. Die Arbeiterschaft kämpfe seit 1919 gegen

ein unausrichtliches diplomatisches Spiel,

dessen die Arbeiterschaft allmählich überdrüssig geworden sei. Die Abstimmung über den Antrag Sokal-Polen wurde auf Sonnabend vormittag vertagt.

Rück- und Ausblick im Baugewerksbund.

In der vom Baugewerksbund zum Mittwochabend nach dem Gewerkschaftshaus einberufenen Verammlung sämtlicher Betriebsräte und Baudelegierte des Hoch-, Tief- und Betonbaugewerbes sprach der Vorsitzende Genosse Drügemüller über die Lohnverhandlungen vor dem zentralen Schiedsgericht vom 26. bis 29. September, über die wir bereits ausführlich am Dienstag voriger Woche berichteten. Er betonte, daß man wohl darüber streiten könne, ob es richtig war, nach Abschluß des großen Bauarbeiterstreiks im Vorjahre das zentrale Schiedsgericht einzusetzen und bis zum 28. Februar 1927 auf Lohnkämpfe zu verzichten. Eine Ruhepause mußte nach diesem großen Kampf naturgemäß eintreten, denn keine Organisation kann einen Kampf in Permanenz führen. In den Bezirken, wo neben einem guten Organisationsverhältnis auch genügend Arbeit vorhanden war, wäre wahrscheinlich ohne ein zentrales Schiedsgericht mehr erzielt worden.

Ob aber die Gebiete, wo die Geschäftslage äußerst ungünstig war, und das Schiedsgericht einen Abbau der Löhne aus sprach,

ohne das zentrale Schiedsgericht keine Lohnföhrungen gehabt hätten, muß bezweifelt werden. Die Bauarbeiter mußten in den Bezirken, wo die Unternehmer nicht organisiert sind und somit auch kein Schiedsgericht besteht, infolge der schlechten Arbeitsmarktlage auch Lohnreduzierungen hinnehmen. Soviel kann jedenfalls gesagt werden, daß es dem Baugewerksbund gelungen ist, die Bauarbeiterlöhne und vor allem die der Hilfsarbeiter zu halten.

Es ist ohne Zweifel auch ein Erfolg gewesen, daß es den Unternehmern bei den letzten Verhandlungen über die Berliner Löhne nicht gelungen ist, mit ihrer Absicht, die Bauhilfsarbeiterlöhne um 6 Pf. pro Stunde herabzusetzen, beim Schiedsgericht durchzudringen. Eine Gefahr droht den Bauarbeitern aber durch einen Teil ihrer Berufskollegen selbst, die es fertig bekommen, noch heute über 8 Stunden zu leisten, wo noch eine große Zahl von Bauarbeitern unfreiwillig zum Feiern gezwungen ist. Den Unternehmern, die bei jeder Verhandlung die „Notwendigkeit“ der längeren als achtstündigen Arbeitszeit im Baugewerbe zu begründen versuchen, wird durch die freiwillige Mehrarbeit, die von ihnen statisch festgehalten wird, die Argumentation erleichtert. Auf die strengere

Durchführungen des Achtstundentages muß von dem Baudelegierten und Betriebsräten mehr als bisher gehalten werden.

Der Redner erwähnte die Verammelten, die Zeit bis zum Ablauf des Abkommens am 28. Februar 1927 rege zu nützen, die irregulierten Bauarbeiter, die durch die Unterstüfung des Industrieverbandes, meist unbewußt, sich selbst schädigen, wieder einzugliedern in die wirkliche und verantwortliche Interessensvertretung der Bauarbeiter, den Deutschen Baugewerksbund.

Dem Vortrag folgte eine verhältnismäßig kurze Aussprache, die sich zumest in zustimmendem Sinne bewegte.

Der Bergarbeiterstreik in England.

Zunahme der Streikenden.

London, 14. Oktober. (W.B.) „Daily Herald“ meldet im Gegenatz zu den von anderer Seite vorliegenden Berichten, daß infolge der Propaganda Cooks zahlreiche Bergarbeiter, die die Arbeit bereits wieder aufgenommen hatten, gestern erneut in den Ausstand getreten sind. In Derbyshire handelt es sich um 12000 Bergarbeiter, in Nottinghamshire um 1200.

Deutschösterreichs Staatsangestellte.

Kampf droht mit dem Rücktritt.

Wien, 14. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Am Donnerstag wurden die Verhandlungen zwischen dem Bundeskanzler und den Vertretern der Beamten fortgesetzt. Die Beamtenvertreter erklärten auch ein neues Angebot des Bundeskanzlers für ungenügend, worauf der Bundeskanzler mit seiner Demission drohte. Er erklärte, wenn er nicht in der Lage sei, den Angeestellten zu beweisen, daß der Staat nicht mehr geben könne, so würden sie seinem Nachfolger glauben müssen. Die Verhandlungen wurden am Donnerstagabend fortgesetzt.

Achtung, Zimmerer! Die Baustelle in Teitow, Potsdamer Ecke Rappachstraße, der Firma Industriebau L.B. ist gesperrt. Die Firma verlangt von den dort beschäftigten Zimmerern daß sie in Afford arbeiten. Die Kameraden haben dies abgelehnt. Liebt Solidarität mit den Streikenden; meidet die Baustelle! Zentralverband der Zimmerer Deutschl. Zahlstelle Berlin u. Umg.

Freie Gewerkschaftsjugend. Heute, Freitag, 15. Oktober, 7 1/2 Uhr, tagen die Gruppen: Hermannplatz: Jugendheim Scharfstr. 11, Ecke Hohenschloße, Volkshaus und Kosselhaus. — Köpenick: Jugendheim Große Frankfurter Str. 16 (Zimmer 4), Aufbau unserer Organisation. — Bezirk Spandau: Jugendheim Lindenauer 1. Platz. — Bezirk Südwest: Jugendheim Heide-Allees-Str. 7-10, Lisberabend.

Jugendgruppe des AdA. Heute, Freitag, 7 1/2 Uhr, finden folgende Veranstaltungen statt: Bezirk Ost: Jugendheim Große Frankfurter Str. 16 (Zimmer 4), Aufbau unserer Organisation. — Bezirk Spandau: Jugendheim Lindenauer 1. Platz. — Bezirk Südwest: Jugendheim Heide-Allees-Str. 7-10, Lisberabend.

Verantwortlich für Politik: Dr. Curt Seger; Wirtschaft: Arthur Seitzmann; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Revolution: R. S. Fischer; Sozialer und Sonstiger: Fritz Korfelt; Anzeigen: Th. Glöde; Familien in Berlin: Berlin: Bornhards-Berlin G. m. b. H., Berlin. Druck: Bornhards-Verlagsgesellschaft und Verlagsgesellschaft Paul Singer u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 2. Hierzu 2 Beilagen und „Unterhaltung und Wissen“.

Musikaufträge überläßt man nur dem Nachweis des Deutscher Musikerverbandes, Berlin O 27, Kärntnerstr. 21 (Königshof 4310, 4048), Geschäftszeit 9 bis 5, Sonntag 10 bis 2 Uhr. Auf Wunsch Vertreterbesuch

A. WERTHEIM

Leipziger Platz Königstraße Rosenthaler Straße Moritzplatz

Boa-Lie
Zitronen-
Gärungsgetränk
Verkauf: Drogen-Abteilung
Assachank: Erfrischungsräum

Lebensmittel

Soweit Vorrat. Obst, Gemüse, Fleisch u. Fische werden nicht zugesandt

Obst u. Gemüse

Kochbirnen Pfund	0.05	Weißkohl Pfund	0.03
Kaiserkronen Pfund	0.10	Rot- u. Wirsingkohl Pfd.	0.04
Grau- u. Bergamottbirn.	0.10	Möhren geschw., Pfund	0.04
ES- u. Kochäpfel Pfund	0.10	Zwiebeln (Dauer), Pfund	0.05
Goldparmänen Pfund	0.12	MärkischeRübchen Pfd.	0.06
Tafeläpfel Pfund	0.15	Sellerie Pfd.	0.10
Weintrauben gold u. blau Pfd.	0.33	Rosenkohl Pfund	0.30
Kranzfeigen neue Pfd.	0.33	Blumenkohl große Köpfe, von (Winterrob) 10 Pfund	0.35 an
Preiselbeeren Pfd.	0.35	Kartoffeln	0.35

Wurstwaren

Blut- u. Leberwurst Pfd.	0.72	Filetwurst Pfund	1.60
Landleberwurst Pfund	1.20	Mettwurst Braunschweiger Art Pfund	1.60
Rotwurst Pfund	1.20	Feine Leberwurst Pfund	1.70
Westf. Mettwurst Pfund	1.45	Bierwurst Pfund	1.70
Mortadella Pfund	1.45	Zerelat u. Salami Pfund	1.80
Speck fett u. mager, Pfd.	1.50	Schinkenspeck Pfund	1.90

Rosenthaler Str., Königsstr. u. Moritzplatz:

Sülz- u. Jagdwurst Pfund	1.10	Dampfwurst Pfund	1.20
Landleberwurst Pfund	1.10	Fleischwurst Pfund	1.20

Butter u. Käse

Tafelbutter Pfund	1.65	1.75	Harzer Käse Kilo	0.58
Dänische Butter Pfund	1.95	Brie-Käse Pfund	0.60	
Margarine Pfund	0.55	Stangenkäse Allgäu, Pfd.	0.65	
Talg 1 Pfund-Paket	0.62	Edamer u. Holländer Pfd.	0.38	
Kokosfett 1 Pfund-Paket	0.65	Steinbuscher Pfd.	0.95	
Schweineschmalz Pfund	0.79	Tilsiter vollfett Pfund	0.95	
Romatour bayr. Stück	0.28	Schweizer bayr. Pfund	1.35	
Limburger Pfund	0.54	Emmentaler echt, Pfund	1.45	

Gebrauntes Kaffee eigene Rösterei

Konsum-Mischung Pfd.	2.40	Olympia-Mischung Pfd.	3.40
Haushalt-Misch. Pfund	2.60	Globus-Mischung Pfund	3.80
Sonder-Mischung Pfund	3.00	Residenz-Misch. Pfund	4.20

Allerwelt-Brandt, das ganze Körner 1 Pfund-Paket	0.50	Aufbau-Kaffee-Getränk gemahlen 1/2 Pfund-Paket	0.55	0.28
--	------	--	------	------

Frisches Fleisch

Hammel dicke Rippe u. Brust Pfund	78 Pf.
Hammelrücken Pfund	85 Pf.
Hammelkeule ganz u. geteilt Pfund	95 Pf.
Kalbsskamm u. Brust Pfund	80 Pf.
Kalbsrücken Pfund	85 Pf.
Schmorfleisch und Roastbeef mit Knochen, Pfund m. Bg. Pfund	90 Pf.
Schweinebauch u. Rücken	1.05
Schweinekamm u. Blatt Pfund	1.05
Lieser Pfund	95 Pf.
Gehacktes Pfund	70 Pf.
Kabier, Speer u. Kamm Pfund	1.20
Prima Ochsenfleisch gefroren, Pfund	54 Pf.
Kamm u. Brust gefroren Pfund	60 Pf.

Geflügel

Große Tauben Stück	68 u. 78 Pf.
Suppenhühner u. Hähne Pfund v.	95 an
Junge Gänse Pfund von	95 an
Junge Brathühner Pfund von	1.35 an

Fische

Schellfische Pfund	20 u. 28 Pf.
Grüne Heringe Pfund	20 u. 25 Pf.
Goldbars ohne Kopf Pfund	28 Pf.
Lebende Bleie große Pfund	58 Pf.
Lebende Hechte Pfund von	85 an
Lebende Spiegelkarpfen Pfund	1.15 an
Lebende Schleie Pfund	1.20 an

Räucherwaren

Fettbäcklinge Pfd. 0.45 u.	0.38	Schellfische Pfund	0.45
Kleier Bäcklinge Pfund	0.45	Flundern Pfund	0.40 u. 0.68
Aale Pfund	2.30 an	Bund	0.52

Konserven

Junge Brech- u. Schnittbohnen 0.60 l.	0.85	Birnen ganze Frucht	0.65
Junge Erbsen 0.73 fein	1.40	Mirabellen	1.30
Kaiserschoten	1.90	Ananas extra Qualität	1.80
Junge Erbsen m. Karotten 0.73		Pflaumen ohne Stein 0.85 mit Stein 0.68	
Gemischt. Gemüse mittel-fein	1.10	Sardinen portug. Dose 0.30 in Tomaten 0.48 200 g-Dose 0.55	
Konfitüren 2 Pfund-Eimer Orangen, Pflaumen 1.05		Johannisbeer 1.15 Aprikosen 1.35 Ananas 1.60	

Kolonialwaren

Linzen Pfund	0.19	Weizengrieß Pfund	0.26
Haferflocken Pfund	0.22	Eierhandnudeln Pfund	0.44
Tafelreis Pfund	0.24	Gemischt. Backobst Pfd.	0.46
Weizenmehl Pfund	0.24	Eiermakkaroni (Bruch) 0.48	
Auszugmehl 5 Pfund-Beutel	1.30		
Olympia-Hühnerbouillon-Würfel 10 St.	0.50	30 St.	0.95
80 St.	2.25		

Konfitüren

Holl. Kakao Marke Kamphuis in Blechdosen 2 Pfd. 2.90 1 Pfd. 1.60 1/2 Pfd. 80 Pf.	
Sandgebäck 1/4 Pfund 0.25	Berkenschokolade im Karton ca. 75 Gr. 0.35 ca. 150 Gr. 0.55
Sandgebäck m. Schokolade 1/4 Pfund	0.35

Wein

Preise für 1/2 Flasche einschließlich Berliner Getränkesteuer, ohne Glas			
Edelapfelwein a. Tafeltrich sehr mild	0.55	1918 Beaujolais milder Burgund.	1.50
1922 Bretzenheimer mild	0.90	1921 Château Gallais Prop. Lapey, Bordeaux	2.15
1922 Liebfraumilch lieblich	1.05	1922 Sauternes elegant, Süde, weiß, Bordeaux	1.75
1922 Lieserer-Niederberg sehr süßig	1.35	Feiner Fruchtwein Johannisbeer-, Stachelbeere- u. Heidelbeerevin, Cyder	0.90
1924 Lasbenheimer Karthäuserberg Riesling sehr buketreich, bezeichnend	1.80	Deutscher Weinbrand-Verschnitt sehr mild	2.60
1921 Berncasteler feine Moseler 2.00		Jamaica-Rum-Veracha. * 40 Vol. %	3.10
San Antonio mild, Rotwein 1.00			
1923 St. Justin fein, span. Rotwein	1.25		

Wein vom Faß zu Extrapreisen

MONDAMIN

Mondamin zum Backen und Kochen, vorzüglich für Kuchen, Suppen, Tanken, 325-Gr.-Pak. 33 Pf. Mondamin-Backpulver o. Pulvergeschmack, Deutl. 8 Pf.

Mondamin-Puddingpulver beliebige Sort. 8 Pf. Mondamin-Vanille-Soßenpulver Paket 7 Pf.

Mondamin-Feinkost-Pudding für die gute Küche, Schicht 25 Pf. Pudding-Sortiment 1 M

Abteilung Frische Blumen, nur Leipziger Straße

Obstbäume u. Sträucher

Große Auswahl in Spalier- u. Fächer-Obst

ZUR Herbstpflanzung Zuordnung in Groß-Berlin Irel Haus

Johannisbeer 10 St. 2.25	Stück	35 Pf.
Stachelbeer 10 St. 6.50	Stück	70 Pf.
Kirschen u. Aepfel 1.50 an	Büschel St. von	
Birnen u. Pflaumen 2 M an	Büschel St. von	

Kirschen u. Aepfel Mittelstamm	2.25
Birnen u. Pflaumen Mittelstamm	2.75
Blütenstauden winterhart	20 Pf. an
Hyazinthenzwiebeln	45, 60 Pf.

Entwicklung der Innenstadt Berlins

Stadtverordnete und Magistrat sollen über Wege zur Förderung beraten.

Die Stadtverordnetenversammlung räumte gestern wieder kräftig auf und erledigte ein tüchtiges Stück ihres reichlichen Arbeitspensums. Wegen eines Mädchenfürsorgeheims einer konfessionellen Organisation kam es zu einer Auseinandersetzung darüber, ob die Stadt gegenüber derartigen Unternehmungen mehr Vorzicht üben soll. Genossin Todenhagen wandte sich scharf gegen die Erziehungsgrundsätze konfessioneller Anstalten und berichtete über üble Vorkommnisse, die aus einer solchen Anstalt bekanntgeworden sind. Ein von der Linken angenommener Beschluß erinnert den Magistrat an die Pflicht der Gemeinde, die eigenen Anstalten zu vermehren. Im letzten Teil der Sitzung wurde über einen Antrag der Demokraten verhandelt, der eine Förderung der Entwicklung der City Berlins fordert. Stadtrat Genosse Wuhly wies auf die Widerstände hin, die von Reichs- und Staatsbehörden den Straßen- und Durchbruchplänen der Stadt bereitet werden. Auch Genosse Reuter tadelt die Zugeschlossenheit der Behörden, die der Stadt das Arbeiten erschweren. Aber er mahnte auch die Tiefbauverwaltung des Magistrats, sich etwas mehr zu beifließen. Die beantragte Einsetzung einer gemischten Deputation wurde beschlossen.

Nach Erledigung einer ganzen Reihe kleinerer Vorlagen, die meist debattelos angenommen wurden, gelangte in der gestern abgehaltenen Sitzung der Stadtverordneten eine Magistratsvorlage zur Beratung, die die Uebernahme einer

Bürgerschaft von 40 000 M. für den deutschen Gemeinheits-Diakonikerband

zum Gegenstand hat. Der Verband will in einem bei Oranienburg zu laufenden Haus ein Heim für gefährdete Mädchen errichten. Frau Hoffmann-Owlander (Komm.) lehnte namens ihrer Fraktion die Vorlage ab. Sie vertrat sich von einer Uebernahme der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung mehr Hilfe für die gefährdeten Mädchen als durch solche konfessionell betriebene Heime. Die deutschnationale Stadtverordnete Ulrich trat lebhaft für die Uebernahme der Bürgerschaft ein. Unsere Genossin Todenhagen sagte den bürgerlichen Parteien, wie unsere Fraktion über solche Heime denkt. Wenn wir die Garantie dafür hätten, daß in dem Heim die Pfleger an den Mädchen wirklich neutral ausgeübt würde, könnte man sich schließlich mit der Vorlage befreunden. Diese Garantie fehlt aber gerade bei dem Diakonikerband. Er hat die Absicht, das Heim rein konfessionell zu leiten und da machen wir nicht mit. (Hört! hört! rechts.) Jamohl, meine Herren und Damen! Wenn es noch nötig war, meine Achtung vor solchen Heimen herabzuziehen, so ist dies kürzlich im Diakonikerhaus Tellow geschehen. Hier in dieser von einem Pfarrer Wiesener geleiteten Anstalt haben wir

Mädchen gefunden, die vom Pfarrer in Dunkelarrestzellen gefesselt worden waren.

(Pfuiruse links.) Wenn wir nicht selbst die Mädchen im Dunkelarrest angetroffen hätten, wahrlich, wir hätten nicht geglaubt, daß ein geistlicher „Erzieher“ Menschen mit solchen Mitteln erziehen und bessern zu können. Der Eindruck, den wir erlebten, war niederschmetternd. Wir können die Stadt Berlin nicht von der Verpflichtung entbinden, selbst die Fürsorge in die Hand zu nehmen. Aus diesem Grunde kann die sozialdemokratische Fraktion nicht für die Vorlage stimmen. (Bravo! links.) In namentlicher Abstimmung wurde die Uebernahme der Bürgerschaft abgelehnt. Angenommen wurde aber eine Entschließung des Ausschusses, die eine beschleunigte Bearbeitung des Heimprojekts beim Krankenhaus Reinickendorf verlangt. — Angenommen wurde ferner ein Antrag der Kommunisten, der eine Durchführung der Schulreinigung in größerem Umfang verlangt. — Ende September d. J. war den Berliner Hauswirten die Mitteilung zugegangen, daß alle

Hauszinssteuerfindungen aufgehoben

seien. In der Zukunft sollen von den bisher Befreiten allmonatlich

besondere Anträge gestellt werden. Die KPD-Fraktion forderte in einem Antrag den Magistrat auf, diese Anordnung sofort rückgängig zu machen. Nach längerer Aussprache betonte Hauptsteuerdirektor Lange als Magistratsvertreter, daß durch die gesetzlichen Bestimmungen die Stundung der Hauszinssteuer zunächst auf 6 Monate stattgefunden hat. Jetzt müsse der Magistrat die Neueinreichung der Stundungsanträge verlangen. Wenn damit Schwierigkeiten für die Mieter verbunden sind, so trage der Magistrat keine Schuld daran. Auf jeden Fall soll nach dem Willen des Magistrats irgendeine Benachteiligung der Mieter nicht stattfinden. Wenn infolge des zu erwartenden Andrangs von Stundungsanträgen eine fristgemäße Erledigung der Anträge nicht möglich sein sollte, so ist Vorsorge getroffen, daß trotzdem die Hauswirte nicht mehr Hauszinssteuer abzuführen brauchen als bisher. In der Abstimmung wird folgende Fassung des Ausschlußbeschlusses angenommen:

„Die Versammlung ersucht den Magistrat, an zuständiger Stelle dahin vorstellig zu werden, daß durch Abänderung der einschlägigen gesetzlichen und sonstigen Bestimmungen die mit der gegenwärtigen Regelung der Hauszinssteuerfindungen verbundenen Belästigungen beseitigt werden. Es wäre erwünscht, daß an Stelle der seitherigen Stundung und Niederlegung der Hauszinssteuer wegen Bedürftigkeit einzelner Mieter eine entsprechende Hilfe für dieselben Personen durch Mietunterstützungen der Fürsorgeämter in der Höhe der bisherigen Hauszinssteuerfindungen tritt.“

Der Sorge um die Entwicklung der Berliner City

war ein Antrag der Demokraten gewidmet, der bereits zu Anfang dieses Jahres gestellt wurde. Sie verlangten die Einsetzung einer gemischten Deputation zur Beratung der Frage. Stadtrat Merlen (Dem.) begründete den Antrag. Er betonte, daß die Deputation darüber beraten müßte, wie zu verhindern sei, daß die Innenstadt Berlins immer mehr zu einem Bureau, Geschäfts- und Behördenviertel gemacht wird. Die City soll nicht zuletzt Repräsentationsviertel Berlins sein. Dazu ist nötig, daß endlich einmal das Verkehrsproblem gelöst wird; so wie bisher erstirbt die Innenstadt an der Verkehrsmisere. Zu fordern ist die Anlegung von Nebenverkehrsadern, die beispielsweise die Leipziger Straße entlasten könnten, ferner sollten die Beleuchtung und die Straßenreinigung den größtmöglichen Erfordernissen entsprechend verbessert werden. Stadtrat Genosse Wuhly: Der Magistrat stimmt im Grunde mit den Antragstellern überein. Die bekannten

Durchbruchprojekte

durch die Ministertgärten und die Französische Straße sind beinahe fertiggestellt, nur Reich und Staat bringen diesen notwendigen Projekten kein Verständnis entgegen. Genosse Wuhly meinte, daß vieles von dem, was Merlen sagte, übertrieben sei. Er bitte, von der Einsetzung einer Sonderdeputation Abstand zu nehmen und den zuständigen Dezernenten die Beratung und Erledigung der Angelegenheit zu überlassen. Stadtverordneter Genosse Reuter erinnerte daran, wie seinerzeit bei dem Ankauf des Gartens beim Prinz-Albrecht-Palais, der ein Stück der geordneten Projekte darstellte, gerade die Demokraten dagegen waren. Er hoffe, daß diese „altdemokratische Zugeschlossenheit“ gegenüber den Erfordernissen der Zeit bald verschwinde und daß die Demokraten sich einreihen würden in die Front der Parteien, die den unbedingten Fortschritt wollen. Der Magistrat habe allerdings schon damals versprochen, in der aller nächsten Zeit mit Vorlagen über den Ausbau der City vor die Stadtverordneten zu treten; bisher ist aber noch nichts geschehen. Bei einer solchen Behandlung der Angelegenheit durch den Magistrat ist es kein Wunder, wenn in den arbeitsfreudigen Kreisen der Stadtverordneten das Interesse an der Unternehmung des Magistrats schwächer wird. — Der Antrag der Demokraten wurde schließlich angenommen. Zum Schluß wurden noch mehrere kleine Anträge beraten und verabschiedet.

Die Westoststrecke der Hochbahn.

Eröffnung am 24. Oktober.

Die Hochbahngesellschaft wird am Sonntag, den 24. Oktober, die neue Sirede Gleisdreieck-Rollendorfpfah-Wittenbergpfah mit den Untergrundbahnhöfen Kurfürstenstraße und Rollendorfpfah eröffnen. Diese Linie bewirkt eine durchgehende Verbindung zwischen dem Osten und der Schöneberger Bahn bzw. nach dem Kurfürstendamm; die vom Osten kommenden Züge verteilen sich im Untergrundbahnhof Rollendorfpfah auf die beiden Richtungen. Der Fahrplan ist, wie wir von der Hochbahngesellschaft erfahren, so gestaltet, daß während des ganzen Tages zwischen Bahnhof Warschauer Brücke und Bahnhof Schöneberg Hauptstraße durchgehende Züge gefahren werden. Während der Hauptverkehrsstunden werden die Züge vom Bahnhof Umlandstraße ebenfalls bis zur Warschauer Brücke durchgeführt, in der verkehrsschwachen Zeit fahren die Kurfürstendammzüge dagegen bis Bahnhof Gleisdreieck, oberer Bahnsteig. In der Zeit von 7 Uhr vormittags bis 19 Uhr abends wird auf der Strecke Warschauer Brücke—Rollendorfpfah und auf den Abzweigen nach Hauptstraße und Umlandstraße ein Fünfminutenverkehr durchgeführt; in den Hauptverkehrsstunden besteht zwischen Warschauer Brücke und Rollendorfpfah eine Zugfolge von 2½ Minuten.

Ein Meineidprozeß.

Das Opfer einer Personenverwechslung?

Das Opfer einer Personenverwechslung will der frühere langjährige Gemeindevorsteher, Landwirt Fritz Behmann aus Glasow geworden sein, der unter der Anklage des Meineides vor dem Schwurgericht des Landgerichts I steht. Die von ihm Angeklagten sollen die Justizwachmeister Meyer und Rehn sein, zwei Beamte, die auf eine langjährige Dienstzeit im Roabiter Kriminalgericht zurückblicken können, und sich allgemeinen Ansehens und großer Beliebtheit bisher erfreuten. Sie haben jetzt neben Behmann als Angeklagte unter der Anklage eines wissentlichen Meineides in zwei Fällen auf der Anklagebank Platz nehmen müssen.

Die Vorgeschichte dieses Prozesses, für dessen Dauer zwei Tage in Aussicht genommen sind, und zu dem zahlreiche Richter und Staatsanwälte als Zeugen geladen sind, führt zurück in die Inflationzeit, in die Tage der großen Kartoffelnot. Ausgangspunkt des Meineidprozesses ist ein Wucherprozeß, der im Jahre 1924 verhandelt wurde. Schon die Reue, die der Vorsitzende, Landgerichtsvizepräsident Dr. Marschner, bei Beginn der Vernehmung Behmanns durch die Zeugen passieren läßt, bringt zu der Vermutung, daß vielleicht viel Dorfklatsch und persönliche Gefälligkeit wieder einmal drei Leuten verhängnisvoll geworden sind. Es ist die halbe Einwohnerschaft des Dorfes zur Zeugschaft aufgeboten. Behmann war zuerst mit den meisten Einwohnern gut befreundet und bekleidete etwa 20 Ehrenämter. Er war auch im Roabit Geschworenen und häufig Schöffe. Später hat sich teils aus persönlichen Gründen, teils aus politischer Gegnerschaft, so behauptet der Angeklagte, zwischen ihm und seinen Mitbürgern in Glasow eine Feindschaft entwickelt, die ihn auch veranlaßte, sich 1925 nicht mehr zur Wahl zum Gemeindevorsteher zu stellen. Inzwischen war er im Januar 1924 vom Wuchergericht wegen Kartoffelwuchers zu 500 Mark Geldstrafe verurteilt worden. Zwei Männer namens Vanger und Gabriel hatten ihn angezeigt, weil er am 7. September 1923, an welchem Tage sie nach Glasow gekommen wären, wucherische Forderungen gestellt hätten. Obwohl Behmann behauptet hatte, daß er das Opfer einer Personenverwechslung geworden sei, hatte ihn das Wuchergericht verurteilt. Behmann hatte sich damit aber nicht beruhigt und durch Justizrat Meyerstein die Wiederaufnahme durchgesetzt. Er berief sich auf die beiden Justizwachmeister, daß er mit ihnen an jenem Tage in Roabit zusammengekommen wäre und erst abends nach Glasow zurückgekehrt sei. Die beiden Mitangeklagten, von denen der eine Behmann in seiner Eigenschaft als Schöffe kannte, hatten dann auch dies unter Eid bestätigt. Die Berufung des Staatsanwalts führte jedoch, obgleich die Beamten ihre Aussage, wenn auch mit einigen Einschränkungen aufrecht erhielten, zu einer neuen Verurteilung. Nunmehr wurde der Spieß umgedreht und Anklage wegen Meineides erhoben. Der Angeklagte Behmann blieb vor dem Schwurgericht dabei, daß er nicht in Glasow gewesen und

Der Weg des blinden Bruno.

Roman von Oskar Baum.

Wie überlegen, kühl und ernst er sich in dieser heißen Situation benahm! Gedankenlos Vorurteil, daß es auf die Jahre ankam! War er nicht reif, vollkommen reif, bewies er es nicht in dieser Stunde? — Und er blieb noch lange hier, obgleich eigentlich nichts mehr zwischen ihnen zu erörtern war. Er sprach über den unberechenbaren Zusammenhang des äußeren Schicksals und innerer uns selbst verborgener Naturanlage, von den Forderungen des Lebens, die keine humanen Ausnahmen, keine Einsicht und Schonung kennen.

Franzi war zu sehr von ihren Sorgen in Anspruch genommen, um ihn zu bewundern. Sie sah nirgends einen Schritt vor sich. Die hoffnungslose Armut der beiden alten Leute in dem verfallenen Häuschen daheim, die sie hier für immer versorgt glaubten! Es tat ihr zu weh, darüber zu reden und war so sinnlos, wenn man ja doch nichts ändern konnte!

Solche Unempfindlichkeit fand er zuerst verächtlich und fast beleidigend. Aber es fiel ihm bald ein, wie wenig das zum Ernst der Lage paßte, und er schämte sich.

Beim Abschied hielt er dann ihre große, heiße Hand lange zwischen seinen, und einen Augenblick fragte ihn durch den Sinn, daß er ja gewissermaßen im Schlafzimmer mit einem Mädchen war, das alle für seine Geliebte hielt. Bitteres Brennen stieg bis in die Jungenspitze, die Lippen, jeder Atemzug hob eine schwere Last. — was würde sie sagen, wenn er sie jetzt um den Leib fäße? Er klemmte zornig die Zunge zwischen die Zähne, ließ ihre Hand fallen, sagte mit unwahrscheinlicher bedeckter Stimme: „Und wenn wir uns nicht mehr sprechen sollten, gib mir dein Wort, daß du mir schreiben wirst! Es wäre zu schrecklich, nicht zu wissen, wie es dir geht!“

„Ich dank' dir. — Ich weiß nicht, was ich heute ohne dich angefangen hätte. Guter Kerl!“ Aufweinend schlug sie die Arme um seinen Hals, heiße rissige Lippen rührten rauh an seine Wange. „Und jetzt geh!“ Sie schob ihn zur Tür, „aber sage Alwin nichts davon, sonst glaubt er, ich bin in dich verknallt.“

Und sie lachte im Weinen. Zitternd stand er in der halb geöffneten Tür, konnte noch nicht gehen.

„Und wenn du meinetwillen leiden solltest,“ fügte sie

leiser bei, „denk' nicht daran, daß ich dafür kann. Wehr' dich, wehr' dich wie du nur kannst! — Sperre aber jetzt von draußen ab!“ Sie steckte ihm den Schlüssel in die Hand und zog die Tür zu.

Langsam, fast ohne es zu wissen, schlich er die Treppe herab und in den Schlaftaal. Hoffentlich gelang die Sache mit dem Brief, war sein erster Gedanke, als er allein war und die Stille schwer auf ihn fiel. Durch die Gesellschaft drüben konnte vielleicht ein neues hoffnungsvolles Leben für ihn einsetzen. Es wäre zu grausam, gerade jetzt durch so eine ganz fremde Beschichte aus dem Weg geworfen zu werden!

Er schlief nicht ein. Wie schrecklich so etwas für Alex wurde! Alex war im Grunde gerichtet; diesmal rettete ihn nichts mehr, und war es nicht noch schrecklicher, wenn man es verdiente? Und was würde das Mädchen anfangen? Ihre Eltern, die Häusler im Gebirge, schnitten Spielzeug, Papiermesser und Zigarrenständer. Was würde sie dort? Verhungern mühsam dem Wurm, vertümmern, verkommen. Und Alwin ohne sie?

Beim Sechsuhrläuten erwachte Bruno nicht. Die Besprache der Kameraden um ihn über die gestrigen Ereignisse waren sehr eifrig und sein Name lang vor, aber nicht einmal die plötzliche Stille, als beim Frühstücksläuten alle den Saal verließen, weckte ihn. Er war wohl eben erst eingeschlafen. Die Großen ging Lehrer Picket nicht wecken; er hatte damit genug im Saal der Kleinen zu tun.

Ein Dienstmädchen erst, das gegen neun Uhr aufräumen kam, meldete unten, daß der ausgekniffene Verbrecher, den man voll Angst schon in der ganzen Stadt, an allen Bahnhöfen gesucht hatte, ruhig in seinem Bette schlief.

Professor Görnitz, in aller Früh durch die Alarmnachricht herbeigerufen, ging mit Kapetan hinauf.

Es wurde ihnen nicht leicht, ihn wachzubekommen; sie mußten ihn ganz ordentlich an der Schulter schütteln.

Bruno glaubte sich noch in den Märchenvorgängen des Abends, die der Traum fortgesponnen hatte. Er sah aufrecht im Bett, rieb das steiflederne Gesicht. Vater und Kapetan standen vor ihm, befohlen kurz und streng: Ankleiden, Sachen packen, nach Hause! Nicht eine Stunde durfte ihn mehr das Haus, das er zum Dank für alle Wohlthaten mit solcher Schande besudelt habe.

Sie waren so vollkommen von seiner Schuld überzeugt, daß sie gar keine Fragen an ihn richteten, nicht einmal, wo er gestern abend gesteckt hatte.

Müde und gereizt, aus schwerem Schlaf gerissen und im

Bewußtsein seiner Unschuld hochmütig, fuhr Bruno sie wie fehrdtägige Untergebene an. Ein grimmiges Vergnügen, die beiden gefürchteten Machthaber seines bisherigen Lebens so mit Berechtigung anschreien zu können! „Nach Hause? Fällt mir nicht ein! Ich bleibe hier, bis meine Unschuld erwiesen ist. Und erweist sie sich nicht, geh' ich lieber auf die Straße, stehe in Wirtshäuser spielen, stehen, rauben, als eure Dummheit, euer verbrecherisches Mißtrauen, eure gewissenlose Unkenntnis meines Charakters zu büßen!“

Die beiden wußten zunächst nicht, wie sich dazu verhalten. Das hatten sie nicht erwartet! Zittern, ratloses Angst, Reue oder schlimmstenfalls stumme Verstocktheit dachten sie anzutreffen.

Jetzt donnerte er sie an, sofort den Raum zu verlassen, schlug dazu mit der Faust in die Decke wie auf einen Tisch und wartete, ohne sich zu rühren. Er schämte sich auch vielleicht, so im Hemd vor ihnen aus dem Bett zu steigen und die Kleider auf Boden, Stuhl, Bettstühle zusammenzusuchen; er wußte nicht, wo er sie nachts in der Erregung hingestreut hatte.

„Also vorwärts!“ sagte der Direktor schließlich abgewandt, als sei er rechten Stimmaufwand gar nicht wert.

Bruno hatte Lust, sich einfach umzudrehen, aufs Ohr hinzulegen und in die Decke zu wickeln. Aber es schien ihm zu kindisch. „Gut,“ sagte er, „Sie haben ja das Recht, mich hinauszuführen. Sie sollen beruhigt werden.“ Er sprang auf den Boden und stieg in die Kleider. „Ich will das Möglichste tun, in drei Minuten mit allem, was an mich erinnern könnte, zu verschwinden. Wohin, geht natürlich niemand etwas an!“

„Ich denke doch, ein wenig!“ meinte Professor Görnitz spöttisch.

„Wer mir nicht glaubt,“ brummte Bruno, „muß mich für jemanden andern halten. Mich jedenfalls, wie ich bin, kennt er nicht. Mir ist er fremd, und wär's mein Vater.“

Der Professor entgegnete noch einiges, aber Bruno schwieg.

Er lief ins Magazin, seinen Koffer holen, zum Fräulein, um seine Wäsche und Kleider, was alles in Eile hinein, durchschritt dann die Säle, nahm Abschied von allen, ließ dabei von Alwin und anderen soviel Geld als möglich. Sie umdrängten hin, gaben, was sie hatten, zählten es gar nicht erst, freuten sich, daß er sich nicht duckte, nicht unterkriegen ließ, niemand über ihn triumphieren konnte.

(Fortsetzung folgt.)

mit den beiden Männern, die ihn wiedererkannt haben wollen, verhandelt habe. Er sei erst auf die Personenverwechslung gekommen, als in der ersten Verhandlung behauptet wurde, er habe eine feibene Weste angehabt, die er aber nie besessen habe.

Von einem Baum erschlagen.

Drei Arbeiter schwer, einer leicht verletzt.

Ein folgenschwerer Unfall ereignete sich gestern nachmittag kurz nach 2 Uhr in der Ecke Dorf- und Mozartstraße zu Biesdorf. Drei Straßenarbeiter, die mit dem Bogen von Bordschwellen beschäftigt waren, wurden durch einen umstürzenden Baum schwer, ein anderer leicht verletzt. Zu dem bedauerlichen Unfall erfahren wir folgende Einzelheiten:

Die Chaussee, die von Friedrichsfelde-Ost nach Mahlsdorf führt, war schon seit langer Zeit ausbesserungs- und umbaubedürftig. In ihrem damaligen Zustand war sie eine stete Gefahr für den starken Automobil- und Wagenverkehr. Den vielen Bemühungen der dortigen Einwohner war es gelungen, einen Umbau der Chaussee zu erreichen. Wegen der notwendig gewordenen Verbreiterung der Fahrstraße mussten zahlreiche starke Bäume bis zu dreiviertel Meter Durchmesser, die in einer Reihe längs der Chaussee stehen, gefällt werden. Auch im Laufe des gestrigen Vormittags war eine Arbeitskolonne mit dem Ausroden von Bäumen beschäftigt. An einem besonders starken Baum war bereits in den Vormittagsstunden mit den Vorarbeiten begonnen worden. In unmittelbarer Nähe arbeitete eine Kolonne, die Bordschwellen legte. Die Wurzel des Baumes waren gerade freigelegt, als sich ein starker Windstoß in der Baumkrone vering und den Baum ins Wanken brachte. Ehe noch jemand recht zur Bestimmung kam, stürzte dieser unter lautem Krachen um und begrub drei von den Bordschwellenarbeitern unter sich. Arbeitskollegen eilten herbei und befreiten die Verunglückten, die schwere Verletzungen erlitten hatten. Ein vierter Arbeiter, der rechtzeitig zur Seite springen konnte, kam mit leichten Hautabrisuren davon. Sofort nach Bekanntwerden des Unglücks eilte der Biesdorfer praktische Arzt Dr. Philippstal an die Unfallstelle, der als erster die notwendigen Hilfsmittel leitete. Durch die inzwischen herbeigerufenen Berliner Feuerwehr und einen Privatkraftwagen wurden die Verunglückten in das St. Hubertus-Krankenhaus zu Lichtenberg geschafft. Ihre Namen sind:

1. Karl Sämmt, Lichtenberg, Kronprinzenstr. 37, schwere Brustquetschungen und innere Verletzungen.
2. Julius Wulf, Friedrichsfelde, Prinzenallee 60, schwere Schädel- und Rückenverletzungen.
3. Erich Waiszig, Lichtenberg, Wartenburgstr. 68, Brüche und innere Verletzungen.

Während M. und S. zwar erhebliche, doch nicht lebensgefährliche Verletzungen erlitten haben, ist der Zustand Wulfs besorgniserregend. Die Schuld an dem Unglücksfall soll die Bauleitung treffen, die in größter Vernachlässigung ihrer Vorschriften nicht die notwendigen Absperrungsmaßnahmen getroffen hatte. In dem vorstehenden Falle ist der Baum vorzeitig durch eine Boe zum Umstürzen gebracht worden. Aber gerade beim Ausroden von Bäumen können oft unvorhergesehene Zwischenfälle eintreten, so daß die Bauleitung in keinem Falle dulden dürfte, daß in der Gefahrenzone eine andere Arbeitskolonne zu gleicher Zeit tätig war. Diese grobe Fahrlässigkeit hätte beinahe vier Arbeitern das Leben gekostet. Zu den Chaussee-Umbauarbeiten wird uns noch mitgeteilt, daß man von vornherein sehr schlechte Vorberetzungen für den Straßenumbau getroffen hat. Die an und für sich nicht sehr breite Fahrstraße ist halbiert worden, so daß auf einer Seite Umbauarbeiten vorgenommen werden, während sich auf der anderen Seite der Verkehr nach beiden Richtungen abwickelt. In keiner Weise ist hierbei aber auf die Verkehrssicherheit Rücksicht genommen worden. Seit dem Sonntag haben sich hier bereits nicht weniger als drei Verkehrsunfälle ereignet. Es ist geradezu als ein besonderer Glücksstand zu bezeichnen, daß sich noch kein weiteres größeres Unglück ereignet hat. In diesen gefährlichen Stellen ist bisher trotz vielfacher Vorstellungen der dortigen Einwohner kein Postbeamter zur Verkehrsregelung aufgestellt worden. Es ist dringend notwendig, daß diesem Uebelstand sofort abgeholfen wird.

Groschenbüchermesse.

Durch das große Eingangstor des Gewerkschaftshauses am Engelufer gehen Wissenshändler, Funktionäre, alte Arbeiter, Leutchen aus der Jugendbewegung in ihren bunten Mitteln, Sozialdemokraten, Kommunisten. Im Saalgebäude des roten Hauses veranstaltet die Vereinigung linksgerichteter Verleger schon seit einer Woche eine Groschenbüchermesse. Restauflagen, welche schon seit Jahren in den Kellern der Verlagsanstalten bestaubt geblieben haben, erblicken wieder das Licht des Tages. In den Arbeiterbuchhandlungen verfliegen einzelne Bücher und Broschüren aus der Revolutionszeit, aus der Inflation tauchen wieder auf, und manch einer sucht schon seit Jahren nach einem Werk, welches er hier für einige Pfennige zu seiner Freude erstehen konnte. Viele Käufer erscheinen Tag für Tag wieder, weil dauernd neues wieder auf die Verkaufstische gelangt. Die Ausstellung ist bis Sonntag, den 17. Oktober einschließlich geöffnet von morgens 9 Uhr bis abends 7 Uhr. Jeder kommt auf seine Kosten. Der Soziologe, der Sammler politischer Literatur, der Freund schöner Kunstmappen, der Literat, der junge Mensch, jeder findet dasjenige, was ihm zusagt. Es ist eine Kaufgelegenheit, wie sie wohl nie wieder geboten wird und man kann daher jedem empfehlen, die Ausstellung zu besuchen.

Tumult im Arbeitsnachweis.

Sugenbergs Nachrichten bringt in Fettdruck eine Meldung über Unruhen vor dem Arbeitsnachweis in der Klosterstraße, die stark übertrieben ist. Der Totbestand ist folgender: Donnerstag mittags gegen 12 Uhr verfuhrte ein nicht anerkannter Arbeitslosen-ausschuss in die Abteilung für weibliche Angestellte zu gelangen, um der Leiterin bestimmte Forderungen vorzutragen. Als der Sprecher nicht zugelassen wurde, drang er gewalttätig ein. Das herbeigerufene Uebersollkommando brauchte jedoch nicht in Aktion zu treten, da der Mann bereits durch Beamte des Nachweises aus dem Hause entfernt worden war. Es hatte sich eine größere Menschenmenge angeammelt, die jedoch ohne größere Schwierigkeiten zerstreut wurde. Die Behauptung der „Nachtausgabe“, daß mehrere Sittierungen erfolglos, ist unrichtig. Wie das Polizeipräsidium mitteilt, sind keine Festnahmen oder Feststellungen erfolgt. Es paßt in den Rahmen journalistischer Berichterstattung, diesen verhältnismäßig recht harmlosen Vorfall mit der alarmierenden Ueberschrift „Unruhen im Arbeitsnachweis“ als Großaffäre aufzubauen.

Eine blutige Familientragödie.

Gestern nachmittags 3 Uhr ereignete sich in der Meher Str. 43 eine blutige Familientragödie. Der Klempnermeister Arthur Leuchner, der mit seiner Frau seit längerer Zeit in Streitigkeiten lebte, erschoss seine Frau und beging dann Selbstmord dadurch, daß er sich den Hals mit seinem Taschenmesser durchschnitt. Wie wir feststellen konnten, haben die Streitigkeiten in der Familie den Grund, daß Frau Leuchner seit längerer Zeit ein Liebesverhältnis mit einem anderen Mann unterhielt. Ihr Mann hat wiederholt versucht, sie von dem Fremden abzubringen, was ihm aber nicht gelungen ist. Gestern machte Leuchner, der 59 Jahre alt ist, seiner Frau Vorwürfe darüber, daß sie ihrem Freund das Sparfassenbuch, auf dem ein Betrag von 5000 M. stand, gegeben hat. Die Streitigkeiten spitzten sich derart zu, daß es zu sehr erregten Auseinandersetzungen kam. Frau Leuchner, die an den Folgen der Verletzungen sofort starb, steht im 54. Lebensjahr. Leuchner selbst wurde ins Krankenhaus am Friedrichshain gebracht. Das Ehepaar soll in guten Verhältnissen gelebt haben.

Flammentod einer Greisin.

Sittlos umgekommen.

Ein entsetzliches Brandunglück ereignete sich gestern vormittag in dem Hause Gohlerstraße 14 im Nordosten Berlins. Die 85jährige Witwe Julie Gante hat hier zusammen mit ihrem Sohn Hans eine kleinere Wohnung inne. Gestern früh begab sich Hans G. wie gewöhnlich auf seine Arbeitsstelle. Als er am Nachmittage ahnungslos heimkehrte und die Wohnungstür aufschloß, kam ihm ein eigentümlicher Brandgeruch entgegen. Zu seinem Entsetzen fand er seine greise Mutter in völlig verbrannten Kleidern auf dem Korridor liegend leblos vor. Ein sofort hinzugerufener Arzt konnte nur noch den schon etwa morgens gegen 7 Uhr eingetretenen Tod feststellen. Nach den bisherigen Ermittlungen wollte Frau G. einen Ofen anheizen und benutzte hierzu Zeitungspapier. Durch irgendeine Unvorsichtigkeit fingen ihre Kleider Feuer. Sie versuchte die Wohnungstür zu erreichen, brach dann aber wahrscheinlich infolge der Rauchentwicklung bewußtlos zusammen und verbrannte ohne auch nur einen Hilferuf ausstoßen zu können. Von den Hausbewohnern war der schreckliche Vorfall nicht bemerkt worden. Die Leiche wurde beschlagnahmt und in das Schauhaus geschafft.

Die Berliner Musikerschaft (zusammengeschlossen im Deutschen Musikerverband), seit Jahren im schwersten Existenzkampf stehend und seit Jahren einen schweren Kampf gegen Beamtenmusiker und Rebenberufser ausföchtend, steht sich zur Selbsthilfe gezwungen. Aus diesem Grunde veranstaltet das Streichorchester des Deutschen Musikerverbandes am heutigen Freitag, den 15. Oktober, in der „Neuen Welt“, Hallesche, ein Konzert — ausgeführt von 50 Musikern — unter Leitung von Johann Strauß aus Wien, einesteils, um das hohe künstlerische Niveau der Berliner Musikerschaft weiten Kreisen zu zeigen und weiterhin um Arbeitsmöglichkeiten für erwerbslose Musiker zu schaffen.

Zum Faltscheid gegeben. Unter dieser Ueberschrift hatten wir vor einigen Tagen einen Prozeßbericht veröffentlicht, in dem dargestellt wurde, auf wie merkwürdige Art die Schneiderin B. zu einem (sahrlässigen) Faltscheid gekommen war. Die Hauswirtin der Frau B. hatte die Annahme der ihr von der B. eingelassenen Miete verweigert. Die B. hatte das Geld durch die Post zurückbekommen, hatte das wohl vergessen. In dem vorausgegangenen Zivilprozeß sollte die Hauswirtin den Eid leisten. Sie schob ihn aber der Frau B. zu, die ihn unbegreiflicherweise leistete. Die Hauswirtin hatte aber Kenntnis von dem Eingang des Geldes bei der B. und erstattete sofort Anzeige wegen Faltscheid. Ein inzwischen auch von der B. ergangener Widerruf des Eides kam zu spät. Die B. wurde nun unter Bewährungsfrist zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt. Im Anschluß daran hatten wir der Verwunderung darüber Ausdruck gegeben, daß das Gericht die psychisch nicht ganz intakte Frau B. eine Tathatsache habe schwören lassen, die durch Nachfrage bei der Polizei hätte festgestellt werden können und daß das Gericht kein Wort der Rüge für die Zeugin, nämlich die Hausbesitzerin, gefunden habe, die die B. in das Verderben hineingetrieben habe. Zu diesem Bericht nun teilt uns der Herr Präsident des Landgerichts II Berlin erklärend und berichtigend mit, daß bei dem prozessualen Verhalten der Parteien der Zivilprozeßrichter nach den gesetzlichen Vorschriften nicht in der Lage war, eine Auskunft bei der Post (es hieß bei uns irrtümlich Polizei) einzuholen, sondern er war allein auf den Eid als Beweismittel angewiesen. Es hätte höchstens fraglich sein können, ob der Richter der schwurpflichtigen Beklagten den Antritt von Gegenbeweis durch Berufung auf die Post hätte nahelegen sollen. Schließlich aber hat der Vorsitzende des Schwurgerichts am Schluß seiner mündlichen Begrün-



Aus rein technischen Gründen bedeutet die Sendung von „Pension Schöller“ eine glückliche Wahl des Rundfunks. Trotdem dieser bereits eingestauete Schwan von Karl Laufs durchaus zu dem Typ des Situationslustspiels gehört, kann sich der Hörer doch allein durch das geprochene Wort ein ungefähres Bild der Bühnenvorgänge aufbauen. Das liegt daran, daß der Dialog meistens nur zwischen zwei Personen geführt wird, besonders im zweiten Akt. Es fällt also von vornherein die Unübersichtlichkeit fort, die dann entsteht, wenn mehrere Personen miteinander sprechen. Ein anderes Moment hinzu: Der Witz liegt hier weniger in der Situation als in dem gesprochenen Wort, womit nicht gesagt sein soll, daß sich der Dialog durch besonderen Geistesreichtum auszeichnet. Der Schauspieler z. B., der den Konfessionen nicht ausprechen kann, ist bereits vollkommen durch seine Sprache charakterisiert. Eine andere Frage ist es, ob die moderne Lustspielkultur nicht ähnlich gebaute Stücke aufweisen kann, und ob es tatsächlich eine dringende Notwendigkeit war, diese unwahrscheinlich alte Pöste zu übertragen. Man kann allerdings nicht leugnen, daß das Stück trotz der kindlichen seiner Vorgänge, noch immer wirksam erscheint, man lacht viel und damit ist schließlich der Zweck der Uebung erreicht, aber man möchte doch etwas anderes hören, als eine Geschichte, die beinahe in jeder Zeit vor sich geht, da der Großvater die Großmutter nahm. Geipielt wurde sehr ordentlich. Allen voran Jacob Tiedtle mit seinem breiten saftigen Witz. — Vorher sprach Egon Jacobsohn über das Thema „Von unbekanntem Dingen, die man wissen muß“, kleine, nette Witzellen über die Entstehung mancher Redensarten.

Das Rundfunkprogramm.

Freitag, den 15. Oktober.

Außer dem üblichen Tagesprogramm:
4 Uhr nachm.: Frauenfragen und Frauenorgane (Dorothee Goebeler: „Wenn Männer unten werden“). 4.30—6 Uhr abends: Nachmittagskonzert der Berliner Pankkapelle. Leitung: Konzertmeister Franz v. Sapanowski. Anschließend: Ratschläge fürs Haus, Theater- und Filmdienst. 6.30 Uhr abends: Major a. D. Geyer: „Sportfliegen in den ersten Jahren, jetzt und in Zukunft“. 7 Uhr abends: Chefredakteur Dr. Kurt Mühsam: „Wie komme ich zum Film?“ 7.25—8.20 Uhr abends: Hans-Bredow-Schule (Bildungskurse). 7.25 Uhr abends: Abteilung Philosophie. Dr. Arno Schirokauer: „Sprache und Dichtung“. (Die Schönheit in der Sprache). 7.55 Uhr abends: (Hochschulkurse). Abteilung Technische Naturwissenschaft. Dr. Adolf Marouse: „Wissenschaftliche Grundlagen der Luftschiffahrt in allgemeiner Darstellung“. (Physik der atmosphärischen Luft). 8.30 Uhr abends: Populäres Orchesterkonzert. Dirigent: Bruno Seidler-Winkler. 1. Künnecke: Jagdouvertüre. 2. Ailboud: Spanische Suite. 3. Chabrier: Habanera. 4. César Franck: Les Solides, sinfonische Dichtung. 5. Rabaud: Divertissement über russische Lieder. 6. Enesco: Erste rumänische Rhapsodie. 7. Müller-Buesow: Sprosswellen, Walzer. 8. Wappenschmitt: Festliche Musik. (Berliner Pankorchester). Anschließend: Dritte Bekanntgabe der neuesten Tagesnachrichten. Zeitanzeige, Wetterdienst, Sportnachrichten, Theater- und Filmdienst. 10.30 bis 12.30 Uhr abends: Tanzmusik (Kapelle Korbach. Leitung: Kapellmeister Otto Korbach).

Königswusterhausen, Freitag, den 15. Oktober.

12—12.30 Uhr nachm.: Karl Graef: Sprechtechnik für Schüler. 3—3.30 Uhr nachm.: G. v. Eyseren, C. M. Alfieri: Spanisch. 3.30 bis 4 Uhr nachm.: Karl Graef: Praktische Atemübungen. 4 bis 4.30 Uhr nachm.: Dr. Käthe Gaebel: Die Organisation der Berufsberatung. 4.30—5 Uhr nachm.: Aus dem Tätigkeitsbereich der staatlichen Stelle für Naturdenkmalpflege in Preußen. 5—6 Uhr abends: Professor Dr. Hartmann: Zelle und Vererbung. 6—7 Uhr abends: Chefredakteur G. Bernhard: Börse und Börsenpapiere. 7—7.30 Uhr abends: Dr. Margot Riell: Die Poesie der Großstadt. 7.30—7.55 Uhr abends: Dr. Thomalla, Berlin: Das Problem der Verjüngung. 7.55—8.20 Uhr abends: Dr. Konrad Cohn: Zahnpflege in der Schule. Ab 8.30 Uhr abends: Uebertagung aus Stuttgart.

bung des Strafartikels und der der Angeklagten gewährten vollständigen Auslegung eines Teils ihrer Strafe nachdrücklich zum Ausdruck gebracht, daß die Gognerin (die Hausbesitzerin) hinterhältig gehandelt und dadurch den Reineid herausgeschworen habe, zu dem es bei der Aufdeckung der in ihren Händen befindlichen postalistischen Auskünfte vor der Eidesleistung nicht gekommen wäre und daß dies zugunsten der Angeklagten mit in Betracht gezogen worden wäre. — Uns will es nunmehr am besten erscheinen, daß der schwer geprüften Frau B., die, wie man zu sagen pflegt, in die Sache hineingeratet ist, ohne doch im schwersten Sinne schuldig zu sein, auf dem Gnadenwege die ganze Strafe erlassen wird.

Großer Dachstuhlbrand in Spandau.

Gestern abend kurz nach 8 Uhr wurden die Spandauer Wehren nach der Straße Nr. 40, nach dem sogenannten Radeland, alarmiert, wo der Dachstuhl in Flammen stand. Die Mannschaften hatten mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen. Es mußten allein 2000 (zweitausend) Meter Schlauchleitung gelegt werden. Bei Reaktionsstößen waren die Feuerwehren noch an der Brandstelle tätig. — In den Abendstunden wurden mehrere Löschzüge nach der Andreasstr. 19 gerufen, wo in einem chemischen Laboratorium Feuer ausgebrochen war. Nach einstündiger Tätigkeit konnte der Brand gelöscht werden.

Preisverteilung auf der Polizeiausstellung.

Das Berliner Messeamt hatte gestern nachmittag zur Preisverteilung geladen. Einleitend sprach der Direktor des Berliner Messeamtes, Schmid, seinen Dank allen denjenigen aus, die an dem Zustandekommen der Ausstellung, die einen ganz außerordentlichen Erfolg aufzuweisen hatte, mitgewirkt haben. Einen ganz besonderen Dank erstattete er der Industrie. Hierauf ergriff Staatssekretär Dr. Abegg das Wort. Er betonte, daß die Ausstellungserfolge hoffe, alle die Zwecke erreicht zu haben, die sie sich gestellt, so die Festigung der Verbindung zwischen Polizei und Publikum, Fortbildung der Beamten, Einigkeit der deutschen Länder auf dem Gebiet des Polizeiwesens, Verbindung und Zusammenarbeit mit dem Ausland und schließlich die Förderung der Zusammenarbeit mit der Industrie. Der Preisauschuss, der aus einem Vertreter des Innenministeriums, zwei Beamten-Fachmännern, einem Vertreter des Messeamtes und des Reiches der deutschen Industrie und einem künstlerischen Mitgliede bestanden hat, hat in jedem einzelnen Falle unter Hinzuziehung des Arbeitsausschusses des Messeamtes und eines Sachverständigen der betreffenden Branchen die Wahl bestimmt. Zur Verteilung gelangen acht Große Staatspreise und 35 Staatspreise. Alle übrigen Firmen erhielten Dankesurkunden. Darauf erfolgte die Verteilung der Staatspreise und der Dankesurkunden. Unter den Firmen, die den Großen Staatspreis erhielten, befinden sich das Deutsche Tuch-Syndikat Berlin, das Draeger-Werk Lübeck, der Siemens-Konzern Berlin usw. Die Polizeiausstellung Berlin wird am Sonntag, den 17. Oktober unwiderruflich geschlossen, da eine technische Möglichkeit zur Verlängerung der Veranstaltung nicht vorliegt. An den letzten drei Tagen, also am Freitag, Sonnabend und Sonntag wird die Ausstellung bis 10 Uhr geöffnet sein.

Rehrens in der Polizeiausstellung. Ehe die Große Polizeiausstellung Berlin 1926 zu Ende geht, sollen zu einem „Rehrensfest“ am 15. Oktober abends 8 Uhr in den Geläumträumen des Zoologischen Gartens die Beamten des Ministeriums des Innern und des Polizeipräsidiums mit allen denen vereinigt werden, die in irgendeiner Form zum Gelingen der Ausstellung oder ihrer Nebenveranstaltungen beigetragen haben. Das Fest ist so gehalten, daß es jedem möglich sein wird, daran teilzunehmen. Der Eintrittspreis beträgt 50 Pf. Die Kosten für Speisen und Getränke sind so niedrig wie irgend möglich gehalten. Es werden 7 Tanzorchester spielen und in den Sälen abwechselnd bekannte Kabarettkünstler auftreten.

Kommunistische Märsche.

An Stelle der verbotenen Lustgardendemonstration hatten die Kommunisten eine Anzahl Versammlungen in geschlossenen Räumen einberufen. Da Ausschreitungen befürchtet wurden, trat die Polizei Sicherheitsmaßnahmen, hielt sich aber sonst sehr zurück. Die Versammlungen fanden im Zeichen des Kampfes gegen die „verräterische“ Sozialdemokratie. Mit Hemmungsliefer Demagogie wurde von den kommunistischen Rednern die neueste Parole, der Hohenzollernvertrag, ausgenutzt. Das Verbot der Kundgebung im Lustgarten war eine unfreiwillige Reflekt für die Saalveranstaltungen. Sie waren recht gut besucht. In den Pharusälen in der Müllerstraße forderte ein Redner ein „revolutionäres Forum“, um die „Führer der Sozialdemokratie abzurufen“. Solche Märsche erzielen bei dem willigen Publikum begreiflicherweise nicht unbedeutliche Resonanz. Vor Börsers Festivals in der Weberstraße kam es zu einigen Ansammlungen. Doch brauchte auch hier die Polizei nicht einzugreifen. — Die Versammlungen in Reutal in der Rindbrauzerlei und im Kreuzberg im Reichenberger Hof waren gut besucht.

In der Versammlung in Reutal, die, weil der Saal, der nur 500 Personen faßt, zu klein war, im Garten veranstaltet wurde, sprach der Landtagsabgeordnete Bartels, der sich in wüsten Beschimpfungen erging und die bekannten Phrasen gegen die Partei verbrachte. Die Versammlung im Reichenberger Hof war von ungefähr 1000 Menschen besucht. Zu Störungen und Zwischenfällen ist es in beiden Versammlungen nicht gekommen.

Nach der Versammlung in den Pharusälen, die selbst ruhig verlief, kam es in der benachbarten Urechter Straße zu einem Zusammenstoß zwischen zwei Schupo-Beamten und einem Trupp Kommunisten. Den Beamten wurden mit Steinwürfen die Tischos vom Kopf geworfen, auch ging die Menge tätlich gegen sie vor. Zur Abwehr gaben die Beamten mehrere Schüsse ab. Verletzt wurde glücklicherweise niemand. Die Angreifer konnten nicht festgestellt werden.

Bezirksbildungsausschuss Groß-Berlin. Sonntag, den 24. Oktober, nachmittags 3 Uhr, im Theater der Volksbühne am Bülowplatz, Vorstellung: „Der Kaffeehändler kommt zurück“, eine Komödie von Leo Breiner nach Aristophanes. Eintrittskarten, einschließlich Garberode und Theatergeld, zum Preise von 1,20 M. bei den Bildungsstellen der Kreise und Abteilungen, im Abgangszweig des Reichs, Engländer 24/25, Tabakvertrieb GGG, Inselstr. 6, Verband der graphischen Mitarbeiter, Zülchenstr. 38, in den Bezirkspräsidialstellen, in der Buchhandlung Vorwärts, Lindenstr. 2 und im Bureau des Bezirksbildungsausschusses, Lindenstr. 3, 2. Hof II, Zimmer 8.

Sport.

Rennen zu Grunewald am Donnerstag, den 14. Oktober.

1. Rennen. 1. Waldi (O. Schmidt), 2. Fuge (Dr. Wenzel), 3. Baba (L. Barga). Toto: 382 : 10. Platz: 86, 57, 44 : 10. Ferner liefen: Normosol, Rixit II, Pers. Orkos, Klaberna, Semachide, Lufas, Wegweiser, Diokletian, Der Oars, Weltliche, Bifon II, Ignatia.
2. Rennen. 1. Morgenstern (Meuler), 2. Schneewittchen (Jaefel), 3. Die Königin (H. Ludwig). Toto: 38 : 10. Platz: 13, 13, 16 : 10. Ferner liefen: Frausquita, Herbst, Vier, Diana.
3. Rennen. 1. Favorit (Jaefel), 2. Sid Cap (Meuler), 3. Ramin (Witzgen). Toto: 89 : 10. Platz: 24, 42 : 10. Ferner liefen: Krader.
4. Rennen. 1. Impressionist (O. Richter), 2. Wital (L. Barga), 3. Verlehdene (O. Schmidt). Toto: 40 : 10. Platz: 18, 26, 23 : 10. Ferner liefen: Amenophis, Kulatis mutandis, Tortone, Rybear, Lebenslustler.
5. Rennen. 1. Tibia (Haynes), 2. Rosa (Grabitz), 3. Goldenes Horn (Karr). Toto: 14 : 10. Platz: 15, 23 : 10. Ferner liefen: Blau Blume, Rosaneta.
6. Rennen. 1. Phaniasie (Witzgen), 2. Schmerzenskind (Narr), 3. Merkurius (Haynes). Toto: 166 : 10. Platz: 58, 19, 25 : 10. Ferner liefen: Lichtstrahl II, Rintrop, Striemeblid, Nisalin, Osterlingen, Helgoländer, Die Afrimarin, Kitorneil, Bestimmte, Jellenspieg, Gunttrada.
7. Rennen. 1. Wladislaw (Klein), 2. Rutilia (O. Schmidt), 3. Frühlingssbote (Haynes). Toto: 66 : 10. Platz: 22, 21 : 10. Ferner liefen: Märchen, Bobargos, Regenmeister, Kronprinz, Cedria, Pilsote, Reumärter, Baroid, Estorial, Wejel, Primadonna II, Antiope, Pilsa.

Mengenabgabe
vorbehalten!

Verkauf nicht an
Wiederverkäufer!

Grosser 25 UND 50 Pfennig Verkauf

- | | | | | | | | | |
|----|---|-------|---|-------|--|-------|---|-------|
| 25 | 1 Stück Rüschengummiband
Kunstseide, ca. 45 cm lang | 25 Pt | 1 Bratpfanne
Stahlblech, ca. 18 cm | 25 Pt | 1 Fl. Birken-Haarwasser | 50 Pt | 1 Mtr. Musseline
imit., gute Qualität, neue Muster | 50 Pt |
| 50 | 10 Meter Baumwoll-Band
schwarz und weiß | 25 Pt | 1 Schüssel
emailliert | 25 Pt | 6 Kompotteller
höchste Preismuster | 50 Pt | 1 Mtr. Zephir
für Sporthemden, in vielen Streifen | 50 Pt |
| 25 | 15 Meter Halbleinen-Band | 25 Pt | 1 Handfeger
Kokos | 25 Pt | 2 Blumenvasen
eddig | 50 Pt | 1 Meter Gardinennessel
bunt gestreift, ca. 30 cm breit | 50 Pt |
| 50 | 4 Dutzend Wäscheknöpfe | 25 Pt | 1 Kleiderbürste | 25 Pt | 1 Käseglocke
schönes Preismuster | 50 Pt | 1/2 Pfund Kapok | 50 Pt |
| 25 | 1 Karte Perlmutterknöpfe
diverse Größen | 25 Pt | 1 Rot- oder Weißweinkelch | 25 Pt | 1 Sturzflasche
mit Glas | 50 Pt | 1 Kokosmatte
mit Streifen | 50 Pt |
| 50 | 6 Dutzend Druckknöpfe | 25 Pt | 1 Zuckerschale
auf Fuß | 25 Pt | 3 Bierbecher
geschliffen oder mit Goldband | 50 Pt | 1 Büstenhalter
aus gutem Wäschestoff | 50 Pt |
| 25 | 1 Stickschere | 25 Pt | 2 Kaffeetassen
mit Untertassen, Porzellan | 25 Pt | 6 Selterbecher | 50 Pt | 3 Taschentücher
für Damen, Batist mit Hülshante | 50 Pt |
| 50 | 1 Paar Damenstrumpfhalter
Kunstseide | 25 Pt | 1 Milchtopf
m. bunter Kante, Porzellan | 25 Pt | 3 Bier- od. Teebecher
mit Bordüre | 50 Pt | 1 Hutform
Linnen, moderne Fassons | 50 Pt |
| 25 | 1 Paar Damenstrumpfbänder | 25 Pt | 1 Mokkatasse
mit Untertasse, dekoriert, Porzellan | 25 Pt | 3 Speiseteller
flach, Porzellan | 50 Pt | 3 Stangenreier
schwarz, weiß, farbig | 50 Pt |
| 50 | 1 Lacktuchgürtel
ca. 3 cm breit | 25 Pt | 1 Metallophon
8 tönig | 25 Pt | 6 Kompotteller
mit kleinen Fehlern, Porzellan | 50 Pt | 1 Hemdenpasse
imit. Klüppel mit eingefalteten Trägern | 50 Pt |
| 25 | 1 Hemdenpasse
Klüppel imit. | 25 Pt | 1 Gummi-Tier
zum Aufblasen | 25 Pt | 1 Kartoffel- od. Gemüseschüssel
groß Porzellan | 50 Pt | 4 große Rollen Toilettepapier
Krepp | 50 Pt |
| 50 | 4 Meter Klüppelspitze
imit., ca. 2 1/2 cm breit | 25 Pt | 3 Eßlöffel
Aluminium | 25 Pt | 1 Mokkatasse
mit Untertasse, Streubülmchen, Porzellan | 50 Pt | 1 Babyjäckchen
vortreffliche Qualität, verschiedene Größen | 50 Pt |
| 25 | 1 Meter Gardinen-Spitzen
ca. 15 cm breit | 25 Pt | 6 Kaffeelöffel
Aluminium | 25 Pt | 1 Sauciere
mit Bordüre | 50 Pt | 1 Kinderleibchen
gestrickt, gute Qualität, verschiedene Größen | 50 Pt |
| 50 | 6 Meter Wäsche-Bogen
glatt oder gemustert | 25 Pt | 25 Servietten
Krepp, farbig | 25 Pt | 1 Suppenterrine
weiß oder bunt | 50 Pt | 1 Babyröckchen
gestrickt, festes Gewebe, div. Größen | 50 Pt |
| 25 | 5 1/2 Meter Valenciennes-Spitzen
oder -Einsätze, neue Muster | 25 Pt | 100 Blatt Butterbrotpapier
fein-dicht | 25 Pt | 1 Waschschißel | 50 Pt | 1 Mädchenhemd
aus festem Stoff, m. Stickerei, 3 Größen | 50 Pt |
| 50 | 1 Wachs- od. Leitungsschoner | 25 Pt | 3 Kompottschälchen
Preismuster | 25 Pt | 1 Nachtgeschirr | 50 Pt | 1 Knabenschürze
gestreift, in 4 Größen | 50 Pt |
| 25 | 1 Mtr. Handtuchstoff
Gerstenkörn rote Kante | 25 Pt | 1 Kaffeeflasche
mit Verschluss, emailliert | 25 Pt | 1 Armband
vergoldet | 50 Pt | 1 Küchenhandtuch
Gerstenkörn mit roter Kante, ca. 40x100 cm, ges. und geb. | 50 Pt |
| 50 | 3 Taschentücher
für Kinder mit Kante | 25 Pt | 1 Aschbecher
schweres Preismuster | 25 Pt | 1 Halskette
echt Silber | 50 Pt | 1 Frottierhandtuch
Krausestoff, farbige Streifen | 50 Pt |
| 25 | 1 Sportkragen
weiß oder farbig | 25 Pt | 1 Sahnengießer
Olivenmuster | 25 Pt | 1 Kugelhalskette
Alpaka | 50 Pt | 3 Wischtücher
gute Qualität, rot kariert, ges. und geb. | 50 Pt |
| 50 | 1 Selbstbinder
höchste Preismusterung | 25 Pt | 1 Kaffeetasse
m. Untertasse, Goldrand und Linie, Porzellan | 25 Pt | 1 Paar Perlohringe
verschiedene Größen | 50 Pt | 3 Taschentücher
für Herren, dunkelgrünlich | 50 Pt |
| 25 | 1 Paar Sockenhalter
mit Dreieck | 25 Pt | 3 Eierbecher
bunt, Porzellan | 25 Pt | 1 Zigarettenetui
Original Japan | 50 Pt | 3 Taschentücher
für Herren, Linnen mit eingewebter farbiger Kante | 50 Pt |
| 50 | 1 Ansteckblume
in großer Auswahl | 25 Pt | 1 Kompottschälchen
bunt Porzellan | 25 Pt | 1 Stadtkoffer
mit Schloß und Ledergriff | 50 Pt | 1 Spitzentaschentuch
in reicher Ausführung | 50 Pt |
| 25 | 1 Nachttischdecke
mit Spitzen garniert, viele Muster | 25 Pt | 1 Beilageschale
mit Bordüre | 25 Pt | 1 Markt Tasche
m. Ledergriff, ca. 30 cm | 50 Pt | 1 Paar Strickhöschen
in versch. Größen | 50 Pt |
| 50 | 1 Taschentuchbehälter
vorzeichenet | 25 Pt | 1 Sauciere
mit Teller | 25 Pt | 1 Berufstasche
gutes Wäschestück | 50 Pt | 1 Gummischürze
für Kinder, verschiedene Ausführ. | 50 Pt |
| 25 | 2 Meter Küchenkante
vorgezeichnet | 25 Pt | 2 Abendbroteller
bunt | 25 Pt | 1 Handarbeitskorb
gefüllt | 50 Pt | 1 Stehumlegekragen
Mako flach mod. Form | 50 Pt |
| 50 | 1 Tablettdecke
mit Spitze garniert, viele Ausführungen | 25 Pt | 6 Obertassen | 25 Pt | 1 Besuchstasche
eleg. Ausführung, moderne Muster | 50 Pt | 1 Sportvorhemd
mit festem Stuhlmlegekragen | 50 Pt |
| 25 | 1 Salatbesteck
Rhorn | 25 Pt | 2 Stück Blumenseife
im Karton zusammen | 25 Pt | 1 Reibeeisen, 1 Bonillonsieb, 1 Ringsieb
zusammen | 50 Pt | 1 Selbstbinder
moderne Preismusterung | 50 Pt |
| 50 | 2 Kochlöffel
Rhorn, tief und flach | 25 Pt | 1 Flasche Parfüm
Blumen- oder Lavendel im Karton | 25 Pt | 1 Jacken-Kragen
Spadial | 50 Pt | 1 Paar Hosenträger
aus Baumwolle oder Band | 50 Pt |
| 25 | 1 Schock Wäscheklammern | 25 Pt | 3 Stück Seife
im Karton | 25 Pt | 1 Stickerel-Hemdenpasse
bunte | 50 Pt | 1 Paar Sockenhalter
fein-kunziert | 50 Pt |
| 50 | 1 Seifenhalter
fein lackiert | 25 Pt | 1 Fl. russische Eau de Cologne
gute Qualität, extra stark | 25 Pt | 1 Bratpfanne
Stahlblech, ca. 24 cm | 50 Pt | 1 Vorhemd
weiß oder farbig | 50 Pt |
| 25 | 1 Fleischhammer
groß, Rhorn | 25 Pt | 1 Frisier-Kamm
Celluloid, weiß oder schwarz | 25 Pt | 1 Kochtopf
mit Ring, emailliert | 50 Pt | 1 Garnitur: Socken- u. Armbüchhalter | 50 Pt |
| 50 | 7 Meter Roleankordel | 25 Pt | 1 Hand- oder Stellspiegel
Celluloid, weiß, gute Ausführung | 25 Pt | 1 Wasserkessel
emailliert, versch. Farben | 50 Pt | 1 Ecken-Kragen
Mako, 4 farb. | 50 Pt |
| 25 | 1 Babyätzchen
aus gutem Kräuselstoff | 25 Pt | 1 Rasier-Pinsel
gute Ausführung | 25 Pt | 1 Küchenschüssel
emailliert, weiß | 50 Pt | 1 Paar Damenstrümpfe
schwarz oder farbig, mit Doppeltahle und Hochleiste | 50 Pt |
| 50 | 1 Spiegel
mit Nickerband zum Aufstellen, ca. 10x15 cm | 25 Pt | 2 Waschhandschuhe
Krausestoff | 25 Pt | 1 Kaffeekanne
weiß emailliert | 50 Pt | 1 Paar Herrensocken
farbig od. grau meliert | 50 Pt |
| 25 | 1 Frühstücksbrett
Rhorn, Blattform | 25 Pt | 1 Paar Manschettenknöpfe
Emailleauflage, verschiedene Muster | 25 Pt | 1 Schöpf- u. 1 Schaumlöffel
emailliert, weiß zusammen | 50 Pt | 1 Paar Schlupfhosen
für Kinder, farbig, 3 Größen | 50 Pt |
| 50 | 1 Reibeeisen, 1 Kaffeeseib
zusammen | 25 Pt | 1 Ring
mit Smal-Steinen | 25 Pt | 1 Maschinentopf
emailliert, weiß mit Kupf. | 50 Pt | 1 Unterhemdchen
für Damen, weiß, patentgerippt | 50 Pt |
| 25 | 1 Butterdose
mit vernickeltem Deckel | 25 Pt | 1 Paar Perl-Ohringe | 25 Pt | 1 Schmortopf
emailliert, ca. 18 cm | 50 Pt | 1 Paar Kinderstrümpfe
schwarz oder farbig, Größe 2-5 | 50 Pt |
| 50 | 12 Ausstechformen
im Karton | 25 Pt | 1 Emaillé-Brosche
schöne Muster | 25 Pt | 1 Robhaarhandfeger | 50 Pt | 1 Paar Pantoffel
für Damen, türkisch gemusterte Stoffe mit Linoelmsoble und Pompon | 50 Pt |
| 25 | 1 Speiseteller
weiß emailliert | 25 Pt | 10 Meter Küchenkante
zusammen | 25 Pt | 1 Schrubber, 1 Scheuerbürste | 50 Pt | 1 Paar Hausschuhe
für Damen, Dinstoff, hübsche Muster, mit Pompon | 50 Pt |
| 50 | 1 Butterdose
weiß emailliert | 25 Pt | 3 Dutzend Reißnägel | 25 Pt | 1 Topfreiniger
zusammen | 50 Pt | | |
| 25 | 1 Briefmappe
10 Bogen, 10 Umschläge | 25 Pt | 1 Notizbuch
verschiedene Ausführung | 25 Pt | 1 Wäschetrockner | 50 Pt | | |
| 50 | 1 Holzbakasten | 25 Pt | | | 1 Deckelhalter
lackiert, 8 teilig | 50 Pt | | |
| 25 | | | | | 1 Wäscheleine
ca. 20 Meter | 50 Pt | | |
| 50 | | | | | 1 Salatöffel
Rhorn | 50 Pt | | |

JEDER ARTIKEL
25
PFENNIG

JEDER ARTIKEL
50
PFENNIG

Zu diesen erstaunlich billigen Preisen finden Sie praktische Gebrauchsgegenstände in fast allen Abteilungen unserer Häuser

JANDORF

Belle-Alliance-Str. • Gr. Frankfurter Str. • Brunnenstr. • Kottbuser Damm • Wilmersdorfer Str.

Die deutsche Ernte.

Unnötige Zölle. — Die Preisstützung der Getreidehandelsgesellschaft.

Um die Größe der deutschen Getreideernte dürfte sich bald eine größere Diskussion entspinnen. Das Statistische Reichsamt hat soeben seine Vorjahrsführung der deutschen Getreideernte veröffentlicht, die wir nachstehend in abgekürzter Form und im Vergleich mit den Vorjahren wiedergeben. Es betrug die Ernte von

	1926	1925	1924
	in Millionen Doppelzentner		
Weizen	30,5	32,2	24,3
Roggen	75	80,6	57,3
Gerste	28,2	28	24
Hafer	65,7	55,8	56,5
	197,4	194,6	162,1

Nach diesen Zahlen würde die Ernte in Weizen und Roggen hinter der Vorjahrsernte zurückbleiben, in Gerste sie um ein wenig übersteigen, in Hafer beträchtlich größer sein. Zu beachten ist freilich, daß nach dem neuesten Saatensstandsbericht die Erträge nach den Durschergebnissen hinter der Vorjahrsführung mehr oder weniger zurückbleiben. Man wird also annehmen müssen, daß die endgültige amtliche Schätzung um einiges niedriger als die vorläufige Schätzung sein wird. Jedenfalls aber wird auch eine solche Reduktion an der Tatsache nichts ändern können, daß die deutsche Ernte von 1926 um 15 bis 20 Proz. über der Ernte von 1924 liegt.

Zu dieser amtlichen Statistik, die auf Erhebungen der einzelnen statistischen Landesämter beruht, die ihrerseits auf den Mitteilungen ehrenamtlich tätiger Vertrauensmänner basieren, tritt nunmehr eine neue private Statistik hinzu. Der Deutsche Landwirtschaftsrat, die zentrale Organisation der Landwirtschaftskammern in den einzelnen deutschen Ländern und Provinzen, hat mit Hilfe der Landwirtschaftskammern eine Ernteschätzung wenigstens teilweise gegeben. Unter Zugrundelegung der bisher vom Deutschen Landwirtschaftsrat vorgelegten Zahlen ergibt sich für die Ernte des Jahres 1926 etwa das folgende Bild:

Weizen	24,0	Millionen Doppelzentner
Roggen	59,0	
Gerste	22,6	
Hafer	57,4	
	163,0	Millionen Doppelzentner

Diese Berechnung ist nicht vom Deutschen Landwirtschaftsrat aufgestellt worden, sondern nach seinen Angaben geschätzt. Nach den Ermittlungen der Landwirtschaftskammern würde also die deutsche Ernte von 1926 nur um ein wenig über der Ernte von 1924 liegen, in Weizen und Gerste wäre der Ernteausschlag sogar ungünstiger als 1924. Diese Angaben des Deutschen Landwirtschaftsrats sind zweifellos außerordentlich geeignet, dem Getreidemarkt eine kräftige Stütze zu geben. Im Erntejahr 1924/1925 importierte Deutschland 4,2 Millionen Tonnen Getreide insgesamt. Im Erntejahr 1925/1926 importierte Deutschland 3,2 Millionen Tonnen insgesamt, zu denen im Juli eine Voreinfuhr von rund 800 000 Tonnen kam. Hat das Statistische Reichsamt mit seinen Schätzungen recht, so wäre anzunehmen, daß wir in den kommenden Monaten des Erntejahres bis Juli 1927 etwa 2,5 Millionen Tonnen Getreide und Mehl zu importieren hätten; hat dagegen der Deutsche Landwirtschaftsrat recht, so ist anzunehmen, daß Deutschland einen Einfuhrbedarf von mindestens 3 1/2 Millionen Tonnen haben würde.

Ein solcher Mehrbedarf Deutschlands würde auf dem Weizenmarkt der Welt kaum eine große Rolle spielen. Die Weltweizenernte ist im Jahre 1926 beträchtlich größer als im Jahre 1925. Sie scheint

Die größte Weizenernte der Weltgeschichte

zu sein, wenn man von Rußlands Weizenproduktion absieht. Es ist also kaum zu befürchten, daß auf dem Weizenmarkt eine Verknappung und erhebliche Preissteigerung eintreten wird. Anders sieht es dagegen mit dem Roggenmarkt. Unter Zugrundelegung der deutschen amtlichen Vorführung kommt das Internationale Landwirtschaftsinstitut auf die Annahme einer Welt-Roggenernte (unter Ausschluß der russischen Ernte) von etwa 210 Millionen Doppelzentner. Deutschland produziert mehr als ein Drittel des nicht-russischen Roggens der Welt. Ist die deutsche Roggenernte, wie der Deutsche Landwirtschaftsrat behauptet, wirklich um 16 Millionen Doppelzentner geringer als amtlich angenommen wurde, so würde die Welt-Roggenernte dieses Jahres unter dem Durchschnitt der Jahre 1920/1924 liegen. Es wäre also zu befürchten, daß sich in diesem Jahre die große Knappheit am Welt-Roggenmarkt wiederholt, die 1924/1925 eintrat, als zeitweilig die Roggenpreise über den Weizenpreisen lagen.

Weder der Deutsche Landwirtschaftsrat noch das Statistische Reichsamt haben sich bisher bemüht, die großen Unterschiede zwischen den beiden Ernteschätzungen zu erklären. Um so wichtiger ist es jedoch, sich darüber klar zu sein, daß der Deutsche Landwirtschaftsrat naturgemäß ein gewisses Interesse daran hat, vor allem die Roggenernte so klein wie möglich erscheinen zu lassen. Unter diesem Gesichtspunkt hat also keine Schätzung einen etwas zweifelhaften Wert.

Im übrigen bleibt die Weizenernte auch bei Hafer und Gerste um einiges hinter der Vorjahrsernte zurück. Auch die Maisernte dürfte kleiner ausgefallen sein als im Vorjahre. Es ist also ziemlich sicher damit zu rechnen, daß der Weltmarkt für Futtermittel in diesem Jahre höhere Preise aufweisen wird als im vergangenen Jahr.

Die überflüssige Zollerhöhung.

Betrachtet man unter dem Gesichtspunkt der jetzt einigermaßen übersehbaren Gestaltung der Ernte die letzten zollpolitischen Maßnahmen der Reichsregierung, so ist die ablehnende Haltung der Sozialdemokratie gegenüber diesen Anträgen, die inzwischen Gesetz geworden sind, vollaus gerechtfertigt. Die Verknappung des Futtermittelmarktes hätte auch ohnehin zu einer Preissteigerung für das ausländische Futtermittel geführt, dessen die inländische Viehwirtschaft dringend bedarf. Wir haben bisher noch immer angemessene Weizenpreise, und der Roggenpreis liegt jetzt an 35 bis 40 Proz. über der Höhe der Vorkriegszeit. Ohne die Zollerhöhung, die die Sozialdemokratie abgelehnt hat, würde der Roggenpreis immer noch um 25 Proz. über dem Vorkriegspreis liegen und damit ein höheres Preisniveau aufweisen als die vom Statistischen Reichsamt in seinem Großhandelsindex erfassten Industriestoffe.

Was tut die Getreidehandelsgesellschaft?

Diese Zollerhöhung war um so überflüssiger, als sich inzwischen für die Deutsche Getreidehandels-Gesellschaft m. b. H. anscheinend die Möglichkeit ergeben hat, in recht erheblichem Umfange auf dem Getreidemarkt in die Preisbildung einzugreifen. Es scheint die Politik der Getreidehandels-Gesellschaft zu sein, in recht großem Maßstab Getreide zu erwerben, um den Preis auf seinem gegenwärtigen Niveau zu halten. Diese Politik dürfte auch die weitere Folge haben, daß angesichts der günstigen Preise das landwirtschaftliche Angebot sich verhältnismäßig stark zurückhält. Gleichzeitig soll die Getreidehandels-Gesellschaft auch Getreide zu einem Preise, der unter dem Inlandspreise liegt, ins Ausland abstoßen haben. In der Tat wird es bei dem gegenwärtigen Preisniveau für die Gesellschaft — vorausgesetzt, daß die Vorküpfung der Roggenernte durch das Statistische Reichsamt nicht gar zu sehr nach der günstigen Seite hin irrt — notwendig sein, entweder erhebliche Mengen auf Lager zu nehmen oder sie billig ans Ausland abzugeben. Mit anderen Worten, die Getreidehandels-Gesellschaft hat die Wahl, Roggen in Vagern zu verberben und von den Mäusen fressen zu lassen oder den deutschen Roggen zu billigen Preisen für die Fütterung der dänischen und holländischen Schweine zur Verfügung zu stellen. Diese Politik, die auf dem Rücken der Verbraucherschaft der Landwirtschaft recht erhebliche Gewinne bringen dürfte, wird durch die übermäßige Höhe der gegenwärtigen Zölle der Getreidehandels-Gesellschaft erleichtert. Die gegenwärtigen Zölle bleiben vorläufig bis zum 31. Dezember 1926 in Kraft. Dann wird man prüfen müssen, ob nicht die soeben erwähnte Säge für Brot- und Futtermittel angeht und der Weltmarkt und der Preis der Verbraucherschaft eine Senkung erfahren müssen.

Auch Reichsbankhilfe zur Frankensabilisierung.

Ein Vertrauenskredit von 30 Millionen Dollar.

Ueber die belgischen Pläne zur endgültigen Stabilität der Franken, bei der nach neueren Meldungen die Einführung einer neuen Währung nicht beabsichtigt ist, besteht jetzt Klarheit. Belgien wird unabhängig von Frankreich stabilisieren und wird auch seine Anleihepläne selbständig ausführen. Die von uns bezweifelte Meinung über die Aufnahme einer 60-Millionen-Dollar-Anleihe bei englischen, holländischen und schweizerischen Banken findet durch folgenden endgültigen Plan ihre Klärung: die belgische Nationalbank erhält von fünf europäischen Zentralbanken (Bank von England, Deutsche Reichsbank, Schwedische, Schweizerische und Holländische Nationalbank) zunächst einen Rediskonkredit von 30 Millionen Dollar. Die Beteiligung der Bundesreservebank in New York steht noch nicht fest. Die Leitung der Transaktion liegt bei der Bank von England, die auch die Kreditbedingungen für sämtliche Notenbanken festlegen und voraussichtlich keinen größeren Beitrag bereitstellen wird als die Deutsche Reichsbank. Neben diesem kurzfristigen Rediskonkredit kommt eine langfristige belgische Staatsanleihe über 70 Millionen Dollar im nächsten Jahr zur Ausführung, an der sich Deutschland nicht beteiligen wird.

Die große allgemeine Bedeutung, die der Stabilisierung der noch schwankenden Europawährung beizumessen ist, konnte keinen deutlicheren Ausdruck finden, als es in dem solidarischen Vorgehen der wichtigsten europäischen Notenbanken jetzt geschehen ist. Ohne gesunde Währungen ist eine gesunde Wirtschaft in Europa unmöglich. Daß die Notenbanken der Stabilitätswährungsänder der belgischen Nationalbank vereinigt ihren Kredit zur Verfügung stellen, ist ebenso erfreulich, wie es als erste große Solidaraktion der europäischen Notenbanken neue Garantien für die zukünftige Gesundheit der europäischen Währungen schafft. Es ist sicher, daß auch Frankreich zur gegebenen Zeit mit einem solchen Garantiekredit wird rechnen können. Besonders erfreulich ist die Teilnahme der Deutschen Reichsbank. Es würde fast eine Herabsetzung der wirklichen Bedeutung gesunder Währungen in Europa bedeuten, wenn man die aktive Teilnahme der Reichsbank nur aus dem speziellen Handelsinteresse begründen wollte, das die deutsche Wirtschaft an der Frankensabilisierung hat.

Im übrigen wird der kurzfristige Rediskonkredit sich vielmehr als eine das Vertrauen in die Frankensabilisierung stärkende Bereitstellung auswirken, denn als wirklich in Anspruch zu nehmender Kredit. Ihren Vorgänger hat dieser Kredit der fünf Zentralbanken in dem bekannten Rediskonkredit, den die deutsche Golddiskontbank 1924 von der Bank von England bereitgestellt erhielt. Auch dieser ist nie in Anspruch genommen, war aber als Rückenbedeckung von internationaler, demonstrativer Wirksamkeit.

Die Farbpatente in Amerika.

Grundfällige Entscheidung zum beschlagnahmten Eigentum.

Vor dem obersten Bundesgerichtshof der Vereinigten Staaten ist ein Prozeß zu Ende gegangen, der wegen der gefällten Entscheidung Beachtung verdient. Der amerikanische Staat hatte gewissermaßen gegen sich selbst geklagt. Der frühere Verwalter des beschlagnahmten feindlichen Vermögens hatte 4500 deutsche Chemiepateute an die von ihm selbst gegründete „Chemical Foundation Co.“, eine chemische Verwertungsgesellschaft, zu dem lächerlichen Preis von 250 000 Dollar verkauft, während der tatsächliche Wert auf 19—20 Millionen Dollar geschätzt war. Der amerikanische Staat kam dadurch in den Verdacht, an einem betrügerischen Skandal beteiligt zu sein und klagte gegen die Chemical Foundation Co. auf Herausgabe der Patente. In letzter Instanz haben die amerikanischen Gerichte diese Klage jetzt abgewiesen. Der Verkauf wurde von den Gerichten als zu Recht bestehend anerkannt, weil der Verkauf amtlich durch Wilson und den Unterstaatssekretär Holt angeordnet und durchaus gesetzlich gewesen sei. In der Begründung findet sich nun die wichtige Bemerkung, daß der Zweck des Gesetzes über den Handel mit den feindlichen Staaten nicht nur in einer Schwächung der feindlichen Länder durch Eigentumskonfiskation bestand, sondern auch in der Förderung der amerikanischen kriegswichtigen Produktion. Die deutschen Eigentümer hätten keinen Anspruch auf eine Entschädigung, da das Gesetz eine solche nicht vorgesehen habe.

Die Freigabe des beschlagnahmten Eigentums, für die in Amerika eine starke Bewegung besteht, und die bisher nur Erfolge für die kleinen Beträge bis 10 000 Dollar erzielte, wird durch diese Begründung keine Förderung erfahren. In Deutschland ist es merkwürdigerweise, seit die Börsenspekulation andere Antriebe erhalten hat, mit der Ausmalung der Erwartungen für die Freigabe ziemlich ruhig geworden, obwohl es sich um Milliardenbeträge handelt und obwohl die Freigabepartei in Amerika gerade diese Entscheidung zur energischen Fortführung ihres Kampfes benutzen will.

Verluste im Stöhr-Konzern.

Die Kammergarnspinnerei Stöhr u. Co. A.-G. Leipzig, ist die Muttergesellschaft eines deutschen Wollverarbeitungs-Konzerns und zugleich in den Vereinigten Staaten stark an zwei großen Kammergarnwerken beteiligt, die nach langer Beschlagnahme wieder in die Hand des amerikanischen Zweiges der Familie Stöhr gekommen sind. Von den amerikanischen Gesellschaften werden jetzt sehr beträchtliche Verluste gemeldet. Sie betragen allein für das erste Halbjahr 1926 über 3 1/2 Millionen Dollar oder über 14 Millionen Mark. Da die Gesellschaften selbst ihre Dividendenzahlungen auf die Vorzugsaktien eingestellt haben, ist damit zu rechnen, daß die Amerikabeteiligung des deutschen Stöhr-Konzerns überhaupt gefährdet ist. Zuletzt wurde die deutsche Stöhr-Beteiligung mit 7 Millionen Mark genannt; doch ist es fraglich, ob die Beteiligung in die letzte Stöhr-Bilanz schon aufgenommen war, weil die Gesellschaft sehr lange bei den amerikanischen Gerichten um die Anerkennung ihrer Forderungen kämpfte. Jedenfalls würde die Gefährdung der amerikanischen Gesellschaften auch für den deutschen Stöhr-Konzern eine empfindliche Verlustgefahr bedeuten. Diese braucht unmittelbar den durch hohe Dividenden bisher sehr verwöhnten Stöhr-Konzern nicht zu erschüttern.

Kapitalerhöhungen bei Hypothekendarlehen. Die seit Anfang dieses Jahres außerordentlich stark gewachsenen Pfandbriefemissionen der Hypothekendarlehen haben für diese die zwangsläufige Folge, daß sie ihr Kapital erhöhen müssen. Die gesetzlichen Bestimmungen über das Hypothekendarlehen begrenzen nämlich die Ausgabe von Pfandbriefen auf ein bestimmtes Vielfaches des eigenen Kapitals und der Reserven. Ist dieses überschritten, so muß entweder das Eigenkapital erhöht werden, oder weitere Emissionen sind unmöglich. Vor diese Notwendigkeit sah sich kürzlich schon die Rheinisch-Westfälische Bodenkreditbank in Köln gestellt. Jetzt erhöht auch die Preussische Pfandbriefbank, die von der Roggenrentenbank mit 50 Prozent kontrolliert wird, ihr Kapital von 4 auf 7 Millionen Mark. Der Umlauf an Goldpfandbriefen und Kommunalobligationen insgesamt ist in diesem Jahre allein um 50 bis 51 Millionen Mark gestiegen, so daß die obere Grenze der möglichen Pfandbriefausgabe bald erreicht wäre.

Neue Schiffsäufe. Kapitalverdoppelung der Hansa-Reederei. Die Bremer Dampfschiffahrtsgesellschaft „Hansa“ verdoppelt nach einem Aufsichtsratsbeschluss ihr 16-Millionen-Kapital (12 Millionen Stamm- und 4 Millionen Vorzugsaktien) auf 32 Millionen Mark. Ähnlich wie bei Hapag und Norddeutscher Lloyd hängen die Kapitalerhöhungen mit Erweiterungsplänen zusammen. Bekannt wurde bisher der Anlauf von vier englischen Dampfern, der Prince-Binck mit einer Bruttotonnage von 34 500 Tonnen. Wie bei der Hapag geht aber die neue Kapitalbeschaffung beträchtlich über den Wert der gekauften Schiffe hinaus, so daß entweder eine weitere Ausdehnung oder eine Schuldentlastung aus den überschüssigen neuen Mitteln zu erwarten ist. Die „Hansa“ wird nach ihrer Kapitalerhöhung auch finanziell (neben Hapag und Norddeutscher Lloyd) an die dritte Stelle der deutschen Großreedereien rücken, nachdem sie durch die Englandläufe ihrem Schiffsbestand nach (vor Austral-Rosmos) schon an die dritte Stelle gerückt war.

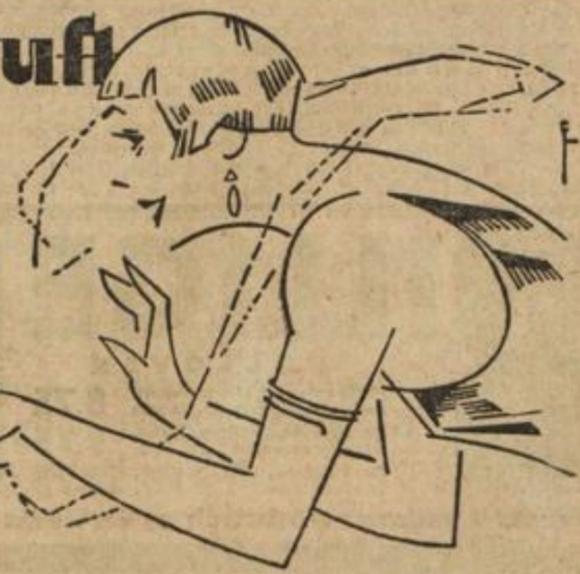
Jhr süßer milder Duft

ist überaus beliebt und bringt in jedes Heim Behaglichkeit und Freude

Maffary Perle

EINE ZIGARETTE VON RANG

NUR 4



Die Wohlfahrtspflege und ihre Ausgaben.

In den Finanzberichten über die Berliner städtische Verwaltung wird darauf hingewiesen, daß die Steigerung der Gesamtausgaben gegenüber der Vorkriegszeit zu einem wesentlichen Teile auf das Anwachsen der Aufwendungen für die Wohlfahrtspflege zurückzuführen ist, und auch das Ergebnis der vergleichenden Finanzstatistik für Berlin (vom Stadtkämmerer Dr. Karding, Berliner Wirtschaftsberichte 1926, Nr. 19, S. 261-262) betont mehrfach die Steigerung der Ausgaben auf dem Gebiete der öffentlichen Wohlfahrtspflege und kommt am Schluß zu der Feststellung, daß diese für 1926 die des Vorjahres um weitere 33 Millionen übersteigen und dann mehr als das 5½fache der Vorkriegszeit ausmachen werden. Diese an sich zutreffende Tatsache ist einerseits darauf zurückzuführen, daß

durch den Krieg und seine Folgen

die Zahl der auf die öffentliche Fürsorge angewiesenen Personen ganz erheblich gestiegen ist und daß andererseits die Kosten der Lebenshaltung auch für die Bedürftigen sich gegenüber der Vorkriegszeit wesentlich erhöht haben und daß ferner entsprechend der Wandlung der Ansichten über Zweck und Ausgaben der öffentlichen Fürsorge deren Bestellungen über das Niveau der früheren Armenpflege gehoben worden sind. Während im letzten vollen Friedensjahre 1913 in den Gemeinden, die jetzt zu der Gesamtgemeinde Berlin zusammengeschlossen sind, insgesamt etwa 55 000 Personen in der offenen Armenpflege laufend unterstützt wurden, betrug in der jetzigen Stadt Berlin die Zahl der laufend unterstützten

	im Juli 1924	1925	1926
Sozialrentner	62 067	61 174	60 650
Altenrentner	14 088	17 642	20 348
sonstigen Personen	25 140	29 539	33 549
zusammen	101 295	107 355	114 547

Dazu treten für Juli 1926 noch die in der städtischen Kantonsaktion laufend unterstützten Personen 83 181 so daß die Gesamtzahl der in der städtischen öffentlichen Fürsorge laufend Unterstützten betrug 140 728

Die Ausgaben der offenen Wohlfahrtspflege sind von 1 740 000 M. im Juli 1924 auf 2 515 000 M. im Juli 1925 und auf 4 614 000 M. im Juli 1926 gestiegen. Das bedeutet eine Steigerung

1924 gegenüber 1913	um	85 Proz.	—
1925	1913	95	—
1924	1913	105	—
1926	1924	5	44,5 Proz.
1923	1925	96,7	83
1926	1924	43,5	165

Dem Steigen der Ausgabe in der offenen Wohlfahrtspflege entspricht auch das Anwachsen der Gesamtausgaben auf dem Gebiete der öffentlichen Fürsorge (einschließlich Jugendwohlfahrt). Diese Ausgaben haben sich erhöht von

im Rechnungsjahr	1913	etwa	23 000 000 M.
1924	1924	auf	65 000 000
1925	1925	108 000 000	

und werden im Rechnungsjahre 1926 nach dem Haushaltsplan und dem Kostprognosehaushalt etwa 148 000 000 M. betragen.

Das ist eine Steigerung gegenüber	1913	1924	1925
im Jahre 1924 um	183 Proz.	—	—
1925	248	50 Proz.	—
1926	535	125	42 Proz.

Stellt man diesen Wohlfahrtsausgaben die Gesamtausgaben (Bruttoausgaben) der Stadt Berlin, die im Jahre 1913 462 000 000 M., im Jahre 1924 ohne außerordentliche Verwaltung rund 481 000 000 M., im Jahre 1925 rund 548 000 000 M. betragen haben und für 1926 auf rund 669 000 000 M. angenommen werden, gegenüber, so ergibt sich für letztere im Jahre

1913 ein Anteil von	5 Proz.
1924	14
1925	19
1926	22

Wenn hiernach der Anteil der Wohlfahrtsausgaben ohne die Gesamtausgaben in Berlin auch nicht größer als in anderen großen Städten Deutschlands ist, so bedeutet er doch

eine ganz erhebliche ständig steigende Belastung des städtischen Haushalts.

was um so schwerer wiegt, als selber die Einnahmen aus dem Anteil an der Reichseinkommensteuer und aus der Hauszinssteuer von rund 120 000 000 M. im Jahre 1924 nicht etwa in gleicher Weise gestiegen, sondern im Gegenteil auf rund 82 000 000 M. im Jahre 1926 gefallen sind. Das ist um so bedenklicher, als bei einem Fortdauern der langen Erwerbslosigkeit mit einem weiteren Steigen der städtischen Wohlfahrtsausgaben (für ausgesetzte Erwerbslose, Mietunterstützungen usw.) gerechnet werden müßte, wenn die Absicht der Reichsregierung, die Sorge für die ausgesetzten Erwerbslosen den kommunalen Verbänden zu überlassen und diesen zu ihren Aufwendungen nur einen Zuschuß von 50 Proz. zu gewähren, zur Ausführung gelangt. Da es sich bei den ausgesetzten Erwerbslosen um einen ganz neuen Massenstand handelt, mit dem beim Erlaß der Fürsorgegesetze und bei der Durchführung des Finanzausgleichs nicht gerechnet worden ist und nicht gerechnet werden konnte, würde eine solche Regelung der Erwerbslosenbetreuung nicht nur die Leistungsfähigkeit der kommunalen Verbände bei weitem übersteigen, sie würde auch dem § 59 des Finanzausgleichsgesetzes, wonach das Reich den Ländern oder Gemeinden neue Aufgaben, gerechnet nach dem Stande vom 1. April 1920, nur zuweisen oder bestehende Aufgaben nur wesentlich erweitern darf, wenn es gleichzeitig für Bereitstellung der erforderlichen Mittel Sorge trägt, widersprechen.

Um eine geordnete Finanzwirtschaft der Kommunen überhaupt noch zu ermöglichen, muß daher mit größtem Nachdruck darauf gedrungen werden, daß, soweit nicht die gezielte Erwerbslosenfürsorge für erwerbslos Gewordene eintreten kann, das Reich die Fürsorge für dieselben finanziert und die Gemeinden — wie bei der gezielten Erwerbslosenfürsorge — höchstens mit ein Reumittel der Aufwendungen beteiligt werden.

„Bevölkerungspolitik.“

Eine Konferenz der Berliner Arbeiterwohlfahrt.

Am Dienstag, den 12. Oktober, fand in den Sophienhallen eine vom Berliner Bezirksausschuß für Arbeiterwohlfahrt einberufene Konferenz statt, in der die Genossinnen Lodenhagen und Wachenheim über die bevölkerungspolitische Tagung in Jena sprachen.

Genossin Lodenhagen streifte zunächst das Referat des Genossen Stein, der in Jena die geschichtliche Entwicklung der Arbeiterwohlfahrt behandelt hatte. Die Einrichtung der Arbeiterwohlfahrt wurde aus den Kriegen geboren, die der Krieg und die durch ihn bedingte wirtschaftliche Umwälzung hervorgerufen hatte. Die Sozialdemokratie der Nachkriegszeit konnte sich nicht mehr damit begnügen, Agitationspolitik zu treiben, sie mußte in ständiger Mitarbeit an die Dinge des Lebens selbst herantreten, um ihr Ziel zu verwirklichen. Jedem Menschen soll die Möglichkeit gegeben werden, seine Fähigkeiten zum Nutzen der Gesamtheit zu entwickeln. Die Rednerin ging dann auf die Ausführungen des Genossen Löwenstein ein, die in Jena einen großen Eindruck hinterlassen hatten. Er bezeichnete die Arbeiterwohlfahrt als einen wichtigen Teil innerhalb der Gesamtpartei. Er hatte darauf hingewiesen, daß die sozialistischen Vertreter sowohl in den Gemeinden, als auch in Staat und Reich trotz der Finanznot auf dem Gebiet der Wohlfahrtspflege Vorbildliches leisten können. Insbesondere ist Berlin durch seine umfassende Fürsorge für Mutter und Kind allen anderen Gemeinden weit vorangegangen. Leider erschweren die kirchlichen Organisationen sehr die im sozialistischen Sinne geleistete Arbeit. Diese Erschwerung ist um so mehr fühlbar, als unsere Weltanschauung selber noch lange nicht weit genug in die breiten Massen eingedrungen ist. Jedes Parteimitglied sollte sich verpflichtet fühlen, irgendein Amt in Staat und Gemeinde zu übernehmen, wenn es dazu aufgefordert wird und wenn die Verhältnisse ihm die Ausübung erlauben. Der Wohlfahrtspfleger vermag auch in den Gemeinden, die keine staatliche Beihilfe für die Unterstützung von Rinderemitteln erhalten, manches Gute zu wirken.

Ueber Schwangerschaftsunterbrechung und Verhütung hatte Elisabeth Kirshmann-Röhl und Dr. med. Kautsky gesprochen. Sie hatten den mangelnden Schutz für Mutter und Säugling, ferner das Fehlen einer Mutterschaftsversicherung auf breiter Grundlage gekennzeichnet. Die Frau wird durch Not und häufige Geburten als Kulturträgerin stark behindert. Der Kampf um den § 218 ist nicht

nur stillos, er ist auch wirtschaftlich zu begründen. Swat ist der Paragraph gemildert. Aber bei der heutigen wirtschaftlichen Lage kann der jetzige Stand der Gesetzgebung nicht genügen. Das Weib muß selbst in der Lage sein, zu bestimmen, ob es Mutter werden soll oder nicht. Dazu seien die Popularisierung der ungeschützten und ärztlich befürworteten Vorbeugungsmittel, sowie die hygienische und gesundheitliche Belehrung der Frauen auf modernster Grundlage notwendig. Ferner ist der Ausbau der Eheberatungsstellen zu fordern.

Ueber Prostitution und Reglementierung hatten Dr. med. H. B. Knack-Hamburg und Luise Schröder-Altona referiert. Sie kennzeichneten den Zusammenhang der Prostitution mit der sozialen Frage im allgemeinen und leiteten daraus für die Sozialdemokratische Partei die Pflicht her, im Kampfe gegen diese Institution die Führung zu übernehmen. Der Staat kennzeichnete die Prostitution bisher als ein notwendiges, nicht zu überwindendes Uebel. Die Sozialdemokratie aber sieht in ihr nur ein Uebel, das aus der alten Zeit. Die Prostitution hängt zusammen mit der sexuellen Unethik, mit wirtschaftlichen und sozialen Schäden. Der Kampf der Sozialdemokratie richtet sich gegen diese Schäden. In dem Maße, als dieser Kampf erfolgreich ist, wird es auch gelingen, die Prostitution selbst zu beseitigen. Die Redner waren dann sehr eingehend auf den Gesetzentwurf zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten eingegangen und hatten insbesondere unterlucht, inwieweit dieser Gesetzentwurf die Forderungen der Sozialdemokratie berücksichtige.

Genossin Wachenheim schilderte insbesondere die Wohlfahrts- und Jugendpflegearbeit im Rheinland. Hier ist die katholische Kirche überaus eifrig tätig. Der Caritas-Bund fordert, daß ihm alles, was irgendwie mit Wohlfahrts- und Jugendpflege zusammenhängt, überwiesen werde. Unter Jugendpflege will er nur die Kinder von Diszidenten, deren Eltern wahrscheinlich Sozialisten seien, von der sozialdemokratischen Wohlfahrtspflege betreuen lassen. Die katholische Kirche nimmt für sich das Recht in Anspruch, auch über die Religion der Kinder in gemischten Ehen zu wachen und sie in ihrem Sinne zu beeinflussen. Dieses Vorgehen hat sich die evangelische Kirche zum Vorbild genommen, auch sie versucht, in ähnlicher Weise Einfluss zu gewinnen. Die Vormundschaft wird durchaus im Sinne der Kirchengemeinden geregelt. Nur Berufsvormundschaft ist nicht an das Bekenntnis gebunden.

Eine Aussprache über diese beiden Berichte konnte der vorgerückten Zeit wegen nicht stattfinden. Sie soll im nächsten Monat nachgeholt werden.

Die Arbeit der Gehag.

Vor wenigen Wochen sind die ersten Wohnungen der Großsiedlung Brieg bezogen worden. Die Erbauerin dieser Siedlung, die Gehag (Gemeinnützige Heimstätten-Spar- und Bau-V.-G.), hat sich mit dieser Tat die Anerkennung weiter Kreise errungen.

Die Gründung der Gehag ist ein Werk der drei Spitzenorganisationen der Gewerkschaften, des ADGB, des AOB, und der UFA, in Verbindung mit der Devog (Deutschen Wohnungsfürsorgegesellschaft). Außerdem ist noch die Wohnungsfürsorgegesellschaft der Stadt Berlin beteiligt. Die Gehag unterscheidet sich von den privaten Gesellschaften grundlegend. Sie ist nicht spekulativ eingestellt, sondern dient nur bestimmten gemeinwirtschaftlichen Interessen. Daher wird sie auch von den Kreisen des privaten Baugewerbes stark angegriffen und bekämpft. Trotz alledem aber konnte sie sich ausgezeichnet entwickeln. Der geistige Schöpfer der Gehag, Dr. Martin Wagner, hatte den Plan, eine Organisation zu schaffen, in der es möglich sein sollte, alle technischen Erfahrungen und Neuerungen zusammenzutragen und in einer großen Wohnungsbauorganisation eine Stelle zu schaffen, die den Wohnungsbau erheblich verbilligt. In den letzten Jahren hat die Gehag, um alle technischen Hilfsmittel großzügiger zur Anwendung zu bringen, und um die Herstellungskosten der Wohnungsbauten zu verringern, sich dem Reihenaubau, der Großsiedlung, zugewandt. Neben der gewaltigen Erleichterung in der technischen Herstellung hat eine so große Organisation den Vorteil einer schnelleren und sichereren Beschaffung von Hypotheken. Finanzierungsabsicht werden einer großen Gesellschaft immer schneller gelingen, als kleinen Bauunternehmern. Die Finanzierung der auszuführenden Wohnungen geschieht folgendermaßen: Die Hauszinsverhypothek bringt 50 bis 55 Proz. der Baukosten. Hierzu kommt eine erste Hypothek, die weitere 30 Proz. deckt und der Rest von 20 Proz. wird durch die Genossenschaften, für die die Bauten ausgeführt werden, entweder durch Spargelder oder durch Mieterzuschüsse bestritten. Die Zuschusshypotheken gibt meist, bei den Bauten der Gehag, die Volkshilfe in Hamburg. Die aus der Arbeiterklasse kommenden Gelder werden also, wenn sie richtig angelegt werden, bei der Konsumgenossenschaft oder auf der Bank für Arbeiter und Angestellte, wieder in Gesellschaften hineingepumpt, die die Arbeiterschaft unterhält, um billige Wohnungen bauen zu können. Auftragsgeber der Gehag sind meist die Baugenossenschaften und Verbände. Die Gehag selbst übernimmt die gesamte Durchführung des Bauvorhabens vom ersten Entwurf bis zur Endabrechnung. Die Bauten selbst werden durch die Baubüroausgeführt.

Bisher hat die Gehag 1174 Wohnungen gebaut. 344 Wohnungen davon sind in Hochbauten mit einer durchschnittlichen Wohnfläche von 50 Quadratmetern (Stube, Kammer, Küche) und 48 Wohnungen mit durchschnittlich 60 Quadratmetern (2 Stuben, Kammer, Küche) und 44 Wohnungen größerer Art (drei Stuben und Zubehör) ausgeführt. In den Flachbauten sind fast ausschließlich Wohnungen mit vier Räumen gebaut. 500 Wohnungen von den 1174 liegen in der Großsiedlung Brieg. Bei allen Bauten ist auf solide Bauart Wert gelegt, so hat jede Wohnung eine Badeanlage, die Geschosshäuser eine Treppe, alle bewohnbaren Räume Doppelfenster. In der Küche sind Spülkäufe eingebaut und die Treppentritte in Delfarbe, weiß sogar farblos gefirnisht. Die Kosten für die fertiggestellten Bauten beliefen sich auf rund 15 Millionen Mark und für die in Bau und in Vorbereitung befindlichen Bauten werden sich die Kosten auf rund 16 Millionen Mark belaufen. Die Baustellen liegen in den verschiedensten Stadtbezirken. Im Augenblick baut die Gehag an zehn Stellen. Die größten Baupläne sind in Brieg, in Reuthallen Weigandufer, in Weikensee Schuller, in Tegel auf dem Gelände der Freien Schule und in Bohnsdorf. Trotz beschränkter Mittel hat die Gehag sich immer bemüht, die Häuser architektonisch einwandfrei zu gestalten. Die Architekten Bruno Taut, Dr. Martin Wagner, Professor Häring und Salvisberg werden von der Gehag zur Ausarbeitung der Baupläne hinzugezogen. Die Gehag will keine überladenen Fassaden bauen, sondern Wohnungen schaffen mit ganz besonders reichlich durchgearbeiteten Grundrissen in hygienischer und organisatorisch vollkommenster Anlage. Das flache Dach wird für die mehrstöckigen Bauten aus rein wirtschaftlichen und praktischen Gründen angewandt. Das flache Dach ist bei einem dreigeschossigen Hause, also bei sechs Wohnungen und einem Treppenhause, etwa um 300 Mark pro Wohnung billiger als ein schräges Dach. Für das Einfamilienhaus im Reihenaubau ist das flache Dach nicht wirtschaftlich. Bei diesen Bauten wird das obere Geschoss in das Dach mit eingebaut, es wird also die Dachfläche nutzbar gemacht. Würde auch das flache Dach bei einem Einfamilienhaus verwendet werden, dann müßten zwischen dem Obergeschoss und dem Dach starke Wärmehaltmittel eingebaut werden, die die erzielte Ersparnis wieder aufheben würden.

Die Gehag verfolgt bei ihrer Tätigkeit die besondere Absicht, neben der allgemeinen Zweckmäßigkeit der Wohngelegenheiten, die größtmögliche Wirtschaftlichkeit bei der Herstellung der Wohnungen zu erreichen. So ist es gelungen, durchweg Wohnungen zu bauen, deren Miete, an bestimmten Verhältnissen gemessen, niedrig genannt werden kann. Es ergeben sich zum Beispiel bei Vergleich von Mieten einer Reuthallen Firma mit den Mieten in der Brieger Siedlung, bei Anwendung gleicher Finanzierungsgrundlagen, Unterschiede von 27 bis 32 Mark pro Wohnung und Monat zugunsten der Miete der Gehagbauten. Noch vieles wird auf dem Gebiete des Wohnungsbaues zu leisten sein. Hauptproblem wird die Verbilligung der Wohnungsbauherstellung bleiben. Die Gehag hat mit ihrem Bauetat von 1500 Wohnungen im Jahre das Mittel in der Hand, um durch Großkauf der Baumaterialien, Anwendung moderner Hilfsmittel eine umfassende Verbilligung der Wohnungsbauherstellung erfolgreich anzustreben.

Zu einem Informations-Nachmittag versammelten sich kürzlich im „Reiterhof“ sozialdemokratische Stadt- und Bezirksverbände, um einen Vortrag des Gen. Dr.-Ing. Martin Wagner über die stellungspolitischen Aufgaben der Gehag in Berlin-Brieg und

B

PULLOVER

P

PULLOVER

R

QUALITÄTEN

DIE HALTEN

PULLOVER

für Damen, Wolle m. Kunstseide, in vielen Farben u. Dessins 8.75

für Damen, Wolle m. Kunstseide, sp. neuemust., mod. Farb. 9.75

für Herren, orig. englisch, in vielen hübschen Dessins .. 12.75

FERNER:

Blaueschoner für Damen, reines Wolle, verschied. Farben 2.95

Sportwolle, alle Farben, 4 dr. 50 gr. 0.50

Tücherwolle, alle Farben, 2 dr. 50 gr. 0.60

GRUMMACH

Königstr. Ecke Spandauerstr.

SEIT 1872

Kaufe billig und gut bei

GRUMMACH A-G.

KÖNIGSTR. ECKE SPANDAUERSTR.

Ihre Bedeutung für die Gemeinwirtschaft entgegenzunehmen. In recht verständlicher Weise wußte der Referent, dem zahlreiche Lichtbilder zur Verfügung standen, die Arbeitsmethoden der „Gehag“, die sie in ihrer immer mehr der Vollendung entgegenstehenden Großsiedlung Brüg anwendet, zu schildern. Gen. Wagner verbreitete sich zunächst über den Aufbau der „Gehag“, um dann ihr Bauvorhaben näher zu erläutern. Von den bis jetzt fertiggestellten 2343 Wohnungen entfallen allein auf die Siedlung Brüg 1028, eine Zahl, die die Größe des Werks scharf erkennen läßt. Das gemeinnützige Wesen der „Gehag“ wird zunächst dadurch zum Ausdruck gebracht, daß sie da baut, wo das Allgemeininteresse es verlangt. Ist doch in den Jahren 1923 und 1924 der Wohnungsbau in Neutölln derartig vernachlässigt worden, daß es höchstens notwendig erschien, hier eingzugreifen. Die Stadt Berlin kaufte daher das Rittergut Brüg und gab der „Gehag“ und der „Degevo“ einen Bauauftrag über 2000 Wohnungen. Einen Bauauftrag über 1028 Wohnungen hat, wie schon erwähnt, die „Gehag“ erhalten und läßt diesen durch ihre Bauhütten — Deutsche Bauhütte und Bauhütte Berlin —, die 2000 Mann beschäftigen, ausführen. Der Volksgesundheit wird auf dem Brüger Gehag-Bau im weitesten Maße Rechnung getragen. Entfielen doch auf 1 Hektar Neutöllner Bebauungsfläche, wenn privatspekulative Firmen den Bauauftrag hätten, 600 Köpfe, während es in Brüg nur 228 sind. Ähnlich ist es bei den öffentlichen Freizeitanlagen. Beim Gehag-Bau entfallen auf 1 Hektar 2500, beim privaten Bau jedoch 17 700 Köpfe. Zahlen, die für sich sprechen. Mit diesem Bauauftrag ist erst ein kleiner Teil des Gutes erschlossen. Aufgabe der Stadt müßte es daher sein, hier weitere Mittel zur Verfügung zu stellen, damit die rationelle Arbeitsweise, die die Gehag zum Wohle der Allgemeinheit in Brüg anwendet, weiter beibehalten werden kann. Anschließend an die Ausführungen des Referenten fand eine Besichtigung der Großsiedlung statt. Die Siedlung selbst gliedert sich in dreistöckigen Hochhäusern und in Einfamilienhäusern, für deren Architektur die Genossen Wagner und Laut verantwortlich zeichnen. Der untersten Standardwohnung steht hier 50 Quadratmeter Raum zur Verfügung und hat Stube, Kammer (mit Ofen), Küche, Bad und Klosett. 64 Quadratmeter Raum sind bei der folgenden Wohnung auf zwei Stuben, Kammer (wieder mit Ofen), Küche, Bad und Klosett verteilt. In jeder Wohnung gehören Boden und Keller. Bei den Einfamilienhäusern zählt man 4 bzw. 5 Zimmer, Küche, Bad, Klosett, zwei Keller, Waschküche und Boden. Hier ist der Hausgarten etwa 150 bis 200 Quadratmeter groß, im Gegensatz zu den Gärten der Hochhäuser, wo man natürlich nur kleinere bzw. Gemeinschaftsgärten anlegen konnte. Eine Planschwiele bleibt den Mietern, die in dem in Hufeisenform geschlossenen Hochbau demnächst einziehen werden, erhalten. Bei der Besichtigung wurden auch die Werkstätten, die das Rohmaterial zum Fertigmaterial bearbeiten, gezeigt. Eigene Tischlereien auf dem Gelände arbeiten in rationaler Weise. Mit Recht wies der Vorsitzende des Betriebsrates, Gen. Klausehn, in seiner Begrüßungsansprache darauf hin, daß diese Arbeitsweise nur dann der Allgemeinheit Gewinn bringen könne, wenn der Betrieb fortlaufend Arbeitsmöglichkeiten erhalte. Zum Schluß sah die Führung noch einen Bagger, dessen Leistung etwa die von 70 Arbeitern beträgt.

Winterrufen in Tageserholungsstätten für Frauen und Mädchen. Mit der vom Bezirksamt Treptow im diesjährigen Sommer eröffneten Tageserholungsstätte in Berlin-Oberschöneweide, Köpenicker Straße 26/29, sind hinsichtlich der Erholung und Kräftigung der Patientinnen die besten Erfahrungen gemacht worden. Bei der Entlassung wurde in den meisten Fällen volle Arbeitsfähigkeit erzielt. Um für die auch im Winter vorhandenen erholungsbedürftigen Personen eine Stätte zu bieten, wird die Tageserholungsstätte auch im Winter geöffnet sein. Der Verpflegungslaf ist mit Rücksicht auf die während der kalten Jahreszeit entstehenden Mehrkosten ab 1. Oktober 1926 auf täglich 2,30 festgesetzt worden. Aufnahme finden Frauen sowie Mädchen über 14 Jahre, die an Blutarmut, Anämie, Erschöpfung, Rekonvaleszenz nach schwerer Krankheit und ähnlichem leiden oder sonst einer Erholung bedürfen. Die

günstige Lage und leichte Erreichbarkeit bietet vielen Frauen einen guten Ersatz für Verschickung nach auswärts und schließt eine bei längerer Abwesenheit sich ergebende Störung des Familienlebens aus. Ausnahmeformulare können jederzeit vom Gesundheitsamt Treptow, Rathhaus, Zimmer 66, Telefon Moritzplatz 12 480, Anschluß 20, angefordert werden.

Aus den Bezirken.

1. Bezirk — Mitte.

In der Sitzung am 8. d. M. wurde die Beantwortung der Anfrage der SPD. wegen Zusammenfassung der gesamten Unterstützung der Erwerbslosen bei der Erwerbslosenfürsorge zur Entlastung der Wohlfahrtskommission zurückgestellt. Die weiteren Anträge der SPD. und KPD., die sich mit der Betreuung aller Unterstützungsberechtigten befassen, gelangten zur Annahme. Die KPD. hatte außerdem ihre bekannten Anträge wegen Ueberlassung von Räumen für den Erwerbslosenausbruch sowie Einsetzung zweier Vertreter zum Kongreß der Werttätigen gestellt. Genosse Brande legte die Meinung unserer Fraktion zu den Anträgen dar und erklärte, daß nach unserer Meinung für die Regelung dieser Fragen nur die freien Gewerkschaften zuständig seien. Prompt setzte daraufhin das übliche Geschimpfe der KPD. ein. Die Kommunisten zeigten wieder einmal, daß es ihnen nur durch fegeholtes Benehmen darauf ankommt, die Arbeiterbewegung herunterzuziehen. Ihr Betragen kennzeichnet die Partei der sie angeht und deren geistigen Inhalt.

15. Bezirk — Treptow.

Die Kommunisten wollten in der Sitzung der Bezirksversammlung in Treptow am 6. Oktober einen Großkampf machen. Neun Anträge und Anfragen waren allein von der KPD. gestellt. Den Reigen der kommunistischen Anträge eröffnete ein Antrag, zur Geldlei nach Düsseldorf von jeder Bezirksverordnetenfraktion auf Kosten des Bezirksamtes einen Vertreter zu entsenden. Unser Genosse Lehmann erklärte, daß wir lieber die hierfür notwendigen Gelder für unsere Wohlfahrtsempfänger und Erwerbslosen verwenden wollten. Genosse Bürgermeister Grunow teilte mit, daß das Bezirksamt für diese Zwecke keine Mittel zur Verfügung stellen werde. Der Antrag wurde gegen die Stimmen der Antragsteller abgelehnt. In einem weiteren Antrag wünschte die KPD., daß den Notstandsarbeitern in der ersten Woche der Arbeitsaufnahme ein Vorschuh gezahlt werde. Vom Bezirksamt konnte mitgeteilt werden, daß die Bezirksverwaltung solchen Wünschen stets entsprochen habe. Den unvermeidlichen Antrag, „Bildung eines Erwerbslosenausschusses“, brachten die Kommunisten auch diesmal wieder ein. Genosse Neumann forderte zu diesem Antrag eine Zustimmung des Dezernenten des Arbeitsamtes. Der Dezernent ist selbst Kommunist. Er hat nichts gegen die Bildung eines solchen Ausschusses unter Hinzuziehung des Obmannes des bereits bestehenden „wilden Erwerbslosenausschusses“ einzuwenden. Genosse Strieder mußte dem kommunistischen Stadtrat einige Rechtsbelehrungen zuteil werden lassen. Die Versammlung nahm einen Antrag unserer Fraktion an, eine aus neun Mitgliedern bestehende Erwerbslosenfürsorgekommission, die nur aus Bezirksverordneten besteht, solle eingerichtet werden. Ein weiterer Antrag betreffend Einbeziehung der ausgesteuerten Erwerbslosenunterstützungsempfänger in die Krankenkassenversicherung wird von der KPD. gestellt. Genosse Emil Lüdte wies darauf hin, daß unser Antrag nicht ausreichend sei. Die Familienmitglieder der ausgesteuerten Erwerbslosen müßten ebenfalls von der Krankenkassenversicherung erfasst werden. Nach Zurückziehung des Antrages durch die KPD. wird ein Antrag mit den von uns gewünschten Zusätzen angenommen. Im letzten Antrag beantragten die Kommunisten, bei den Notstandsarbeiten keine Akkordarbeit und Ueberstunden zuzulassen. Genosse Bempert mußte den Kommunisten alle gewerkschaftliche Grundzüge über die Akkordarbeit erläutern. Auf Grund

einer Abhandlung im „Erwerbslosen“ brachten die Kommunisten eine Anfrage ein, nach der Genosse Stadtrat Dr. Koeder in einem Fall einem Erwerbslosen nicht die verschriebenen Höhenrückenbäder bewilligt haben soll. Genosse Dr. Koeder berichtete der Versammlung kurz, wie vom Gesundheitsamt des Bezirks die Kranken Erwerbslosen betreut werden. Beschwerden über seine Arbeiten und über das Gesundheitsamt seien ihm bisher nicht bekannt geworden. Im Gegenteil ist bisher von allen Fraktionen die vom Gesundheitsamt geleistete Arbeit, die gerade jetzt besonders schwierig ist, anerkannt worden. In einer weiteren Anfrage ersuchte die KPD. um Ausschluß, ob die Notstandsarbeiter in der Wohlfahrtskasse, Tee oder dergleichen erhalten. Genosse Stadtrat Bessen teilte mit, daß die Notstandsarbeiter schon seit Wochen Kaffee usw. erhalten und daß die Vorarbeiten hierfür schon beendet waren als die KPD. noch nicht daran dachte. In ihrer letzten Anfrage hatten sich die Kommunisten einen Beamten des Wohlfahrtsamtes vorgenommen. Zwei Unterstützungsempfänger sollen von dem betreffenden Beamten nicht abhührend behandelt worden sein. Genosse Bürgermeister Grunow stellte die Angelegenheit richtig. Schließlich begründete Genosse Strieder noch einen Dringlichkeitsantrag unserer Fraktion betreffend Bau von 35 Wohnungen in der Riefholstraße in Treptow. Die Versammlung nahm unseren Antrag einstimmig an.

Die Kommunisten sind trotz bestellter Tribünenbesucher nicht auf ihre Kosten gekommen. Vertreterin der Arbeiterschichten des Bezirks ist und bleibt die SPD.

Ein städtisches Volkskonzert, ausgeführt vom Berliner Sinfonieorchester, findet heute abend 8 Uhr in den Hubertusfestsälen in Reinickendorf-Ost, Provinzstraße 64/65, am Bahnhof Schönholz, statt. Das Programm bringt u. a. die 5. Sinfonie „Aus der neuen Welt“ von Dvorak. Eintrittspreis 40 Pf.

Rechtsauskunftsstelle Lichtberg. Die Sprechstunden finden seit dem 15. September im Stadtbau, Türschmidtstraße 25, statt, und zwar Montags, Mittwochs und Donnerstags nachmittags von 3 bis 7 Uhr, und Dienstags und Freitags vormittags von 10 bis 1 Uhr.

Die Verwaltung Berlins im Bericht. Vom ersten Verwaltungsbericht der Stadtgemeinde Berlin ist nunmehr ein weiteres Heft, enthaltend die Berichte über das Wohlfahrtswesen sowie über das Schul-, Kunst- und Bildungswesen, erschienen. Die Berichtszeit vom 1. Oktober 1925 bis zum 31. März 1926 umfaßt gerade die Zeit der schlimmsten Not, von der vor allem die Großstadtbevölkerung besonders betroffen wurde und die an die Wohlfahrtspflege im neuen Berlin, die zudem ebenfalls völlig neu aufgebaut werden mußte, hohe Anforderungen stellte. Infolgedessen gewinnt der vorliegende Bericht der Wohlfahrtspflege besondere Bedeutung. Behandelt werden die Allgemeine Wohlfahrtspflege, die Kleinrentner- und Sozialrentnerfürsorge, die Blindenpflege, das Stützungswesen u. a., weiter die Kriegsbeschädigten- und Kriegshinterbliebenenfürsorge sowie das gesamte Gebiet der Jugendwohlfahrt. Letztere insbesondere mußte nach dem Kriege vielfach neue Wege beschreiten. Der zweite Teil der Veröffentlichung gibt einen Überblick über das Allgemeine Schulwesen und behandelt zugleich auf diesem Gebiete die Alt-Berliner Schuloerhältnisse. Da nach dem Gesetz in Berlin in jedem Verwaltungsbezirk besondere Schulbehörden bestehen, werden hinsichtlich des Allgemeinen Schulwesens die Berichte der einzelnen Bezirke noch nähere Angaben bringen müssen. Ueber die Fach- und Berufsschulen wird dagegen für ganz Berlin einheitlich berichtet. Den Abschluß bilden die Berichte über das Kunst- und Bildungswesen der Stadt Berlin, Märktisches Museum, Büchereien, Lesehallen usw. Das Heft ist, wie auch das bereits früher erschienene Einleitungsheft des Verwaltungsbereichs, im Buchhandel zu beziehen (Verlag für Politik und Wirtschaft, Berlin SW 68).

Wetterbericht der öffentlichen Wetterdienststelle für Berlin. (Nachdr. verb.) Kälter und zeitweilige Nebel mit Neigung zu Niederschlägen. — Für Deutschland: Unbeständig und schwache Regenschauer bei sinkenden Temperaturen.



JEDER 3. RAUCHER einer 5 Pf.-Zigarette RAUCHT OVERSTOLZ

Der Gesamtverbrauch aller deutschen 5 Pf.-Zigaretten beträgt nach den letzten amtlichen Ziffern monatlich 918 Millionen Stück. Davon entfallen über 300 Millionen auf unsere Marke

OVERSTOLZ

Daß unter hunderten von Sorten sich eine einzige Marke in so überlegendem Maße zum Standard-Typ ihrer Preislage entwickeln konnte, ist für deutsche Verhältnisse ungewöhnlich, wird aber verständlich, wenn man die Ursachen betrachtet. Diese Entwicklung war möglich,

WEIL ursprünglich eine gute fachliche Leistung vorhanden war, auf der sich eine starke Nachfrage aufbaute,

WEIL wir alsdann nicht nur unsere Fabriken vergrößerten, sondern auch unsere Betriebseinrichtungen verbesserten,

WEIL hierdurch die Güte der Arbeit gehoben und gleichzeitig die Unkosten gesenkt wurden,

WEIL wir den daraus entspringenden Nutzen nicht für uns behielten, sondern ihn immer wieder dazu verwendeten, noch höhere Preise für den Tabak anzulegen.

Haus Neuerburg
O. H. O.

Köln · Frier · Hamburg · Dresden

Der Konflikt in den Verkehrsbetrieben.

Die Löhne müssen hinauf!

Wie wir bereits mitteilten, hatte der Deutsche Verkehrsbund im Auftrage seiner Funktionäre sämtliche mit den Berliner Verkehrsbetrieben abgeschlossenen Lohnverträge zum 30. September gekündigt, um eine Erhöhung der Löhne für die Arbeiter dieser Betriebe durchzusetzen. Diese Forderung auf Erhöhung der Löhne ist um so mehr berechtigt, als einmal seit dem Abschluss des letzten Lohnvertrages am 1. November v. J. eine unschwer nachweisbare Verteuerung der Lebenshaltung eingetreten ist, zum anderen wohl kein Unternehmen so glänzende Geschäfte gemacht hat und noch macht, wie gerade die Berliner Verkehrsunternehmen.

Auf die einzelnen Löhne hier einzugehen, würde bei deren unsinniger Differenzierung zu weit führen. Es soll nur die Entlohnungsform mit einigen groben Strichen skizziert werden. Die in den einzelnen Lohnverträgen festgesetzten Spitzenlöhne sind mit geringen Ausnahmen fast in allen Betrieben die gleichen. Jedoch sind die zur Erhaltung der Spitzenlöhne erforderlichen Dienstjahre grundverschieden. Bei der Straßenbahn erreicht das beschäftigte Personal den Spitzenlohn nach ein- bis zweijähriger Dienstzeit, bei der Omnibusgesellschaft nach fünfjähriger Dienstzeit und bei der Hochbahngesellschaft, die auch hier wie in vielen Dingen eine unrühmliche Ausnahme bildet, erst nach elfjähriger Dienstzeit.

Allerdings nur das Betriebspersonal. Durch die sogenannten Alterszulagen, die nach einer Dienstzeit von 12, 14, 16, 18 und 20 Jahren gezahlt werden, erhöhen sich diese Löhne bei der Hochbahn nur um ein Geringes über die gewöhnlichen Spitzenlöhne. Das technische Personal der Hochbahn hat sich bisher erfolgreich gegen diese Dienstaltersstaffel gewehrt und erreicht im allgemeinen den Spitzenlohn nach einjähriger Beschäftigungsdauer. Außer diesen Dienstaltersstaffeln gibt es noch Gruppierungen nach Altersklassen (von 18 bis 24 Jahren), Beruf und Tätigkeit.

Der Zweck dieser Differenzierung ist ganz offensichtlich der, nur einer beschränkten Zahl von Beschäftigten die Spitzenlöhne zu zahlen. Soviel steht jedenfalls fest, daß die Löhne in den Berliner Verkehrsbetrieben nicht mehr ausreichen, den durch die hohe Arbeitsleistung und lange Arbeitszeit eintretenden Kräfteverbrauch auszugleichen, noch dazu, wenn man berücksichtigt, daß seit der letzten Lohnfestsetzung im November v. J. die Mieten und Lebenshaltungskosten nicht unbedeutend gestiegen sind. Die Erregung des Personals zwingt die Tarifparteien und die Funktionäre dazu, die Lohnverträge zum 30. September zu kündigen und ab 1. Oktober eine Lohnhöhung von 8 Pf. pro Stunde zu fordern.

Bis jetzt haben Verhandlungen über diese Forderung nur mit der Direktion der Straßenbahn stattgefunden, die aber zu keinem Ergebnis führten. Die Leitung der Straßenbahn versteckte sich hinter nichtsagenden Redensarten; eine klare Antwort gab sie nicht.

Die Verschleppungspolitik der Straßenbahn, die sie bisher bei jeder Lohnverhandlung getrieben hat, tritt auch diesmal wieder klar zutage. Die für die Verhandlung in Frage kommenden Direktoren haben sich nicht gehescht, sich verweigern zu lassen, wenn Organisationsvertreter wegen einer schnelleren Erledigung der brennenden Angelegenheit vorstapfen.

Die Straßenbahn begründet diese Verschleppung mit der in Aussicht genommenen Tarifierhöhung. Es dürfte aber nicht unbekannt sein, daß die städtischen Körperschaften einer Tarifierhöhung kaum zustimmen werden, da sie sich der Erkenntnis nicht verschließen können, daß die Straßenbahn schließlich nicht die mitschende Kuh der Stadt Berlin sein kann.

Ganz sonderbar bei dieser Lohnbewegung ist jedoch die Stellungnahme der Omnibus- und der Hochbahngesellschaft, denen am 7. Oktober ein Teil der Forderungen des Personals überreicht wurde. Schon am 8. Oktober lehnte der Arbeitgeberverband der Deutschen Straßen-, Klein- und Privatbahnen, ohne überhaupt die Gesamtforderung zu kennen, im Auftrage der beiden Gesellschaften die Forderung mit folgender „Begründung“ ab:

„Die gestellten Forderungen finden weder in einer etwa eingetretenen Veränderung der Lebensverhältnisse der Arbeitnehmer, noch in der wirtschaftlichen Lage der Unternehmungen irgendwelche

Begründung. Wir haben daher den Schlichtungsausschuß Groß-Berlin angerufen.“

Wenn man nach den Erfahrungen mit den Berliner Verkehrsbetrieben oder deren Syndici schon nicht viel Verständnis für die Lage ihrer Arbeiter erwarten dürfte, so konnte man doch von ihnen nicht annehmen, daß sie nicht den Mut zu direkten Verhandlungen mit den Tarifparteien aufbringen würden. Oder hofft man bei den Schlichtungsinstanzen das nötige Verständnis zu finden für die „schlechte“ wirtschaftliche Lage dieser Betriebe, die eine Lohnhöhung „untragbar“ erscheinen läßt? Die Heberstürzung, mit der man den Schlichtungsausschuß anrief, läßt diese Vermutung sehr nahe legen.

Das Personal der Verkehrsbetriebe ist der Ueberzeugung, daß die Verhandlungen längst im Fluß wären, wenn es sich um eine Reduzierung der Löhne handelte. Die Geduld des Personals in den Verkehrsbetrieben ist erschöpft.

Reform der Erwerbslosenfürsorge. Die dringendsten Forderungen.

Auf der Tagung des A.F.A.-Bundesauschusses ist nach eingehender Erörterung des ganzen Erwerbslosenproblems der nachstehende Beschluß zustande gekommen. Die darin aufgestellten dringlichen Reformen der heutigen Erwerbslosenfürsorge werden die S.P.D.-Fraktion schon in der allernächsten Zeit eingehend beschäftigen. Die 3. Bundesauschusssitzung des A.F.A.-Bundes vom 12. Oktober stellt mit Bedauern fest, daß die Reichsregierung es bisher unterlassen hat, die Beschlüsse des Reichstags zum Schutze der älteren Angestellten durchzuführen, und zwar: a) Vorschriften über die Höchstzahl für das Halten von Lehrlingen im Handelsgewerbe zu erlassen; b) Maßnahmen zugunsten erwerbsloser Angestellter zu treffen, die den Verlust von Versicherungsansparnissen verhindern; c) eine Ergänzung des Reichsgesetzes in die Wege zu leiten, um die Mißstände, die auf dem Gebiete der Chiffreanzeigen sich herausgebildet haben, zu beseitigen.

Der Bundesauschuß erwartet, daß die Reichsregierung diese vom Reichstag geforderten Maßnahmen unverzüglich durchführt. Als weitere Maßnahmen fordert der Bundesauschuß die Verwirklichung der einstimmigen Beschlüsse des Reichstagsunterauschusses. Die darin vorgesehene Weidpflicht aller offenen Stellen ist zu ergänzen durch die Verpflichtung aller Arbeitgeber, die offenen Stellen durch den öffentlichen Arbeitsnachweis zu besetzen, soweit dieser in der Lage ist, geeignete Kräfte nachzuweisen. Anmelde- und Benutzungszwang sind unerlässliche Voraussetzungen für eine den sozialen Erfordernissen entsprechende Arbeitsvermittlung.

Zur Entlastung des Arbeitsmarktes der Angestellten von pensionierten oder auf Wartegeld gesetzten Beamten und Offizieren verlangt der Bundesauschuß die Verwirklichung der in den Beschlüssen des A.F.A.-Bundes aufgestellten Forderungen.

Die unerträglichen Zustände in der Erwerbslosenfürsorge sowie die völlig unzureichenden Unterstufungen erfordern eine sofortige gesetzliche Zwischenregelung, die nicht bis zur Verabschiedung des Arbeitslosenversicherungsgesetzes vertagt werden kann. Dazu gehören:

1. Wesentliche Erhöhung der Unterstufungen.
2. Sicherung eines Rechtsanspruches auf Erwerbslosenunterstützung.
3. Verlängerung der Bezugsdauer.
4. Beseitigung der Pflichtarbeit.

Die ungeheure Vermehrung der stellenlosen Angestellten ist nicht zuletzt die Folge einer Verlängerung der Arbeitszeit. Eine unsoziale Tarifpolitik der Schlichtungsbehörden hat dazu geführt, den Achtstundentag in weitem Umfange durch die Verpflichtung zur Leistung unentgeltlicher Mehrarbeit illusorisch zu machen. Darüber hinaus kann sehr häufig weiter Ueberarbeit gegen Bezahlung verlangt werden. Die Arbeitszeit der Angestellten ist vielfach länger als vor dem Kriege.

Der Bundesauschuß ruft die Angestellten auf, durch Zusammenschluß in den freien Angestelltenverbänden diesen unerträglichen Zuständen ein Ende zu bereiten und den Kampf für die gesetzliche Einführung der auch von der Internationalen Vereinigung für sozialen Fortschritt geforderten wöchentlichen Höchstarbeitszeit von 45 Stunden aufzunehmen.

Unserem Genossen
Heinrich Wienicke
Wilmersdorf, Wegenerstr. 1-3
zur Vollendung seines 60. Lebensjahres die herzlichsten Glückwünsche.
69. Abteilung der SPD.

Aus Anlaß unserer goldenen Hochzeit sind uns so viele Glückwünsche entgegengebracht worden, daß es uns nicht möglich ist, jedem persönlich zu antworten. Wir sagen deshalb allen denen, die so irrendlich unsere Gedächtnisse haben, auf diesem Wege unseren herzlichsten Dank.
Ferdinand Nieme u. Frau.

Adolf Hoffmann
Knorke
Schulhumoreske
mit Illustrationen
von Willi Steinert
Preis 50 Pfg. / Porto 5 Pfg.
Vorrätig in allen
Vorwärts-Ausgabestellen

Am 11. Oktober verstarb unser Angehörter Herr
Wilhelm Reimann
Er war uns ein lieber Mitarbeiter, und werden wir sein Andenken in Ehren halten.
Der Vorstand
der Allgemeinen Ortskrankenkasse Berlin-Lichtenberg

Am 11. Oktober verstarb unser Kollege
Wilhelm Reimann
Wir verlieren in ihm einen aufrechten Kollegen und werden sein Andenken in Ehren halten.
Die Kolleginnen und Kollegen
der Allgemeinen Ortskrankenkasse Berlin-Lichtenberg
Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 16. Oktober, nachmittags 2 1/2 Uhr, auf dem Zentral-Friedhof statt.

Dankagung
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme anlässlich des Hinscheidens meines lieben Sohnes
Bruno Hubrich
sagen wir allen Beteiligten unsern herzlichsten Dank.
Maria Hubrich
nebst Sohn.

ATA
Henkel's
Scheuerpulver

in handlicher Streifflasche!

Sichert sparsamste Verwendung

Billige Lebensmittel

Mengenabgabe vorbehalten

Obst und Gemüse	Weisskohl Pfund 3 Rotkohl Pfund 3	Frisches Fleisch	Pa. Hammelvorderfl. Pfund 75 Pa. Hammelrücken Pfund 88	Fische und Räucherwaren	Grüne Heringe Pfund 24 Seelachs o.K.J.g. Pfund 28
Kochbirnen Pfund 6 Essbirnen weiche Pfund 8 Kochäpfel Pfund 10 Tiroler Apfel Pfund 10 Essäpfel Pfund 10 Bananen 3 Pfund 1,00	Möhren 3 Pfund 10 Zwiebeln Pfund 3 Märk. Rübchen Pfund 6 Sellerie große Pfund 18	Schweineschulterblatt Pfund 1 Schweinekamm Pfund 1 Schweinekotelett Pfund 1 Pa. Ochsenfleisch Pfund 1 Pa. Ochsenrouladen Pfund 1 Pa. Suppenfleisch Pfund 7 Pa. Fehrlippe u. -Brust Pfund 8	Pa. Kalbskamm Pfund 88 Pa. Kalbskeule u. -blatt Pfund 1 Kassier Pfund 1 Lieser Pfund 1 Eisbein gepökelt, mit Spitzbein Pfund 7 Rückenfett Pfund 9	Leb. Hechte Pfund 90 Leb. Karpfen Pfund 1 Leb. Schlei Pfund 1 Hamb. Fettdücker Pfund 4 Rollmöpse, Heringe in Gelee oder Brat-heringe Dose ca. 1 Liter 80	Käse Camembert vollf. Schnitt 30 Pfund Harzerkäse Pfund 50 Allg. Stangenkäse Pfund 60 Steinbuscher vollf. Pfund 60 Holländer Käse Pfund 60 Edamer Käse Pfund 75 Tilsiter vollfett Pfund 95 Emmentaler 66g. Stück 78
Kolonialwaren Kartoffelmehl Pfund 20 Auszugmehl Pfund 27 Tafelreis Pfund 22 Eier-Fadennudeln Pfund 50 Eier-Schnittlauch Pfund 45 Eier-Malkaroni Pfund 55 Kaffee tr.g. r. Pfund 2,40 bis 3,20	Fettwaren Margarine Pfund 55 Schweineschmalz Pfund 80 Speisetalg i. Pd.-Fakete 60 Kokosfett i. Pd.-Tafel 65 Tafelbutter 1/2 Pd.-Pak. 83 Tasbutter 1/2 Pd.-Pak. 95 Dän. Butter 1/2 Pd.-Pak. 1,00	Geflügel: Suppenhuhn Pfund 95 Gänse Pfund von 98 Tauben Stück 75 Fetter spanischer Speck Pfund 10	Gezierfleisch Prima Ochsenbrust Pfund 54 Pa. Kamm u. Querrippe Pfund 60 Pa. Schmorfleisch Pfund 86 Gehacktes Pfund 74 Rinderherzen Pfund 46	Konfitüre Kimer, ca. 3 Pfund Pflaumen-Konfitüre 1,05 Orange-Konfitüre 1,05 Johannbeeren-Konf. 1,15 Himbeer-Konf. 1,35 Erdbeer-Konf. 1,35 Kirsch-Konf. 1,35 Ananas-Konfitüre 1,00	
Wine u. Spirituosen vom Fass Borsdorfer Apfelwein 50 Pfund 4 Spezial- Apfelwein 50 Pfund 4 Vorsächlicher Rotwein 120 voll und dunkel Liter 1	Dessertweine Malaga, Vermouth-Corn, 4 95 Orig. Inzelsamos 1/2 Fl. 1 10 auch sortiert, einzeln, Bienen und Flasche	Schweinefleisch-50 Pfund Rindfleisch 135 im eigenen Saft Dose	Wurstwaren Große Mettw. Pfund 95 Jagdwurst Pfund 1,10 Speckwurst Pfund 1,10 Moist. Salami- u. Zervelatwurst Pfund 1,55	Blockschokolade 100g. 1 Milchnuss 100g. 30 Pfund 85 Schokoladcnkeks Pfund 1	

Freitag und Sonnabend

Schlussstage unserer Textil-Messe

Der Einbruch.

Von Paul Hg.

(Schluß.)

„Wo hab ich denn meinen Revolver? Hat denn keiner eine Waffe bei sich? Wir müssen ihm doch entgegen! Wir müssen, es hilft nichts, wir müssen!“ rief er außer sich, indem er mit der Rechten Haar und Bart mißhandelte. Der Major fuhr noch einmal hastig und gedankenlos in beide Westentaschen, aber ich merkte ihm an, daß er im Ernst auch nicht daran dachte, seine kriegerischen Vorbeeren zu vernehen.

„Bitte, du hast den Vorteil! Ich verführe nicht die geringste Lust, mein Leben für nichts und wieder nichts, für eine blaue Bohne einzusetzen!“ entgegnete ich schneidend, worauf sich mein Freund endlich ermannte, eine volle Weinsflasche ergriff und tapfer gegen die Treppe vordrang. Der Major und ich stellten die Nachhut, aber freilich schlug uns das Herz weniger vor Begeisterung, als aus Furcht vor der gefährlichen Schwengung um die Ecke. Es ging gut, wir stiegen hinauf, hinunter, stüßten alle Ecken aus, herumguckten die verstorbenen Nachtwandler und stellten schließlich mit zerrütteter Sicherheit fest, daß der Halunke sich inzwischen durchs Badezimmer auf den Hof hinabgeschwungen habe. Aber das dicke Ende kam nach. Er hatte nämlich den Inhalt der Kasse, das ganze Wirtschaftsgeld mitlaufen lassen.

Die Polizei erschien und protokollierte, die herbeigerufene Wirtin rang jammernd die Hände, im Flur versammelten sich die Pensionäre in mehr oder minder ansehender Kostümschmuck und in fünf Minuten waren alle einig, daß der Dieb unmöglich hätte entweichen können, wenn „die drei Herren“ gleich nach dem Auf „Diebe“ auf dem Plan erschienen wären. Ich weiß nicht, wer die Parole ausgab, aber plötzlich war sie in jedem Mund: „Drei Männer!“

Ob sich wohl jemand vorstellen kann, welche Abgründe von Spott und Verachtung sich im Ton der beiden Wirtinnen vor uns aufstauten! Sternialer stand immer noch mit der Flasche „Liebfrauenmilch“ in der Hand auf der Kommode und gab sich, etwas bleich, etwas flehmützig, alle erdenkliche Mühe, unsere Zurückhaltung durch den Nachweis zu rechtfertigen, daß überraschte, verfolgte Einbrecher den Rückzug meistens mit tödlichen Waffen erzwingen.

„Run ja, was hätten Sie davon, wenn einer von uns angeschossen oder mit einem Stein im Felde auf der Treppe läge? Das wäre doch keine Genugtuung, man mißt doch sein Leben nicht vor die Hunde! Sie müssen doch wohl zugeben, daß eine vernünftige Wehrlegung mehr wert ist, als ein blühendes Draufgängertum!“

Er suchte in jedem Gesicht, wie billig ein Zeichen von Zustimmung, stieß fast überall auf die gleiche Grimasse von Staunen und Mitleid. Seine Stirne war feucht vor verhaltenem Zorn.

„Wenn das so ist, will ich mir morgen gleich einen Revolver anschaffen!“ bemerkte Fräulein Elfrida, auf die mein Freund ehedem ein sehr zärtliches Auge zu werfen pflegte. Das war so gut wie ein blauer Brief.

„Ja, ja, leben bleiben und auch sterben für das Vaterland ist schön!“ zitierte der schadenfrohe Schriftgelehrte.

D, ich ätze schon mit die and, ohne Pistol, gefangen, presto, presto, una, due, tre!“ beteuerte ein junger Herr aus Kalabrien in Bagerpose, wofür er einen gläubigen, schmelzenden Blick der Prostituierten erzielte, die immer ein wenig aussah, wie aus dem Mehlbad gezogen und das ganze Haus erfüllte mit tropischen Wohlgerüchen.

„Also mühte sich Ihre Grabchrift lauten: Hier liegt ein dummes Esel!“ entgegnete Sternialer verächtlich. Mit seiner Fassung war es Ratthilf am liebsten, er entwickelte großartige Theorien über Notwehr, führte krasse Beispiele an, rang zwischen durch trampfhaft nach Humor und machte, wie gesagt, auf der ganzen Linie Fiasko.

Ich hatte es besser. Infolge meiner nächtlichen Anschauungen war ich schon lange als stüßlich minderwertig gekennzeichnet. Von mir hatte keine der Damen „etwas anderes“ erwartet. Und der Major war gewissermaßen durch seine ehrwürdigen weißen Haare, sowie durch seine Glühbirne entschuldigt. Darum sah ich die Holden, wenn sie die Hände zusammenschlugen und kopfschüttelnd „drei Männer!“ riefen, immer nur meinen armen, romantischen Freund mit dem Gambriusbart und der Cheruserbrust an. Endlich lief er wütend hinaus und zerfahretete die unschuldige Flasche an der Gartenmauer.

Über irgisch wurde die Geschichte erst am folgenden Tag.

Ein gedämpftes Höhlchen kuckte in allen Rundwinkeln, als Sternialer aufrecht wie je im Esaal erschien. Er hätte wohl besser getan, eine kleine Reife zu machen. Von nah betrachtet, sah er gereizt, übermäßig, entwürdig aus. Wie auf den Mund geschlagen, würgte er Speise und Trank verbittert hinunter und erdte recht wie ein Schuljunge bei der schalkhaften Frage seiner Nachbarin, ob er in letzter Nacht gut geschlafen habe. Alles prustete und scharrte mit den Füßen.

„Ja, das sind mir Kerle!“ meinte Herr Hefin sichernd.

Nach lachalisch, halb zerknirscht gab mein Freund zu verstehen: „Bitte, meine Herrschaften, tun Sie sich nur ja keinen Zwang an! Dachen Sie nach Herzenslust! Ich sehe ja selbst ein, daß ich in Ihren Augen eine lächerliche Figur bin! Aber ebenso komisch — verzehren Sie, sind mir Ihre Begriffe von Tapferkeit. Das reinste Theater!“

„In welchem Du bis heute als erster Kopf aufgetreten bist!“ konnte ich mich zu lachen nicht enthalten. Selbst die beraubte Wirtin behandelte ihn mit fühlbarer Herablassung: sie ging einher mit einer verkümmerten Leidensmiene, die etwa besagen wollte: „Barus, Barus, gib mir meine Dublonen wieder!“ Die Aufwärtlerinnen blickten zu Boden, wenn sie an ihm vorbeikamen, besonders jene, die ihn durch ihren unfreiwilligen Zusammenstoß mit dem Einbrecher tief beschämt zu haben glaubte.

Und wenn er jetzt vor aller Augen vier Mamselken erwürgt hätte, die Rolle eines echten Ritters ohne Furcht und ohne Tadel konnte er nicht mehr spielen. Sein Nimbus war erloschen. Von da an sah ich er keinen Drang mehr, in schnellenden Metaphern zu sprechen, seine mächtige Stimme erschallen zu lassen. Ich glaube, beim ersten hohen Ton hätte ihn die kalte Dusche eines allgemeinen Hochgelächters getroffen. Er gewöhnte sich ein nachdenkliches Schweigen an und seine unumgängliche Rede war nach dem Bibelwort: „Ja, ja, nein, nein!“ Auch seine Haltung kam mir selbster nicht mehr so unerträglich kriegerisch vor. Es war irgendein Bruch entstanden, der den Menschen Sternialer auf seine natürliche Größe zurückführte. Im gleichen Maße jedoch, als er bei den Frauen in Ungnade fiel, gewann er meine Sympathie. Heute ist er gleich mir ein gesunder Ironiker, sehr mißtrauisch gegen jeden Heroenkultus, allen großen Worten grimmig feind — kurz, ein eifriges Mitglied des Vereins zur Verbreitung schlichter Sitten.

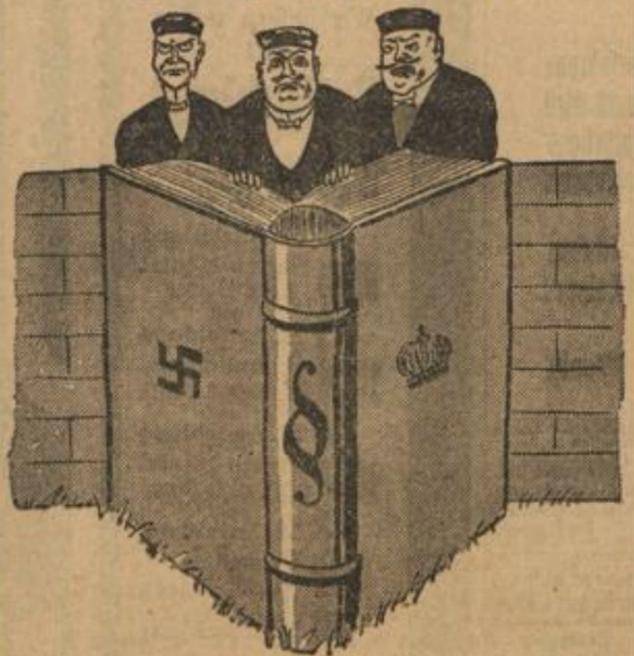
Zum Tode Paul Kammerers.

Von Willi Seg.

Die Wissenschaft hat einen schweren Verlust erlitten. Der Wiener Biologe Professor Dr. Paul Kammerer ist nicht mehr. — — —

Die Presse brachte nur kurze Notizen über seinen Tod, so daß man in der Öffentlichkeit schnell zur Tagesordnung überging. Und doch ist hier ein Mann gestorben, der es verdient, daß auch die breitesten Masse eine halbe Stunde stillen Gedankens für ihn erübrigt. Der Darwinismus (ich gebrauche das Wort für die gesamte Entwicklungslehre) hat durch ihn eine wesentliche Förderung erhalten. Darwin hatte gelehrt, wie durch Variationen der Arten (Schwankungen individueller Art, die z. B. einen braunen Frosch einmal grün werden ließen) neue Arten entstehen könnten, wenn der Daseinskampf diese Schwankung begünstigte. Lamarck hatte seinerzeit mehr an eine Art „Uebung“ gedacht, die sich vererben sollte. Hier kam Weismann als wahrer Jupiter tonsas dazwischen. Erworbene Eigenschaften,

Zum Fall Frieders.



Auch die deutsche Bastille wird eines Tages überwunden werden...

(also solche Uebungsanpassungen wie bei Lamarck und auch ein Teil der Darwinischen Variationen) sollten sich überhaupt nicht vererben können! Weismann selbst verlegte darum die ureigenliche Entwicklung zum Höheren schon in das Reimplasma.

Jeder kennt die Geschichte von der erworbenen Vererbung, deren Narbe sich auf die Nachkommen vererbt. Weismann bestritt alles derartige vollkommen. Er erwiderte Tausende von Wäulen in langer Generationsfolge, ohne schmerzlose Jungtiere zu erhalten. Er wies auch darauf hin, daß trotz jahrtausendelangen Brauchs die Samen immer wieder ihren männlichen Nachwuchs beschneiden müssen, doch, um ein allereinstimmiges Beispiel zu bringen, jedes Kind erst Sprechen, Lesen und Schreiben lernen muß. Man trat ihm mit bestimmten künstlichen Veränderungen an Insekten entgegen. Der „braune Bärenschmetterling“ bekommt z. B. durch Kälteeinwirkung im Puppenstadium anders gefärbte Hinterflügel. Das vererbt sich, auch wenn die Jungen nicht mehr lebt wurden. Doch konnte Weismann (sowohl hier, als auch in einem ganz ähnlichen Fall (Verfärbung des Koloradokäfers) einen theoretischen Gegenbeweis konstruieren.

Hier setzte Kammerers Arbeit ein. Und es gelang ihm wirklich, einige unumkehrbare Fälle von Vererbung erworbener Eigenschaften zu erweisen. Zuerst experimentierte er mit den blinden Höhlenmolchen der Adelsberger Grotte, den Dinen. Solch Dm ist in der Dunkelheit seiner Höhle weißlich fleischfarben, im Licht wird er blau-schwarz. Diese dunkle Farbe vererbt sich auch im Dunkeln. Außerdem gelang es, dem sonst blinden Tier, dessen Augen vollkommen verkümmert sind, wieder lebende Augen anzuschäpfen, die sich ebenfalls vererben. Der zweite Erfolg wurde mit Feuer Salamandern erzielt. Die Tiere haben in der Natur die bekannte Schwarz-Gelb-Färbung. Durch Halten auf gelber Behm- oder schwarzer Gartenerde (dabei spielte die Feuchtigkeit des Bodens eine große Rolle) wurde ein allmähliches Ueberwelen der einen oder anderen Farbe erzielt. Auch das vererbbar!

Weiters höchst geistvolle Experimente betrafen die Fortpflanzungsorgane der Geburtshelferkröten. Andere machten Naturforschungen im Laboratorium nach Auf den dalmatinischen und streischen Inseln sind vielerlei verschiedene Eidechsenarten im Entleiden, die Kammerer durch sinnliche und höchst durchdachte Zuchtexperimente sowohl wieder in die Bestandstammform zurückwandeln als auch aus ihr hervorruhen konnte. — — —

Die Vererbung erworbener Eigenschaften war also nachgewiesen. Der Streit der Weisen im Darwinismus mag keine Experimente fingenmäßig in die Entwicklungslehre einordnen. Kammerer selbst ist nun eingegangen in den dunklen Abbruch der Dinge. Auf eine Weise, ebenso geheimnisvoll und letzten Endes ebenso einfach wie seine Versuche. Er hatte eine Berufung als Professor der Vererbungslehre nach Moskau erhalten, die er annahm, und am 1. Oktober hätte antreten müssen. Kurz vor seinem Tode äußerte er zu Bekannten, daß es nicht leicht sein werde, Wien nicht zu sehen. Und am 24. September erlöschte er, der erst 46-jährige auf dem Schneeburg. — weil er sein Wien nicht verlassen konnte. —

Kinderstrafen bei den Naturvölkern.

Wie man von dem Verbrauch der Seife einen Schluß zu ziehen vermag auf den Kulturgrad eines Volkes, so läßt sich auch, namentlich bei den Naturvölkern, die Art, wie die Kinder bestraft werden, einen Schluß auf den sittlichen und geistigen Gehalt der Eltern zu. Fast bei allen Naturvölkern ist eine jährliche Hinnelung der Eltern zu ihren Kindern wahrnehmbar. Diese Liebe tritt aber in der Regel so überschwenklich auf, daß von ernstlichen Strafen, überhaupt von irgendwelchen Einwirkungen kaum die Rede ist. Die natürliche Folge davon ist, daß die allzu nachsichtigen Eltern nicht die mindeste Gewalt über die Jugend haben.

Bei den australischen Naturvölkern weiterem Vater und Mutter gleichsam in der Beizung ihrer Liebe zu den Kindern und sehen selbst bei groben Vergehungen von einer Bestrafung völlig ab. Für

alle Uebelthaten oder Beschädigungen an fremdem Eigentum, die jugendlicher Uebermut sich zuschulden kommen läßt, hasset der Vater, und der schuldige Sprößling erhält kaum eine Zurechtweisung. Ebenso kommt es bei den Kindern der Estlmos kaum jemals zu einer körperlichen Züchtigung. Eines einzigen Strafmittels bedienen sich die Eltern, das zum mindesten originell ist. Die schreienden Klagen, des Wehens kaum kundig und noch wie die Frösche, werden von ihren Müttern so lange auf den Schnee gesetzt, bis sie das Schreien einstellen. Ein Polarreisender beobachtete dieses drastische Verfahren wiederholt, als die Temperatur 30 Grad unter dem Gefrierpunkt stand.

Auch die Urbewohner der Neuen Inseln haben ein warmes Herz für ihre Kinder, für die sie eine rührende Aufopferung an den Tag legen und die sie mit ausgesuchter Zärtlichkeit behandeln. Rordenstünd berührt, daß er die freudlichen Eltern niemals ein böses Wort gegen sie ausstoßen hörte. Wahrhaft rührend ist die Anhänglichkeit, die die Rothhäute Nordamerikas gegen ihren Nachwuchs betätigen. Nur bei sehr schweren Vergehungen erhalten die Kinder eine körperliche Züchtigung. Für die gewöhnlichen Unarten ist höchstens die Erteilung eines mündlichen Verweises oder das Begleichen mit kaltem Wasser bekannt. Harte Schläge gelten bei den meisten Indianerstämmen als Barbarei und wo sie zur Anwendung gelangen, werden nur die gering geschätzten Mädchen damit bedacht, denn die mannigfachen Robeiten und Unarten der Knaben werden als erfreuliche Anzeichen ihrer Kraft und Unternehmungslust begrüßt. Die Sprößlinge der Krecks werden bei groben Vergehungen durch Radeschläge ins Bein bestraft. Im allgemeinen aber wird ihnen nur das Gesicht geschwärtzt oder eine kurze Fastenzeit auferlegt.

Auch die Naturvölker in Afrika wenden nur selten die körperliche Züchtigung als Straf- und Zuchtmittel an. Ausgenommen die Senegambler, die ihren ungezogenen Kindern zuweilen fühlbare Schläge verabfolgen und selbst bei den schon erwachsenen Söhnen Prügel zur Anwendung bringen, ohne auf den geringsten Widerstand zu stoßen. Die Weniger der westafrikanischen Rüste strafen ihre Kinder dadurch, daß sie ihnen die haarsträubendsten Spukgeschichten erzählen. Jeweilen lassen sie ihnen auch eine Einreibung der Augen mit beißendem Pfeffer zusetzen werden oder sie legen sie in einen mit roten Ameisen gefüllten Korb.

Tiere untereinander.

Von Erna Büjing.

Menschen untereinander, das ist so ein Kapitel für sich. Es fordert zu Hohn und Spott, zu Grimm und Mut, zu Belustigungen und tiefinnigen Betrachtungen heraus. Letztere wiederum können sehr oft in den Stoßreißer aus: „Ach, die Tiere sind doch bessere Lebewesen.“ Man ist dann sogar geneigt, ihnen alle die lächerlichen Eigenschaften anzudichten, die man bei den Menschen schmerzlich vermißt.

Das ist natürlich grundfalsch. Erstens bringt es die Weltordnung mit sich, daß die Fleischfresser andere Tiere aufressen, zweitens bringt die Liebeszeit sehr oft unter Artgenossen Kämpfe bis auf den Tod, drittens läßt sich noch sonst bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit das Verhältnis der Tiere untereinander wiederholt viel zu wünschen übrig.

So schreibt z. B. Professor Hef in seinem Buch „Lebende Tiere“ von der Säbelantilope, die sich in der Gefangenschaft gut fortpflanzt, wörtlich: „Der Säbel hat nur mit der Bösartigkeit des Bodes zu kämpfen, der die Kuh oft derart jagt und dabei so gefährlich mit den langen Hörnern treuz und quer durch die Luft suchet, daß dem, der die Verantwortung für das, was passieren kann, die Haare zu Berge steigen. Da ist es einem fast wie eine Erleichterung, wenn der übermütige oder jähzornige Kämpfer sich schließlich die Hörner abgebrochen oder am Gitter durch unermüdeliches „Sägen“ bis auf kurze Stumpen abgerieben hat.“

Vielen Beobachtern, die dem Bandleben nicht ganz entwöhnt sind, ist die Streitsucht der Gänse bekannt. In den zoologischen Gärten bereiten namentlich Nil- und Hühnergans den Besuchern viele Unannehmlichkeiten. Diese müssen streiten und wöllen herrschen. Ohne Janz ist ihnen offenbar nicht wohl zumute. Auch ist der Lypthorreiher ein zankwütiger Geselle. In zoologischen Gärten muß man ihn allein halten. Allein lebt er aber auch in Indien, auf den Sundainfeln und in Australien, denn er ist unerträglich Natur.

Dasselbe gilt von dem Maulwurf. Stößt dieses kleine, außerordentlich gefährliche Raubtier, das an einem Tage mehr frisst, als es wiegt, auf einen Artgenossen, legt ihm Augenblick ein Kampf auf Leben und Tod ein. Beim Maulwurfmann findet selbst das Weibchen keine Gnade, es kann nur zur Liebeszeit auf Eigenung rechnen.

Ebenso sind Dachs sehr unerträglich und Hamster desgleichen.

Der Dachs heißt ja auch in der deutschen Tierzucht der Grimmbanz.

Elefanten, an und für sich gumütige Herbentiere, fügen sich, wenn sie einander nicht leiden können, jedenfalls bewußt Schaden zu. So hat einmal aus einer Gruppe dreifarbiger Elefanten ein Elefant seinen Kollegen derart vom Podium gestoßen, daß das betroffene Tier Zeit seines Lebens zum Krüppel wurde. Unabsichtlich kann dieser Vorfall kaum vor sich gegangen sein, denn die Elefanten sind bewundernswert geschickt. In Europa jagt man allerdings von einem ungeheuren Menschen, er benimmt sich wie ein Elefant in einem Porzellankasten, jedoch ist diese Redensart weitab von allen Elefanten entstanden. Zahme, zur Arbeit gebrauchte Elefanten legen fast jeden Tag Proben ungebauer Geschicklichkeit ab. Anders ist es mit wilden Elefanten, die Heißhunger niederstampfen und mühsam errichtete Gemüskulturen um, dem Erdboden gleichmachen können. Eins ist aber gewiß: der Elefant hat ein gutes Gedächtnis, und wenn jemand, ob Tier oder Mensch, ihm etwas Böses zugefügt hat, nimmt er, weil er sehr nachtragend ist, bei passender Gelegenheit seine Rache.

Ferner können Tiere gleicher Art, ohne daß sie es besonders beabsichtigen, sich großen Schaden zufügen. So spielen einmal dreifarbige Eisbären in einem Käfiggenossen miteinander. Sie belächeln sich, necken sich, und auf einmal reißt der große Eisbär dem kleinen Kollegen die Zunge beinahe bis zum Schlund heraus. Da sofort sachverständige Hilfe zur Stelle war, wurde der kleine Reiz gleich in Behandlung genommen. Er kam mit dem Leben davon, er macht jetzt beim Fressen eigenartige Kau- und Schluckbewegungen, doch ist sein Appetit kein schlechter. Der große Bär ist nach seiner Tat, soweit man Bären, die ihre Wuste bekanntlich nie ändern, beurteilen kann, offenbar erstaunt gewesen. Irgendein Zeichen von Bösartigkeit konnte man bei ihm nicht entdecken.

Wie unendlich oft Hunde untereinander sind, ist allgemein bekannt. Mitunter brauchen sich ja nur zwei Hunde auf der Straße zu begegnen, und ohne Anlaß ist die schönste Bekehrer im Gange. Bei Katzen kann man genau die gleichen Beobachtungen machen. Gar zu gern wird der Artgenosse als Angriffsobjekt mal ordentlich vorgenommen. Selbst die Großkatzen, wie Tiger und Löwen, betten sich in der Gefangenschaft gern. Es ist bereits mehr als einmal vorgekommen, daß namentlich auf Asien, weil dann die Tiere weniger scharf beobachtet werden können, Löwen oder Tiger von ihren Artgenossen totgebissen wurden. Ja, die Getöteten sind sogar von ihren Blutsverwandten angegriffen worden. Und mancher Dampfer darf, selbst wenn seine jüngeren Tiger schon Kunststücke machen können, diese Tiere nicht mit in die Vorstellung nehmen, weil die größeren Tiger den Nachwuchs einfach zuschanden machen würden.

Derartige Aufzählungen könnte man nach Belieben fortsetzen, denn es fällt nicht schwer, die Beweise zu erbringen, daß Tiere untereinander sich oft nicht so benehmen, wie es sich nach menschlicher Vorstellung eigentlich gehört.

